Nr. 173. – 32. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 35 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 25. Juni 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Kämpfe auf dem nördlichen Dnjestrufer.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 24. Juni 1915, vormittags. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Am Osthang der Lorettohöhe warfen wir den Feind aus einem von ihm vor einigen Tagen eroberten Grabenstück. Südlich von Souchez wurden die Kämpfe für uns erfolgreich fortgesetzt.

Die Labyrinthstellung südlich von Neuville wurde gegen einen nachts einsetzenden starken Angriff im zähen Nahkampf gehalten.

Auf den Maashöhen kam es zu weiteren erbitterten Zusammenstößen; wir nahmen noch 150 Franzosen gefangen. Der Feind erlitt bei zwei fehlgeschlagenen Angriffen starke Verluste.

Eine Unternehmung gegen die von uns gestern genommene Höhe bei Ban de Sapt wiesen wir ab; die Zahl der Gefangenen erhöhte sich um 50.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich Kurschany ließen die Russen, bei einem von uns abgeschlagenen Angriff, über 100 Gefangene zurück.

Am Omulew führte ein deutscher Vorstoß zur Fortnahme des Dorfes Kopaczyska.

In Polen südlich der Weichsel wurden mehrere feindliche Angriffe zum Scheitern gebracht. —

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Armee des Generals von Linsingen hat den Dnjestr überschritten; zwischen Halicz, das vom Feinde noch gehalten wird, und Zurawno steht sie im heftigen Kampf auf dem Nordufer; anschließend bis zur Gegend östlich von Lemberg und von Zolkiew wurde die Verfolgung fortgesetzt. Zwischen Rawa-Ruska und dem San bei Ulanow hat sich nichts Wesentliches ereignet.

Im San-Weichselwinkel sind die Russen bis hinter den San-Abschnitt zurückgegangen, auch auf dem linken Weichselufer südlich von Ilza weichen sie nach Norden aus.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 24. Juni. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart, 24. Juni 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die allgemeine Lage in Ostgalizien hat sich nicht geändert. Oestlich und nordöstlich von Lemberg sind Kämpfe mit starken russischen Nachhuten im Gange.

Am oberen Dnjestr wurde Mikolajow und Zydaczow genommen. Flußabwärts letzterer Stadt sind die verbündeten Truppen unter heftigen Kämpfen an mehreren Stellen auf das nördliche Dnjestr-Ufer vorgedrungen.

Zwischen Weichsel und San setzt der Feind den Rückzug fort. Nördlich der Weichsel wurden russische Nachhuten über die Kamienna zurückgeworfen. Ostrowiec und Sandomierz sind von unseren Truppen besetzt.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Kärntner Grenze wurde beim Kl. Pal ein Angriff starker italienischer Truppen abgewiesen. Sonst fanden an dieser Grenze und an jener von Tirol nur Geschützkämpfe statt.

Im Krn-Gebiete herrscht Ruhe. Am Isonzo heftiger Geschützkampf. Angriffe der Italiener bei Gradiska und Monfalcone scheiterten.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 24. Juni. (W. T. B.) Bericht des Großen Generalstabs. In der Gegend von Szawle ist die Lage unverändert. Die Kämpfe dauern fort. Im Süden der Seen von Raigrod haben unsere Vorhuttruppen in der Nacht zum 22. Juni den Fluß Ejrina überschritten, das Dorf Kulighi besetzt und eine ganze Kompagnie der Deutschen vernichtet. In der Richtung auf Lomza heftiges Artilleriefeuer. Am Tanew schlugen wir bei dem Dorfe Lublinetz feindliche Angriffe zurück. Westlich von Rawa Ruska wurde der Feind in der Nähe des Dorfes Gutazelena zurückgedrängt. Unsere Kavallerie machte 3 feindliche Kompagnien nieder. Am 21. Juni und im Laufe der darauffolgenden Nacht hielten wir den feindlichen Vorstoß gegen Lemberg durch hartnäckige Kämpfe auf. Der Feind erlitt bedeutende Verluste bei seinen fruchtlosen Angriffen bei dem Dorfe Bukowice und weiter südlich am Szczereck-Bache, es gelang ihm aber, in die Gegend der Stadt Zolkiew vorzudringen. Infolgedessen räumten unsere Truppen am 22. Juni Lemberg und setzten ihren Rückzug an die neue Front fort. Am Dnjestr dauerte der Kampf südlich vom Dorfe Kosmierzyn an, wo der Feind sich am linken Ufer des Flusses hält. In der Ausbuchtung des Dnjestr drängten wir den Feind vom Dorfe Unich gegen das Dorf Luka zurück. In einem erfolgreichen Bajonettkampfe machten wir an 1000 Gefangene.

Ein neutrales Blatt über den Fall Lembergs.

Kopenhagen, 24. Juni. (W. T. B.) „Nationaltidende" schreibt in einem Leitartikel: Der Fall Lembergs ist eine entscheidende Kriegsbegebenheit. Der russische Generalstab hat selbst erklärt, daß es einige Zeit währen würde, bis Rußland wieder imstande sei, wieder eine Offensive zu unternehmen. Aber diese Pause kann für die Heere der Alliierten verhängnisvoll werden. Die deutsche Heeresleitung gewinnt dadurch Zeit für die Operationen im Westen und wird sicherlich verstehen, sie auszunutzen. Die Hauptgefahr droht jetzt wahrscheinlich dem italienischen Heere. Italien hat offenbar zu lange gewartet, sich zu einem entscheidenden Schritte zu entschließen. Es hat dadurch die Gelegenheit versäumt, ohne Gefahr für die eigenen Grenzen die Entscheidung bei den Dardanellen herbeizuführen und dadurch die neutralen Balkanstaaten zum Eingreifen zu veranlassen. Trotz der Versicherungen Asquiths und trotz des Beistandes der italienischen Flotte scheint es jetzt außerordentlich zweifelhaft, ob die Alliierten in nächster Zeit die Türken werden schlagen können. Neue Truppen können sie jedenfalls nicht für diesen Kampf entbehren. Deshalb übt der Fall Lembergs jetzt auch eine Wirkung auf die Balkanpolitik sowie eine große Wirkung auf den südlichen Kriegsschauplatz aus. Sehr zweifelhaft erscheint es, ob Cadorna jetzt dem Ansturme der deutschen und österreich-ungarischen Heere mit eigenen Kräften Widerstand leisten kann, und ob Joffre nicht gezwungen wird, anstatt Unterstützung von den Italienern zu erhalten, ein französisches Heer nach Norditalien zu senden. Deshalb ist es keineswegs unmöglich, daß der große Sieg Mackensens Bedeutung für eine rasche Herbeiführung des Weltfriedens haben wird.

Landtagsschluß.

Nach eineinhalbjähriger Dauer ist die Session des preußischen Landtages geschlossen worden, geschlossen gegen den Willen aller Parteien des Abgeordnetenhauses, die in wiederholten Besprechungen der Regierung kundgetan haben, daß sie sich angesichts der politischen Situation zwar mit einer Vertagung bis zum Herbst, nicht aber mit einem Schluß einverstanden erklären könnten. Die Regierung ist über die Wünsche der Volksvertretung zur Tagesordnung übergegangen. Formell ist sie im Recht, denn nach der Verfassung bedarf es zu einem Sessionsschluß keiner Mitwirkung des Landtages; ob sie politisch klug getan hat, die Gründe der Parteiführer in den Wind zu schlagen, das ist freilich eine andere Frage.

Wenn auch wir uns gegen den Schluß aussprechen, so deshalb, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß in einer Zeit wie der heutigen den Parlamenten die Möglichkeit offengehalten werden muß, nicht nur bei den wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung, sondern auch bei allen anderen wichtigen Fragen, vor allem bei der Frage der Handhabung der Zensur, der unter dem Belagerungszustand getroffenen Anordnungen, ganz besonders aber bei der Erörterung der Kriegsziele ihr Wort in die Wagschale zu werfen. Ob es sich dabei um ein Parlament handelt, das auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts oder um ein Parlament, das auf Grund eines plutokratischen Wahlsystems gewählt ist, darf da, wo das Ansehen des Parlamentarismus auf dem Spiele steht, keine Rolle spielen. Wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß die große Mehrheit des preußischen Landtages sowohl in wirtschaftlichen Fragen als auch in der des Kriegszieles und in allen mit dem Kriege zusammenhängenden Angelegenheiten auf dem entgegengesetzten Standpunkt steht wie die Mehrheit des Volkes. Aber das darf uns nicht hindern, für die Wahrung der Rechte des Parlaments einzutreten. Gelegenheit, den Anschauungen des Volkes Ausdruck zu verleihen, würde sich für die Sachwalter der Interessen des Proletariats, mag ihre Zahl auch noch so klein sein, schon finden.

Der Schluß des Landtages hat zur Folge, daß eine große Reihe von Vorlagen der Regierung unter den Tisch fallen. Wenn man von dem politisch bedeutungslosen Entwurf eines Fischereigesetzes absieht, braucht man sich darüber keine grauen Haare wachsen zu lassen. Das Scheitern des Wohnungsgesetzentwurfes könnte man bei oberflächlicher Betrachtung vielleicht bedauern, aber für so dringend notwendig wir den Erlaß eines Wohnungsgesetzes für Preußen auch halten, der von der Regierung eingereichte und von der Kommission des Abgeordnetenhauses in wesentlichen Punkten noch verschlechterte Entwurf würde, wenn er Gesetzeskraft erlangt hätte, nur dem Namen nach ein Wohnungsgesetz sein, in Wirklichkeit aber würden die Zustände auf dem Gebiete des Wohnungswesens die alten bleiben, nur mit dem Unterschiede, daß den Städten neue Lasten auferlegt und ihr Selbstverwaltungsrecht weiter verkümmert würde. Das gleiche gilt für den Gesetzentwurf zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes. Daß diese Gesetze reformbedürftig sind, wird von allen Seiten, nicht zuletzt von der Sozialdemokratie zugegeben; wir verkennen auch nicht, daß die Regierungsvorlage nach mancher Richtung hin einen Fortschritt bedeutet, aber die Gestalt, die der Entwurf nach den Beschlüssen der Kommission in erster Lesung erfahren hat, zeigt, daß die Kommission die Absichten der Regierung in ihr Gegenteil verkehrt hat; sie bedeutet eine Verschlechterung nicht nur der Regierungsvorlage, sondern auch des geltenden Gesetzes. Das Grundteilungsgesetz vollends mit seinen gegen die Polen gerichteten Ausnahmebestimmungen paßt in die heutige Zeit ebensowenig hinein, wie die Novelle zum Landesverwaltungsgesetz, die die Reform der inneren Verwaltung in einer Weise einleitet, mit der sich die Sozialdemokratie nicht einverstanden erklären kann. Die sonstigen Regierungsvorlagen sind von untergeordneter Bedeutung, teils wird die Regierung von ihrer Wiedereinbringung überhaupt Abstand nehmen, teils bedürfen sie einer grundlegenden Umgestaltung, wenn anders man an den Ernst der Regierung glauben soll, die innere Politik neu zu orientieren.

Vom Standpunkt der Regierung aus ist es zu verstehen, daß sie reinen Tisch zu machen wünscht, um für die Neuorientierung der inneren Politik freie Bahn zu haben, denn die genannten Vorlagen sind samt und sonders vor Ausbruch des Krieges eingebracht. Der Verzicht auf die eine oder die andere dieser Vorlagen und die Form, in der die übrigen wieder eingebracht werden, wird ein Prüfstein sein für die Absichten, von denen sich die Regierung in Zukunft leiten läßt. Wir wollen mit unserem Urteil vorläufig zurückhalten, müssen aber auch bei dieser Gelegenheit der Forderung Ausdruck verleihen, daß die Regierung alsbald nach dem

Wiederzusammentritt des Landtages im Herbst ihr Programm kundgibt. Bei bloßen Redensarten darf sie es dann nicht wieder bewenden lassen, den Worten muß die Tat folgen, die schon längst als notwendig erkannten Reformen müssen unverzüglich in Angriff genommen werden.

Das gilt vor allem von der Reform des Dreiklassenwahlsystems. Die schon zu Beginn der Session im Januar 1914 eingebrachten Anträge sind bisher nicht zur Beratung gekommen, nicht nur weil die Wahlrechtsgegner das verhindert haben, sondern auch weil den Antragstellern selbst an der Beratung ihrer Anträge offenbar nichts gelegen ist. Die Geschäftsordnungsdebatte vom 12. Juni wird weiten Kreisen die Augen darüber geöffnet haben, daß es den freisinnigen Wahlrechtsfreunden nur darum zu tun ist, den äußeren Schein zu wahren, daß sie sich aber in dem Moment, wo es gilt Farbe zu bekennen, unter nichtigen Vorwänden aus der Affäre zu ziehen suchen. Sie haben dadurch der Regierung Gelegenheit gegeben, einer klaren Antwort auszuweichen. Das ist ein um so schwererer politischer Fehler, als sich die Regierung bis unmittelbar vor Ausbruch des Krieges jeder Reform des Wahlrechts entschieden abgeneigt gezeigt hat. Beantwortete doch der Minister v. Loebell am 18. Mai 1914 die Frage eines fortschrittlichen Abgeordneten, ob er gewillt sei, das geheime und direkte Wahlrecht vorzuschlagen, mit einem runden Nein, und in herausforderndem Tone fügte der Führer der Konservativen hinzu:

„Von uns können Sie sicher sein, daß wir in dem preußischen Wahlrecht in seinen Grundzügen den letzten und festesten Wall gegen die Demokratie in Preußen, und ich sage es, auch im Reich erblicken, und daß Sie lange warten können, bis Sie unseren Widerstand in der Richtung besiegen werden. Wir warten ruhig ab, was geschieht, und haben die Hand am Schwert."

War es angesichts dieser Haltung der Regierung und der Konservativen, war es angesichts der Verhandlungen in der Budgetkommission, wo die Freikonservativen ausdrücklich erklärten, „daß die Erfahrungen des Krieges nach einer ganz anderen Seite als nach der einer völligen Demokratisierung des Wahlrechts gehen, daß nicht die Demokratie, sondern eine starke Staatsgewalt, deren Wichtigkeit der gegenwärtige Krieg mit aller Offenheit lehre, die Folge sein solle" — war es angesichts dieser Tatsachen nicht ein Gebot politischer Klugheit, von der Erfüllung einer Pflicht gar nicht zu reden, daß die angeblichen Vorkämpfer für ein freies Wahlrecht die letzte sich ihnen bietende Gelegenheit benutzten, um der Regierung zu zeigen, wie das Volk über die Wahlrechtsfrage denkt? Die gesetzgebenden Körperschaften Preußens hätten eine wirklich patriotische Tat vollbracht, wenn sie vor Auseinandergehen des Landtages dem Volke ein Recht garantiert hätten, auf das es schon vor dem Kriege Anspruch hatte und das ihm vollends nach dem Kriege nicht vorenthalten werden darf. Daß sie den Augenblick ungenutzt haben vorübergehen lassen, läßt darauf schließen, daß es ihnen mit der Lösung der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart auch jetzt noch nicht ernst ist.

Durch den Schluß des Landtages ist aber auch die Beratung zahlreicher anderer Initiativanträge von Bedeutung unmöglich gemacht worden. Wir erinnern an den Antrag betreffend den Erlaß eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes, an dem es in Preußen immer noch fehlt, an die Anträge, die für die Gemeindewahlen die öffentliche Stimmabgabe durch die geheime ersetzen und in gewissen Grenzen auch den Frauen das Kommunalwahlrecht gewähren wollen, an die Anträge betreffend den Religionsunterricht der Dissidentenkinder, an die Anträge, die den Gebrauch fremder Sprachen, vor allem der polnischen, in öffentlichen Versammlungen zulassen wollen. Sehr gern hätten wir es gesehen, wenn endlich auch der freikonservative Antrag zur Beratung gekommen wäre, der die Regierung auffordert, „gegenüber den Beschlüssen der sozialdemokratischen Verbandsgeneralversammlung in Berlin vom 14. Juni 1914, welche auf Erzwingung des gleichen Wahlrechts für Preußen durch Vorbereitung des Massenstreiks und Sammlung eines Kampffonds gerichtet sind, alle zur Aufrechterhaltung der Autorität und der Sicherheit des Staates erforderlichen Maßregeln zu treffen". Daß die Antragsteller ihren Antrag bisher immer noch nicht zurückgezogen haben, gibt doch Anlaß zu allerlei Vermutungen, ebenso beweist der Umstand, daß die von derselben Seite eingebrachte Resolution betreffend die Verhütung des übermäßigen Zuzugs der Arbeiterbevölkerung zu den Großstädten nicht zurückgezogen ist, wie wenig gewisse Kreise von dem Geiste der neuen Zeit erfaßt sind, wie sie zwar von der Sozialdemokratie die Wahrung des Burgfriedens verlangen, selbst aber nicht um Haaresbreite von ihren Bestrebungen abzuweichen bereit sind. Durch den Schluß der Session sind diese Anträge und Interpellationen sowieso hinfällig geworden, aber um nach außen zu dokumentieren, daß auch sie den Burgfrieden halten wollen, hätten die Antragsteller sie kurzerhand zurückziehen müssen. Daß das nicht geschehen ist, ist charakteristisch. Auf eine bloße Vergeßlichkeit dürfte es kaum zurückzuführen sein.

Ist auch formell mit dem ganzen Wust reaktionärer Bestrebungen und Strömungen aufgeräumt, so haben die bürgerlichen Parteien doch nicht durchblicken lassen, daß sie sich in ihren Anschauungen gewandelt haben. Die Arbeiter sollen daraus die richtigen Lehren ziehen und sich nicht durch Illusionen einschläfern lassen.

Die einzig erfreuliche Erscheinung in der verflossenen Session ist die Stellung des Landtages zu der Kriegsfürsorge. So scharfe Kritik wir an seinem sonstigen Verhalten auch zu üben gezwungen sind, so rückhaltlos erkennen wir auf der anderen Seite an, daß auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge Preußen den übrigen Bundesstaaten mit gutem Beispiel vorangegangen ist. Die Bewilligung des Nachtragsetats von anderthalb Milliarden Mark, die Bereitstellung von 110 Millionen Mark für Zwecke der Kriegsfürsorge, die Verabschiedung des Knappschafts-Kriegsgesetzes und einige andere Maßnahmen sind Taten, deren sich der Landtag nicht zu schämen braucht. Aber was bedeutet eine noch so gut ausgebaute Kriegswohlfahrtspflege, wenn dem Volke die Nahrungsmittel künstlich verteuert werden und wenn die Volksvertretung anstatt mit Entschlossenheit dem Lebensmittelwucher zu Leibe zu gehen, alles was bisher auf diesem Gebiete geschehen ist, gut heißt und auch in Zukunft kaum etwas Durchgreifendes dagegen tun will.

Fast spurlos sind die Ereignisse des Krieges an dem Preußenparlament vorübergegangen. Aeußerlich haben die Parteien sich bemüht, die Gegensätze nicht allzusehr in Erscheinung treten zu lassen, vor Provokationen der kleinen sozialdemokratischen Fraktion, wie sie früher gang und gäbe waren, hat man sich gehütet, aber das darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die inneren Gegensätze genau so groß sind wie früher. Zu keinerlei nennenswerten Zugeständnissen haben sich die herrschenden Parteien bisher bereit gefunden, keinerlei bindende Erklärungen hat die Regierung abgegeben. Die Arbeiterklasse und ihre Vertreter sollten das im Auge behalten, sie sollten auch unter der Parole des Burgfriedens ihren Grundsätzen treu bleiben und wenn der Friede hergestellt ist, mit gesteigerter Energie die Arbeit aufnehmen, um die Anbahnung freiheitlicher Zustände in Preußen und in Deutschland.

P. H.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 24. Juni. (W. T. B.) Der amtliche Bericht von gestern nachmittag lautet: Im Gebiete nördlich von Arras dauerte das Bombardement auf beiden Seiten die ganze Nacht an. Die Deutschen unternahmen neue Gegenangriffe, einen beim Friedhof Neuville, einen andern am Labyrinth. Alle beiden wurden völlig zurückgeworfen. Westlich der Argonnen, nahe der Straße Binarville—Vienne le Chateau dauert der Kampf in den Verbindungsgängen mit Handgranaten an. Auf der übrigen Front in den Argonnen trieben die Deutschen großen Munitionsaufwand, aber unternahmen keinen Infanterieangriff. Auf den Maashöhen am Graben von Calonne eroberten wir gegen Tagesende einen Teil der zweiten deutschen Linie wieder. In Lothringen wurden neue Gegenangriffe gegen die Stellungen, deren wir uns bei Leintrey bemächtigt hatten, zurückgeworfen. Wir behaupteten unsere Gewinne und machten Gefangene. In den Vogesen bei Fontenelle im Gebiete von Ban de Sapt feuerte der Feind am Abend in einigen Stunden nahezu 4000 Granaten auf eine unserer vorgeschobenen Feldschanzen von einer Front von 200 Meter. Der Feind konnte dann dort Fuß fassen. Er griff gleichzeitig den benachbarten Schützengraben an. Die deutsche Offensive wurde sofort unterbunden. Durch einen sehr glänzend geführten Gegenangriff nahmen wir beinahe das ganze verlorene Gelände wieder. Es gelang dem Feinde nur, sich am äußersten Ende der Feldschanze zu behaupten. Wir machten 142 Gefangene, darunter 3 Offiziere. Im Fechtgebiet besetzten wir Sondernach und drängten unsere Linie auf den Hängen östlich des Dorfes vor.

Paris, 24. Juni. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Aus dem Gebiet nördlich von Arras werden nur einige Infanterieaktionen gemeldet. Nördlich Souchez machten wir leichte Fortschritte und schlugen einen deutschen Gegenangriff zurück. Im Abschnitt von Angres-Mouris hörte die Kanonade nicht auf. In der Nähe von Berry au Bac brachten wir an der Höhe 108 einen Minenherd zur Explosion, die einen Trichter von 35 Meter im Durchmesser verursachte und einen deutschen Schützengraben ernstlich beschädigte. In der Champagne fanden auf der Front Perthes—Beau Séjour ein Minenkampf und heftige Kanonade statt. Auf den Maashöhen am Graben von Calonne machte der Feind am Vormittag einen heftigen Gegenangriff, der es ihm gestattete, seine ehemalige zweite Linie zurückzunehmen. — Ein neuer deutscher Angriff im Laufe des Nachmittags wurde sofort angehalten. Wir ergriffen unsererseits die Offensive und faßten in der zweiten Linie wieder Fuß. An den Rändern des Priesterwaldes bombardierte der Feind ganz besonders heftig unsere Stellungen und Reservequartiere. In Lothringen bemächtigten wir uns in der Nähe von Leintrey zweier Schanzwerke und machten Gefangene, darunter 8 Offiziere. In den Vogesen herrschten Gewitter und war dichter Nebel.

Die englischen Verluste.

London, 24. Juni. (W. T. B.) Die letzte Verlustliste weist 88 Offiziere und 2977 Mann aus.

Der italienische Krieg.

Oesterreichische Darstellung der Kämpfe bei Plava.

Wien, 24. Juni. (W. T. B.) Das Kriegspressequartier meldet: Das italienische Hauptquartier verbreitet über die bisherigen Kämpfe bei Plava unrichtige Nachrichten, welche den fehlgeschlagenen Angriffsversuchen den Anschein siegreicher Affären zu geben sich bemühen. Nach achttägigen, für den Feind äußerst verlustreichen Kämpfen sind die Stellungen bei Plava fest in unserem Besitze und an keiner Stelle durchbrochen. Der Gegner brachte, von übermächtigem Artilleriefeuer unterstützt, am 10. Juni und in der Nacht zum 11. Juni etwa sechs Kompagnien auf das östliche Ufer. Ein sofort unternommener Gegenangriff mußte wegen feindlichen Artilleriefeuers eingestellt und bis zur Dunkelheit verschoben werden. Der Gegner zog es aber vor, auf das Westufer zurückzugehen, ohne überhaupt Widerstand zu versuchen. Am 12. Juni überschritt feindliche Infanterie abermals den Isonzo und ging zum Angriff auf Höhe 383 vor, wohin das Feuer von zirka 80 Geschützen konzentriert wurde. Der Gegner kam an unsere Stellung heran, wurde jedoch im erbitterten Nahkampf derart geworfen, daß das Gros wieder auf das Westufer zurückflutete. Gegen 1000 gefallene Italiener blieben im Angriffsraume. Drei neuerliche Angriffe in der Nacht zum 14. Juni wurden leicht abgewiesen. Ein am 14. Juni abends unternommener Angriff brach blutig zusammen. Am 15. Juni beschossen die Gegner unsere Stellung ununterbrochen unter ungeheurem Munitionsaufwand. Die in der folgenden Nacht unternommenen drei Infanterieangriffe gegen Höhe 383 zerschellten an dem Widerstand der tapferen Dalmatiner, ebenso ein am 16. Juni nachmittags von starken Kräften unternommener Angriff. In der Nacht und vormittags am 17. Juni griffen nochmals bedeutende Infanteriekräfte, nämlich die Brigaden Ravenna und Forli, verstärkt durch Mobilmiliz, an und erlitten schwere Verluste. Gefangene sagten aus: Der König selbst habe angeordnet, die Höhe bei Plava um jeden Preis zu nehmen. Mittags am 17. Juni war der Kampf entschieden. Der Gegner verschanzte sich vor unseren Stellungen, unternahm aber keinen ernsteren Angriff mehr. Die Meldung über die Wegnahme eines österreichisch-ungarischen Maschinengewehrs ist erfunden, dagegen eroberten wir zwei italienische Maschinengewehre. Von glaubwürdigen Aussagen Gefangener abgesehen, liegen in dem etwa 1200 Meter breiten Angriffsfeld 3000 unbestattete tote Italiener. Unsere Gesamtverluste an Toten, Verwundeten und Vermißten erreichen bei weitem nicht diese Zahl. In den Kämpfen bei Plava mußten unsere Truppen auch mit betrunkenen Italienern kämpfen, was an Gefangenen und Verwundeten einwandfrei festgestellt ist. Auch fand man in den Feldflaschen Schnapsreste. Bei dem Gegner herrschen unklare Vorstellungen über die Genfer Konvention. Verwundete wurden von italienischen Soldaten bestialisch erstochen. Am westlichen Ufer fuhren Munitionsautomobile für eine feindliche Motorbatterie unter dem Schutze des Roten Kreuzes. Andererseits schickte der Gegner nach einem Gefecht ein Detachement von Aerzten und Mannschaften knapp vor unsere Stellungen zur Bergung der Toten. Später erschien ein Leutnant, der sich als Parlamentär ausgab und ohne Besitz einer Vollmacht über die Beseitigung der Toten sprechen wollte. Derartige Versuche zur Auskundschaftung werden mit Gefangennahme der betreffenden Personen erledigt. Der Armeeoberkommandant erkannte die braven Streiter von Plava durch folgendes Telegramm an: Die Armee ist stolz auf die braven Truppen von Plava. Nur so weiter! Feldmarschall Erzherzog Friedrich.

Italienische Beschwerde über österreichische Kriegsbräuche.

Rom, 24. Juni. (W. T. B.) Die Agenzia Stefani meldet: Nach dem österreichisch-ungarischen Tagesbericht ist ein italienischer Parlamentär, welcher vor der feindlichen Front erschienen war, zurückgehalten worden, weil er keine Schriftstücke besaß, die seine Eigenschaft als Parlamentär auswiesen. Wahrheit ist, daß unser Parlamentär entsprechend den Kriegsgebräuchen sich in Begleitung eines Trompeters mit einer weißen Fahne zur österreichischen Front begeben hatte, um die Freilassung dreier Feldärzte zu erwirken, die in der Nacht vom 17. zum 18. Juni die italienischen Stellungen verlassen hatten, um Kranke zu pflegen, und willkürlich vom Feinde zurückgehalten worden waren. — In Mißachtung aller Rechte wurden die Feldärzte nicht nur nicht ausgeliefert, sondern auch der Parlamentär zurückgehalten, welcher durchaus regelrecht gehandelt hatte.

Der türkische Krieg.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 23. Juni. (W. T. B.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Kaukasusfront bemächtigten sich unsere Truppen, die sich in der Richtung Olty befinden, gestern nach erbittertem Kampfe des 2900 Meter hohen Karadagh, der in der Gegend von Kale Boghazi zwei Stunden von unserer Grenze entfernt liegt. Wir erbeuteten von dem nach Osten flüchtenden Feind mehrere hundert Kisten Munition und eine Menge Material der Pioniere.

An der Dardanellenfront wurde am 22. Juni ein am Ufer bei Ari Burnu vorüberfahrendes feindliches Torpedoboot durch zwei von unserer Feldartillerie abgefeuerte Granaten getroffen, worauf es sich entfernte.

Die Schlacht bei Sedd ul Bahr am 21. Juni, die fast 24 Stunden dauerte und mit einer Niederlage des Feindes endete, verlief folgendermaßen: Der Feind bereitete einen wirksamen Angriff vor, indem er besonders während fünf Tagen ohne Unterbrechung mit seiner schweren Artillerie unsere Schützengräben bombardierte, die einen Teil des linken Flügels unserer Gruppe bei Sedd ul Bahr bildeten. Am 21. Juni morgens 5 Uhr hatte der Feind, nachdem er dieses Feuer noch verstärkt hatte, indem er 150 Granaten in der Minute abfeuerte, infolge eines Sturmangriffes und dank beständig bei ihm eingetroffener Verstärkungen einen Teil unserer Schützengräben auf unserem linken Flügel besetzt, die übrigens sehr dicht an ihn herangeschoben waren. Die Schützengräben gingen aus unseren Händen mehrere Male in die des Feindes infolge wiederholter Gegenangriffe über. Gegen abend blieb nur noch ein 100 Meter langes Stück Schützengraben in den Händen des Feindes. In der Nacht vom 21. zum 22. Juni nahmen unsere Truppen, die während des Kampfes am Tage großen Heldenmut gezeigt hatten, durch energischen Angriff und nächtliche Ueberraschung dieses Stück Schützengraben dem Feinde wieder ab, der schließlich trotz großer Munitionsverschwendung und unter großen Verlusten für ihn in Unordnung in seine alten Stellungen zurückgeworfen wurde. Gestern versuchte der Feind keine Kampfhandlung. Nur am Morgen und am Abend dauerte der Artilleriekampf mit Unterbrechungen auf unserem linken Flügel an.

Auf den übrigen Fronten ereignete sich nichts von Bedeutung.

Der Seekrieg.

Der Unterseebootskrieg.

Kopenhagen, 23. Juni. (W. T. B.) Meldung des Ritzauschen Bureaus. Die Besatzung des deutschen Fischdampfers, der von Skagen-Fischern nach Skagen geschleppt wurde, erzählte, ein englisches Unterseeboot habe von einer Flottille, die aus sieben Fischdampfern bestand, drei bis vier Fischdampfer versenkt. Die Besatzungen hätten reichlich Zeit erhalten, die Dampfer zu verlassen.

London, 24. Juni. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Panzerkreuzer „Roxburgh" ist am 20. Juni von einem Torpedo getroffen, aber nicht ernstlich beschädigt worden. Das Schiff konnte unter eigenem Dampf seine Fahrt fortsetzen.

London, 24. Juni. (W. T. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Lloyds melden aus Cullercoates: Heute traf von dem Dampfer „Lama" folgende Nachricht ein: Wir nahmen soeben die Besatzungen der Drifter (Segelfischerboote mit Motoren) „Quietwater" aus Peterhead und „Viceroy" aus Aberdeen auf, die gestern abend elf Uhr bei den Shetlandinseln 25 Meilen östlich Skerries versenkt wurden. Sie meldeten, daß gleichzeitig fünf andere Drifter versenkt wurden.

Torpedierter norwegischer Dampfer.

Bergen, 24. Juni. (W. T. B.) Der norwegische Dampfer „Nova" ist hier heute mit der Besatzung des norwegischen Dampfers „Trauma" angekommen. Der auf der Fahrt von Archangelsk nach London mit einer Holzladung am Mittwochvormittag in der Nähe der Shetlandsinseln torpediert und in Brand gesteckt worden war. Die Besatzung wurde von den Deutschen sehr höflich behandelt, die das Boot mit der Besatzung zu „Nova" schleppten, welche in Sicht gekommen war. Die „Trauma" war 1557 Bruttoregistertonnen groß.

Zur „Lusitania"-Affäre.

Berlin, 24. Juni. (W. T. B.) Durch Reuter ist am 18. Juni über Poldhu und in der Presse die Nachricht verbreitet worden, dem Kapitänleutnant Hersing sei der hohe Orden Pour le mérite als Belohnung für die von ihm vollbrachte Versenkung der „Lusitania" verliehen worden.

Von unterrichteter Seite wird uns hierzu mitgeteilt, daß Kapitänleutnant Hersing diese hohe Auszeichnung für Kriegsverdienste erhalten hat, die mit der Vernichtung der „Lusitania" in keinem Zusammenhang stehen.

Russisches U-Boot durch deutsches Flugzeug vernichtet.

Berlin, 24. Juni. (W. T. B.) Am 22. Mai wurde in der Ostsee ein russisches Unterseeboot, anscheinend vom Akula-Typ, durch ein deutsches Flugzeug, 25 (fünfundzwanzig) Seemeilen östlich von Gotland, mit Bomben beworfen. Der Erfolg konnte damals nicht festgestellt werden. Nunmehr wird von russischer Seite zugegeben, daß dieses Unterseeboot verloren gegangen ist.

Die Einberufung eines Parteitages in Frankreich.

Aus Genf wird uns geschrieben:

In Beantwortung des an den Parteivorstand der französischen sozialistischen Partei gewendeten Schreibens der Fédération de Haute Vienne, in welchem u. a. auch von der Einleitung einer allgemeinen Friedensaktion die Rede ist, beschloß der Parteivorstand (C. A. P.) die Einberufung eines außergewöhnlichen Parteitages, d. h. des Nationalrates der Partei, mit Vertretung aller der Partei angehörenden Verbände oder Fédérationen. Das Abstimmungsrecht wird unter den Vertretern der einzelnen Verbände im selben Verhältnisse verteilt werden, in welchem dieselben auf dem letzten Parteitage (Amiens 1913) vertreten waren und ihre Beiträge bezahlt hatten. Als einzelner Punkt der Tagesordnung ist von der C. A. P. vorgesehen worden: Betrachtungen über die allgemeine Lage.

Der Krieg und das innere Parteileben Italiens.

Lugano, 20. Juni. (Eig. Ber.)

Nach dem Bericht des römischen Parteisekretariats, der bereits nach dem Kriegsausbruche veröffentlicht worden ist, hat die dem Kriege vorausgegangene allgemeine Krise die politische und numerische Entwicklung der italienischen sozialistischen Partei nicht geschädigt: die Partei zählt augenblicklich 37000 Mitglieder, wobei zu bemerken ist, daß gewöhnlich erst gegen Ende des Jahres ein endgültiger Ueberblick über die Zahl der Parteimitglieder gegeben werden kann. Auch der Kassenbestand der Partei ist als zufriedenstellend zu bezeichnen. Unter den bereits in den Krieg gezogenen Mannschaften gehören 20000 der Partei- und der Jugendorganisation an.

Was den Zustand der Parteipresse betrifft, so haben etwa 30 Parteiorgane ihr Erscheinen für die Kriegsdauer eingestellt, und zwar freiwillig, weil sie sich den Schikanen der Zensur nicht unterwerfen wollten. Um die Tragweite der sich dadurch ergebenden Situation richtig beurteilen zu können, müssen jedenfalls auch die unter normalen Verhältnissen in der italienischen Presse herrschenden Zustände berücksichtigt werden. Vor allem ist zu bemerken, daß es sich um wöchentlich erscheinende Provinzblätter handelt. Schon oft haben die Parteitage und der Parteivorstand den Kreisorganisationen gegenüber geäußert, es wäre ratsamer, die kleineren Zeitungen zu größeren zu verschmelzen, ihre Zahl zugunsten der Qualität zu opfern und somit auch mehr Einheitlichkeit und Disziplin in die allgemeine Bewegung zu bringen und so viel Genossen als möglich um das Zentralorgan zu scharen. Viele von den betreffenden Zeitungen hatten einen lokalen Charakter, ihr Einfluß erstreckte sich auf eine winzige Zahl von Proletariern und Organisationen. Mit dem Ausbruche des Krieges sind in manchen Ortschaften sämtliche Leser der lokalen Presse eingezogen, die an den Redaktionen beteiligten Genossen sind ebenfalls einberufen worden, so daß das Erscheinen der Zeitungen materiell unmöglich geworden ist, und das um so mehr, als in Italien die meisten Zeitungen auf den Einzelverkauf angewiesen sind, wobei die Parteiblätter von freiwilligen Beiträgen der Parteigenossen und organisierten Proletarier ins Leben gerufen und gefördert werden. Durch das Eingehen dieser Blätter wird demgemäß das Parteileben nicht geschädigt, weil die einzelnen in der Heimat gebliebenen Genossen ihr Lokalblatt durch den „Avanti" ersetzen, was unter den jetzigen Verhältnissen politisch und moralisch besonders wünschenswert ist.

Was den „Avanti" betrifft, so wird seine Verbreitung innerhalb des Landes und sogar im Auslande mit allen möglichen Mitteln verhindert, und daß trotzdem das Zentralorgan der italienischen Sozialdemokratie selbstverständlich, wie eine jede andere italienische Zeitung der Präventivzensur unterliegt, was übrigens auch durch die zahlreichen von der Zensur „weißgemachten" Stellen des Blattes bewiesen wird. Bezeichnend ist dabei, daß trotz der wiederholten Anfragen, die durch den „Avanti" und von den sozialistischen Abgeordneten an die betreffenden Behörden und Ministerien gerichtet worden sind, der „Avanti" noch nicht offiziellen Bescheid weiß über sein Schicksal. Das Kriegsministerium wälzt die Verantwortlichkeit auf das Ministerium der Post ab und umgekehrt. Der „Avanti" besteht auf der bescheidenen Forderung, endlich Bescheid zu wissen, ob er einem Ausnahmeverfahren unterliegt, und wenn dem so ist, soll jemand die Verantwortlichkeit für das Ausnahmeverfahren übernehmen . . .

Jedenfalls muß hinzugefügt werden, daß auch der „Avanti" eine „Ausnahme" in der gesamten Tagespresse macht: er ist seinem Programm treu geblieben, beteiligt sich nicht an der Kriegshetze und will vom „Burgfrieden" nichts wissen . . .

Auch die „Critica Sociale", die von den Genossen Turati und Treves redigierte sozialistische Revue, ist von der Zensur bedeutend „reduziert" worden. In der vorletzten Nummer ist z. B. von der im Inhaltsverzeichnis angegebenen Parlamentsrede Turatis, die er vor der Kriegserklärung im Namen der Fraktion gehalten, im Text nur der Titel erschienen. —

Die bulgarische Sozialdemokratie im Weltkrieg.

Von Janko Sakasoff-Sofia.

Der Balkankrieg im Jahre 1912—13, dessen Ergebnisse die erste Veranlassung zu dem heutigen ungeheuren Menschen- und Gutverwüstenden Kriege boten, ließ Bulgarien unbefriedigt und beraubte es der Früchte seiner langjährigen Bemühungen. Dank der fehlerhaften Politik seines Königs und einiger seiner Militär- und Zivilratgeber wurde es von fünf Seiten überfallen und mußte an vier Nachbarländer große und wichtige Gebiete abtreten. Dieser Verlust bestimmte nachher seine Politik.

Als der große Krieg im Juli 1914 ausbrach, war der kurzlebige Balkanbund zerrissen und unser Land befand sich unter dem Einfluß der deutsch-österreichischen Politik. Die Regierung Radoslavoff-Tontscheff-Ghenadieff unter der Führung des Königs hoffte einen Teil von dem wiederzugewinnen, was ein Jahr zuvor das Land verloren hatte, und im ersten Moment traten alle regierungsfreundlichen Blätter und Politiker für einen Einfall Bulgariens in Serbien ein, damit es die streitigen mazedonischen Gebiete zurückerobere. Man votierte in der Sobranje einen ersten Kredit von 50 Millionen Frank für Mobilisationszwecke und gab der Regierung die Vollmacht, das Land unter Kriegsrecht zu stellen. Die Unruhen in Mazedonien begannen wieder von sich reden zu machen und alle mazedonischen Flüchtlinge in Bulagrien bereiteten sich siegesbewußt vor, in das unglückliche Land einzumarschieren.

Die politische Atmosphäre war von einem glühenden Haß gegen Serbien erfüllt und man glaubte wirklich, daß die Regierung sich zu einem Einfall in Serbien rüste. Das Kriegsrecht war über das Land verhängt, die außerordentliche Session der Sobranje wurde geschlossen, und es blieben nur einige parlamentarische Gesetzmittel, mit deren Hilfe sich auf die Handlungen der Regierung ein mäßigender Einfluß ausüben ließ. Alle oppositionellen Fraktionen im Parlament taten sich nun zusammen und bildeten einen von allen Parteien beschickten Ausschuß, der in Verbindung mit der Regierung treten sollte, um die geschaffene Situation zu beraten und vor abenteuerlichen Schritten zu warnen. Man forderte Frieden und Besprechung der Interessen der Nation mit den beiden kämpfenden Gruppen.

Diese Aktion der Opposition, die einige Monate dauerte, wirkte wie eine kalte Douche auf die erhitzten Köpfe der kriegswütenden Schreihälse der Regierung. Die Regierung wollte zugunsten Oesterreichs und Deutschlands vieles wagen, aber die Furcht vor der Bevölkerung, die durchaus friedlich gesinnt war, machte sie zögernd und behutsam.

An dieser Aktion nahm unsere Partei einen entscheidenden Anteil. Die vereinigten Sozialisten und die Bauernbündler waren die treibenden Kräfte bei der auf Erhaltung des Friedens gerichteten Propaganda, die ein für das ganze Land wohltuendes Resultat gehabt hat. Unter dem Drucke der äußeren und inneren Einflüsse gab die Regierung nach und bekannte sich zu der loyalen, strikten Neutralität.

Als sich nun aber die Türkei in den Krieg gegen die Entente einmischte, veränderte sich die Situation, und die Stellung der bulgarischen Parteien. Die russenfreundlichen Parteien, wie die Narodniaki Geschoffs, die Zankowisten Daneffs und die Demokraten Malinoffs, wurden auf einmal kriegerisch und begannen zu erklären, daß die Zeit der Einmischung Bulgariens gekommen sei. Es habe schon die zwölfte Stunde geschlagen, wenn Bulgarien seine nationalen Ideale verwirklichen wolle.

Auch in diesen Momenten hat unsere Partei eine erfreuliche Rolle gespielt. Wie am Anfange des Krieges die regierende Partei der Nation ausmalte, wie die Zentralmächte das ganze Mazedonien unserem Lande schenken würden, wenn wir gegen Serbien vorrückten, so drängte jetzt die russenfreundliche Opposition zum Kriege gegen die Türkei, da man so die an Serbien, Griechenland, Rumänien und die Türkei verlorenen Gebiete wieder gewinnen könne. Unsere Partei, und gleich dieser auch die Bauernbündler, traten entschieden gegen die Agitation der Russenfreunde, wie früher gegen die Agitation der Freunde Oesterreichs auf und förderten im hohen Maße die friedliche und neutrale Stimmung der Bevölkerung. Wir verlangten, daß die Regierung neutral bleibe und so die Anerkennung unserer wohlbegründeten nationalen Forderungen erlange. Vor allem aber müsse sie in Verbindung mit unseren Nachbarn, den kleinen Balkanstaaten, treten, um eine Annäherung mit allen denen zu verwirklichen, mit denen wir auch künftighin auf der Balkanhalbinsel leben und wirken werden. Anstatt mit der einen oder der anderen Gruppe der Kämpfenden zu gehen, könne unser Land mit den Nachbarländern eine Macht bilden, die die Balkanhalbinsel für die Balkanvölker verteidige und erhalte.

Diese unsere Agitation für die Neutralität und die diplomatische Erwirkung eines national gerechten Zusammenlebens am Balkan, fand eine starke Unterstützung im bulgarischen Volke. Wir hoffen, daß auch in dem jetzigen dritten Stadium, da unser Land von beiden Gruppen so liebenswürdig umworben wird, mit einer neutralen Politik vieles zu erreichen ist. Wie das geschehen kann, bleibt einer Regierung, die wie wir denkt, und handelt, vorbehalten.

Man soll sich über die gezwungene Neutralität der Regierung Radoslavoffs keine Illusion machen. Wenn die Interessen des Königs und der herrschenden Gruppen es erheischen, ohne Gefahr für ihre Personen aus der Neutralität herauszutreten, so werden sie gleich auf der einen oder anderen Seite losschlagen. Nur die zurückhaltende Stimmung des Volkes, der Sozialisten und Bauernbündler, dämpft die kriegerischen Heißsporne des Militärs und der Mazedonier. Wir wissen nicht, ob wir imstande sein werden, die herannahende Flut zu beschwören, aber unsere Partei ist fest entschlossen bis zum Ende zu kämpfen gegen eine Einmischung in den Krieg und für eine friedliche Lösung der noch schwebenden Balkanfragen.

Bulgarien und die Zentralmächte.

Prof Otto Hoetzsch vertritt in der „Kreuz-Zeitung" die Ansicht, daß Bulgarien, seiner zentralen Lage entsprechend, immer mehr der Drehpunkt der Verhandlungen auf dem Balkan geworden ist. Interessant ist, was der konservative Politiker über die jetzigen Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei und im Anschluß daran über die Stellung der Zentralmächte zu Bulgarien sagt:

„Schafft diese ganze Haltung Serbiens für Bulgarien eine Lage, die ihm aufgedrängt wird, und aus der es jedenfalls heute Mazedonien sich noch nicht zufallen sieht, so hat es selbst seine Beziehungen zur Türkei schärfer angefaßt. An sich ist über die Gemeinsamkeit der bulgarisch-türkischen Interessen in beiden Ländern auch kein Zweifel. Aber aus dem Londoner Vertrag von 1913 ist ein Stachel zurückgeblieben, der eben recht fühlbar geworden ist, als die Türken 200 für Bulgarien bestimmte Eisenbahnwaggons auf der Linie zwischen Dedeagatsch und Swilen (türkisch Mustafa Pascha) angehalten haben. Diese Eisenbahnlinie, die Bulgarien mit seinem neuen Hafen am Mittelländischen Meere verbindet, geht nämlich über 100 Kilometer durch türkisches Gebiet, über Küleli-Burgas. Der Ton, in dem nun die bulgarische Presse seit einigen Tagen die Vereinigung dieser Differenz, mit der zugleich auch ein Stück Maritzagrenze zusammenhängt, fordert, wird immer dringender. Man verlangt Zugeständnisse von der Türkei, in manchen Kreisen sogar bis zur Linie Enos—Midia. Aber auch bei der geringeren Forderung dreht es sich immerhin um ein Dreieck von 2500 Quadratkilometer Umfang, und die neue bulgarische Grenze käme dann bedenklich nahe an die Stadt Adrianopel heran. Wir wissen nicht, ob die Türkei auf diese Ansprüche, über die soeben der bulgarische Politiker Kaltschew in Konstantinopel verhandelt hat, eingehen kann. Unser Wunsch kann nur sein, daß diese lokale Differenz nicht, indem sie fortwährend hin- und hergeschoben wird, Verstimmungen und Reibungen zwischen zwei Staaten schafft, die in ihrem und in unserem Interesse Bundesgenossen bleiben müssen. Inwieweit die deutsche Diplomatie in diese Schwierigkeiten helfend eingreifen kann, sind wir aus der Ferne zu beurteilen natürlich nicht in der Lage. Wie aber die Zentralmächte im ganzen über Bulgarien und seine Zukunft denken, darüber hat sich der frühere österreichische Minister Geßmann, bekanntlich ein Mitglied der christlich-sozialen Partei, zu einem Mitarbeiter der bulgarischen Kambana soeben offen und entschieden ausgesprochen. Wir sollten meinen, daß diese Worte des österreichischen Politikers auf die Bulgaren Eindruck machen müßten. Sie müssen davon überzeugt sein, daß Oesterreich schlechterdings keine territorialen Erweiterungen auf der Balkanhalbinsel anstrebt, und daß es Wunsch und Interesse der Zentralmächte ist, ein starkes, wohl abgerundetes Bulgarien entstehen zu sehen."

Man kann es im Interesse der künftigen Gestaltung der Dinge auf dem Balkan wie auch im Interesse der Zentralmächte nur begrüßen, wenn einerseits die Türkei die Bestimmungen des Londoner Vertrages von 1913 mit seinen Härten gegenüber Bulgarien einer Revision unterzieht, und wenn andererseits Oesterreich keine Erweiterungen auf dem Balkan anstrebt. Nur sollte man berücksichtigen, daß es namentlich gegenüber Bulgarien weniger darauf ankommt, allgemeine Erklärungen abzugeben als die Worte in Taten umzusetzen. Die schlimmen Erfahrungen, die Bulgarien in den letzten Jahren gemacht hat, lassen es erklärlich erscheinen, daß es sich nicht auf bloße Versprechungen einlassen will, sondern von den beiden mit ihm verhandelnden Mächtegruppen sofortige praktische Maßnahmen erwartet.

Die englische Munitionsversorgung.

London, 24. Juni. (W. T. B.) Unterhaus. Lloyd George sagte bei Einbringung des Gesetzentwurfs betreffend Vermehrung der Munitionserzeugung: „Der Mangel an Munition infolge großen Verbrauchs in diesem Kriege ist dem Feinde ebenso bekannt, wie den Engländern selbst. Die Dauer des Krieges, die Verluste an Menschenleben und der schließliche Sieg oder aber die Niederlage hängen von der Frage ab, ob der Bedarf an Munition genügend gedeckt werden kann." Die Alliierten seien sowohl in der Anzahl der Mannschaften, als auch in der Qualität, welche der des Feindes nicht allein gleichkomme, sondern sie, wo es darauf ankomme, übertreffe, überlegen. Die Erzeugung von Geschossen bei den Zentralmächten betrage, soweit seine Informationen gingen, 250000 Stück täglich. Ein Besuch in Frankreich habe ihn bezüglich der Frage, was Frankreich bereits getan habe und noch tun könne, sehr beruhigt. Wenn England in den nächsten Monaten ebensoviel erzeugen könnte, wie die französischen Fabriken wahrscheinlich zu verfertigen imstande sein würden, so würden die Verbündeten eine bedeutende Ueberlegenheit in Geschossen haben. Alle technisch geschulten Kräfte und Chemiker des britischen Reiches müßten mobil gemacht werden. Seit Errichtung des Munitionsministeriums seien bereits große Aufträge auf Granaten vergeben. Lloyd George erwartet, daß in einer Stadt allein 250000 Geschosse monatlich hergestellt werden. Das Land sei in zehn Munitionsgebiete unter sachverständigen Ortsausschüssen eingeteilt. Der Staat werde vielleicht auch die Kontrolle über den Metallmarkt übernehmen, um einer Verschwendung kostbaren Materials zuvorzukommen. Lloyd George legte Nachdruck darauf, wie wichtig es sei, über geübte Arbeiter zu verfügen, und sagte, daß mit einer genügenden Zahl solcher Arbeiter die Zahl der Maschinengewehre in ein paar Wochen verdoppelt werden könnte, was zur Vermeidung von Verlusten und zur Behauptung von Stellungen von höchstem Belange sei. Lloyd George führte ferner aus, daß die Produktion einiger Fabriken verdoppelt werden könnte, sobald die hemmenden Regeln der Gewerkschaften außer Kraft träten und keine Streiks und Aussperrungen mehr vorkämen. Die Arbeiter der Munitionsindustrie und die Dockarbeiter hätten sich bereit erklärt, alle Differenzen einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, dies Zugeständnis nicht zu mißbrauchen. Ferner habe er mit den Gewerkschaften vereinbart, daß der Gewinn der Fabriken, in denen die neuen Bestimmungen gälten, herabgesetzt werden solle. Eine Arbeiterarmee sei gebildet, die bereit sei, überall, wo sie gebraucht werde, in der Munitionsindustrie zu arbeiten. Weiter seien Maßregeln getroffen, um die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England enger zu gestalten, da es verschiedene Dinge gebe, welche die Länder für einander erzeugen könnten, sodaß durch ein gemeinsames Vorgehen die Munitionserzeugung vergrößert werden könne. Lloyd George erklärte, Deutschland habe immer Kriegsmaterial aufgestapelt und sei mit jedem gut Freund geblieben, bis es mit seinen Vorbereitungen fertig gewesen sei. Während der Balkankrise habe Deutschland sich so bescheiden und anspruchslos wie möglich gebärdet (!). Es habe für Frankreich ein freundliches Lächeln bereit gehabt, Rußland als Freund behandelt und sei mit England Arm in Arm durch die Kanzleien Europas gegangen. Wir waren, sagt Lloyd George, wirklich der Meinung, daß ein Zeitabschnitt des Friedens und der Freundschaft angebrochen sei. In demselben Augenblicke aber erzeugte und verbarg Deutschland bereits enorme Mengen Kriegsmaterial, um die Nachbarn damit im Schlafe zu überfallen und zu ermorden. (!!) Wenn eine solche Irreführung der Völker untereinander Erfolg hat, wird in Zukunft jede Grundlage für freundschaftliche internationale Beziehungen zusammenstürzen. Es ist für den Weltfrieden notwendig, daß der Plan mißglückt, und unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß er mißglückt. (Lauter Beifall.)

Anwerbung von englischen Munitionsarbeitern.

London, 24. Juni. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Lloyd George hat eine besondere Abteilung im Munitionsministerium für die Anwerbung von Arbeitern eingerichtet. In allen großen Städten ist ein besonderer Stab tätig, um gelernte Arbeiter anzuwerben, die sich für sechs Monate binden und verpflichten, in den ihnen angewiesenen Munitionsfabriken zu arbeiten. Es bestehen bereits vierhundert solcher Werbebureaus.

Bryans Nachfolger.

Washington, 24. Juni. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Präsident Wilson hat den Rat des Staatsdepartements, Lansing, endgültig als Nachfolger Bryans zum Staatssekretär ernannt.

Gerichtszeitung.

Die ominöse Postkarte.

Als Antwort auf eine ihm zuteil gewordene unhöfliche Behandlung hat der Nähmaschinenreisende P. einen Streich ausgeführt, der ihn gestern unter der Anklage der Urkundenfälschung und Bedrohung vor die Strafkammer des Landgerichts II führte. Als der Angeklagte eines Tages in einem Hause der Kreuzbergstraße Kunden für die von ihm vertretene Nähmaschinenfabrik zu erwerben suchte und dieserhalb bei dem dort wohnenden Herrn H. vorsprach, bereitete ihm dieser einen unfreundlichen Empfang, indem er ihm erklärte, daß er sich durch die „ewige Bettelei" belästigt fühle. Es kam darüber zu einem lebhaften Wortwechsel, in dessen Verlauf der Angeklagte von einem Treppenpodest aus drohend dem Herrn H. zurief: er würde ihm am liebsten mit seinem Schirm den Schädel einschlagen. Damit war diese Szene beendet. Am nächsten und dem darauf folgenden Tage wurde Herr H. durch sonderbare Besuche überrascht. Es erschienen nämlich kurz hintereinander Vertreter von Nähmaschinenfirmen, die sich zum Verkaufe einer Nähmaschine erboten. Auf die sehr erstaunte Frage nach der Veranlassung ihres Besuches zeigte jeder von ihnen eine mit dem Namen des Herrn H. unterschriebene Postkarte vor, die folgenden Inhalt hatte: „Ich beabsichtige, eine Nähmaschine zu kaufen, wenn Sie eine alte in Zahlung nehmen. Bitte um Ihren Besuch morgen nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr." Der letzte, der auf diese Weise Düpierten hatte ein lebhaftes Interesse daran, festzustellen, von wem diese gefälschten Postkarten ausgehen könnten; er fragte im Hause herum, ob und welcher Reisende sich angeboten habe, einen Nähmaschinen-Kaufvertrag abzuschließen, und es gelang ihm auf diese Weise, den Angeklagten als den Schreiber der Karten zu ermitteln. Dieser gab auch zu, mit Hilfe der Postkarten beabsichtigt zu haben, einerseits Herrn H. für sein Verhalten ihm gegenüber zu schikanieren, anderseits auch gleichzeitig der Konkurrenz einen Streich zu spielen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 4 Monate Gefängnis, während sein Rechtsbeistand bestritt, daß diese Postkarten einen urkundlichen Charakter hätten, da sie zum Beweise von Rechten und Rechtsverhältnissen keineswegs von Erheblichkeit wären. — Der Gerichtshof kam nach langer Beratung zu einer anderen Rechtsauffassung und verurteilte den Angeklagten wegen Urkundenfälschung zu 2 Wochen Gefängnis und wegen Bedrohung zu 15 M. Geldstrafe.

Eine Anklage wegen Körperverletzung mit tödlichem Erfolge führte gestern den Arbeiter Friedrich Lettko vor das Schwurgericht des Landgerichts II. Der Angeklagte lebte mit seiner zweiten Frau in nicht sehr glücklicher Ehe. Er behauptete, daß die geringe Sorgfalt der Frau für den Haushalt und für seine Person den Grund zu fortgesetzten häuslichen Szenen bildete, die schließlich dazu führten, daß der Angeklagte mehr als einmal seinen Aerger mit Alkohol herunterzuspülen sich veranlaßt sah. Als er am 8. April d. J., abends gegen 7 Uhr, von der Arbeit in seine Wohnung zurückkehrte, befand er sich in aufgeregtem Zustande. Er ärgerte sich über die in der Schlafstube herrschende schlechte Luft, nahm das daselbst im Bett liegende jüngste Kind aus dem Bett heraus und legte es vor die Wohnungstür. Darauf warf er den gesamten Inhalt des Bettes nach dem Hausflur hinunter, wo sich seine Frau befand. Diese stürmte nun hinauf und schlug von hinten mit einem Pantoffel auf ihren Ehemann ein. Der Angeklagte drehte sich darauf halb um und stieß seine Frau mit dem linken Fuß vor den Unterleib. Diese Abwehr hatte ungeahnte böse Folgen: die Frau hustete einige Male und war bald darauf eine Leiche. Die Leichenöffnung ergab, daß die Verstorbene an einer Blasengeschwulst litt und infolge des Fußtritts sich ein Riß in der Blasenwand gebildet und einen Bluterguß veranlaßt hatte, der zum Tode führen mußte. — Der Staatsanwalt beantragte die Bejahung der Schuldfrage im Sinne der Anklage. Justizrat Kempner hielt die Freisprechung des Angeklagten für geboten, einerseits aus dem Gesichtspunkte der Anwendbarkeit des § 51 des Strafgesetzbuches, anderseits weil sich der Angeklagte im Stande der Notwehr befunden habe. Der Verteidiger konnte sich in letzter Beziehung auf die „objektivste Behörde", die Staatsanwaltschaft, berufen, die seiner Zeit die Erhebung der Anklage abgelehnt habe und diese erst auf Grund eines Beschlusses der Strafkammer erhoben worden sei. — Die Geschworenen kamen zur Verneinung der Schuldfrage, worauf die Freisprechung des Angeklagten erfolgte.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

August Herrmann

von der 18. Revier-Inspektion.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung am Sonnabend, den 26. Juni, nachmittags ¾4 Uhr, vom städtischen Friedhof, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus.

Um rege Beteiligung bei der Bestattung des Kollegen ersucht

34/15 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Bureauangestellten
Ortsgruppe Groß-Berlin

Am Dienstag, den 22. Juni 1915, verstarb unser Mitglied

Adolf Herrfurth

Angestellter der Orts-Krankenkasse der Buchbinder.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 25. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Mahlsdorf, Hellersdorfer Straße 16, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

46/8 **Die Ortsverwaltung.**

Am 22. d. M. entschlief nach langem schweren Leiden unser pensionierter Angestellte, Herr

Adolf Herrfurth

im Alter von 59 Jahren.

In seiner 17jährigen Tätigkeit hat er sich durch Fleiß und Gewissenhaftigkeit ein bleibendes Andenken bewahrt. 268/19

Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse der Buchbinder u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Die Beerdigung findet Freitag, den 25. Juni, um 3 Uhr nachmittags vom Trauerhause, Mahlsdorf, Hellersdorfer Str. 16, aus statt.

Am 22. d. M. entschlief nach langer Krankheit unser lieber Kollege 268/20

Adolf Herrfurth

im 59. Lebensjahre.

Der Entschlafene war uns ein aufrichtiger Freund, sein lauterer Charakter und sein allzeit freundliches Wesen sichern ihm bei uns ein bleibendes Andenken.

Die Kollegen
der Orts-Krankenkasse der Buchbinder u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Adolf Herrfurth

nach langem Leiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Mahlsdorf, Hellersdorfer Str. 16, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

23/8 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Zuschneider

Joh. Handtke

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Pius-Kirchhof in Wilhelmsberg statt.

169/6 **Die Ortsverwaltung.**

Stiefelkönig

Friedrichstr. Bl. an der Karlstr.

Großer Sommer-Ausverkauf

Unvergleichliche Preisvorteile!

Danksagung.

Für die rege Beteiligung und den vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen hiermit meinen aufrichtigen Dank.

68M **Otto Neumann,** Kremmener Str. 13.

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme anläßlich der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma W. Moeser meinen herzlichsten Dank. 72M

Frau Eulenstein nebst Kindern.

Für die Beteiligung bei der Einäscherung meines lieben Mannes 68M

Albert Gniss

sage ich allen Beteiligten besten Dank.

Minna Gniss nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sagen wir allen daran Beteiligten unseren herzlichsten Dank.

Marie Wicke und Kinder.

Möbelfabrik „Stern".
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Bilanz per 31. Dezember 1914.

Aktiva.		M.
Kassenbestand		1 012,24
Warenbestand		25 205,48
Inventar-Konto	2048,94	
20 Proz. Abschreib.	409,78	1 639,16
Debitoren-Konto		15 425,60
Bank-Konto		6 528,80
	M.	49 811,28

Passiva.	M.
Anteil-Konto	450,00
Darlehn-Konto	38 321,09
Reserve-Fonds	458,00
Unkosten-Konto usw.	1 500,00
Kreditoren-Konto	4 560,00
Unsichere Forderungen	2 000,00
Gewinn- u. Verlust-Konto	2 521,69
M.	49 811,28

Die Zahl der Genossen beträgt am Schluß des Geschäftsjahres 15; eingetreten sind im verflossenen Geschäftsjahr keine, ausgetreten auch keine.

Das Geschäftsguthaben der Genossen beträgt 450 M. Die Haftsumme auch 450 M.

Das Geschäftsguthaben und die Haftsumme haben sich nicht vermehrt und nicht vermindert. 108/20

Der Vorstand:
Braun. Laupichler.

Konsum-Fleischerei!

Aus täglich frischer Schlachtung:

Rinderrippenfleisch / Rinderknochenfleisch Pfd. 30 Pf.

Krause Knochen Pfd. 20 Pf.

Zentralmarkthalle: Reihe 11, Stand 108
Andreashalle: Stand 14.
Weddinghalle: Stand 8. 282/6
Ackerhalle: Stand 10.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.
Filiale Berlin. — Andreasstr. 17.

Sonnabend, den 26. Juni, abends 8½ Uhr, bei Nowottnick, Langestraße 30: 190/1

Branchen-Versammlung
der Färber, Wäscher, Detacheure, Detacheusen, Büglerinnen usw.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Max Gruhl:** „Die Notlage der Arbeiterschaft". 2. Branchenangelegenheiten.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Bilanz
der Rohstoff- und Spargenossenschaft der Schuhmacher von Neukölln und Umgegend.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
Vom 15. Mai bis 31. Dezember 1914.

Aktiva. Fol.		Mk.	Passiva. Fol.		Mk.
3.	An Inventar-Konto	26.—	1.	Per Mitglied-Ant.-Konto	555.—
15.	„ Spar-Konto K.G.	300.—	4.	„ Reservefonds-Konto	31.—
18.	„ Waren-Konto	1 311.19	9.	„ Darlehens-Konto	900.—
25.	„ Kassa-Konto	97.59	23.	„ Gem.- u. Verl.-Konto	248.78
	Summa	1 734.78		Summa	1 734.78
30.		1 734.78	30.		1 734.78

Die Zahl der Mitglieder betrug am 15. Mai 1914 27, neu aufgenommen 4, ausgeschieden durch Tod und Geschäftsaufgabe 3, so daß am 31. Dezember 1914 ein Mitgliederbestand von 28 vorhanden war.

Die Haftsumme betrug am 31. Dezember 1914 1400 Mark.

Neukölln, den 28. Februar 1915.

Der Vorstand.
Konrad Holland. August Titze. Gott helf Stellenberg.
Der Aufsichtsrat.
Karl Redmann. Martin Grünke. 103/19

Wasche mit Henkel's Bleich-Soda.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., Dircksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung. •
Lieferant für alle Krankenkassen.

DRUCK-ARBEITEN
in guter Ausführung
VORWÄRTS
Buchdruckerei und Verlag
SW. 68 Lindenstraße 3

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Feldbrief-Mappe
enthaltend 5 vorschriftsmäßig bedruckte Feldpost-Briefumschläge nebst Briefbogen, 5 vorschriftsmäßig bedruckte Postkarten
Preis 10 Pf.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 3.

MANOLI
Die führende Zigarette

Verkäufe.

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 spottbillig farbfehlerhafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. K10*

Monatsanzüge, nur wenig getragen, Paletots, Ulster, Hosen, Gesellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind leihweise billig zu haben. Altbekannte Firma. Max Weiß, Große Frankfurterstraße 88. *

Teppiche mit kleinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Diwandecken, sehr billig. Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). 246/4*

Hermannplatz 6. „Pfandleihhaus". Extrabilliger Bettenverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Goldsachen. Spottbillige Jakettanzüge, Gehrockanzüge, Herrenhosen. *

Reichgestickte Portieren, Victoriatuch 4,85, Leinen 7,50, Plüsch 8,75 pro Fenster. Extraangebot. Teppichhaus Emil Lefevre, Oranienstr. 158.

Vorjährige Herrenanzüge aus feinsten Maßstoffen 14—38 Mark, Paletots 12—36, Beinkleider 4—10, Burschenanzüge. Deutsches Garderobenhaus, Große Frankfurterstraße 116 I. 72K*

Leihhaus Prinzenstraße 105 kaufen Sie von Kavalieren wenig getragene Jackett-, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide gearbeitet. Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe. Gold- und Silberwaren. Höchste Beleihung aller Wertsachen. 53/1*

Möbel.

Nur im Kriege diese Preise, nie wiederkehrend. Kleiderspind, Vertiko mit Verglasung 42,—, Bettstelle englisch 38,—, Nußbaum-Diplomat 56,—, komplette Küche 56,—, Ankleideschrank mit Spiegel 68,—, Ausziehtisch mit Verbindung 26,—, Kommode 20,— und viele Einzelmöbel für jeden annehmbaren Preis. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. *

Kriegspreise! Kleiderspinden, Vertikos 25,—, Bettstellen, Matratzen, Chaiselongues 20,—, Kommoden 12,—, Trumeaus, Plüschsofas 35,—, Schreibtische, Büfetts, Waschtische billigst. Zentralmöbelspeicher, Prinzenstraße 71. 31K*

Kriegshalber! Bildschöne Stuben- und Kücheneinrichtung, alles nagelneu, zusammen 228,—, Rosenthalerstraße 57, vorn III rechts (gewerblich). Händler verbeten. 52/10*

50 entzückende Küchen, enorm billig. Möbelhaus Osten, Andreasstraße 30. 79K

Todeshalber Kleiderschrank, Vertiko, Bettstellen, Auszugtisch, Stühle. Gewerblich Händler zwecklos. Burwig, Waldstraße 3. 53/4

Kaufgesuche.

Zahngebisse! Bruchgold! Silbersachen, Platinaabfälle, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 27/3*

Kupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn, Zink, Blei, Quecksilber, Stanniolpapier, Platinaabfälle, Zahngebisse. Goldsachen, Silberabfälle, Höchstpreise! „Metallschmelze Cohn", Brunnenstraße 25 und Neukölln, Berlinerstraße 76. 27/6*

Fahrradankauf Weberstraße 42.

Platin, Goldsachen, Silbersachen, Zahngebisse, Stanniol 2.—, Quecksilber, Glühstrumpfasche kauft Blümel, Augustsraße 69. 249/20*

Damenrad, Herrenrad kauft Streese, Andreasstraße 37. 527/1*

Kupfer, Kilo 180 Messing 120. Alle Metalle höchstzahlend. Koniecka, Südost, Taborstraße 23, Laden. †18

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 44K*

Zeichnerinnen. Ausbildung von Damen für technische Bureaus als Zeichnerinnen, guter lohnender Beruf. Kursus 3 Monate. Anfang 5. Juli. Auskunft: Polytechnisches Gewerbe-Institut. Inhaber L. Barth, Ingenieur, Chausseestraße 1. Sprechstunde 9—12, 7—9. Telephon: Amt Norden 6388. 261/51*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 15. *

Die gegen die Frau Schulz ausgesprochene Beleidigung nehme ich mit Bedauern zurück. Frau Witte, Schulzendorferstraße 17a. 54K

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Dampfkessel-Heizer suchen Magnesiawerke Weißensee, Lehderstraße 28.

Korbmacher auf 66 er, ganz aus Weiden, verlangt Lorenz, Kleiststraße 31. 53K

Korbmacher auf runde Geschoßkörbe aus Weiden sucht Fabian, Lausitzerstraße 9. 52/12*

Sonntagskassierer oder Kassiererin verlangen per sofort Gebr. Kahner, Bülowstraße 6. 55K

Motorschlosser für Automobile, tüchtige, sofort gesucht. Meldungen 9—1 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2, Personalverwaltung IV. Etage. 86K

Kraftwagenführer, tüchtige, sofort gesucht. Meldungen 9—1 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2, Personal-Verwaltung, IV. Etage. 86K

Tüchtigen Schrifthauer
der auch zeichnen kann, sofort verlangt
P. Jaeckel, Weißensee, Rölkestraße 28.

Sandsteinarbeiter
verlangt **P. Jaeckel, Weißensee,** Rölkestr. 28.

Tüchtige Farbäuer,
die flott und sauber arbeiten, stellt ein bei hohem Lohn 53/8
Dr. Selle u. Co., Zossener Str. 55.

Tüchtige Stukkateure
für **größere Arbeit** auf längere Zeit gesucht; zu melden Linkstr. 26, 1 Treppe.

Tüchtiger älterer Eisendreher
findet dauernde Beschäftigung bei
Schuchardt & Schütte, Neukölln. Mahlower Str. 23.

Plattenschneider
verlangt **Michaelis Knopffabrik,** Mohrenstr. 40. 1931b

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Friedensgerüchte.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

„Die „Frankfurter Zeitung" berichtet folgendes aus Berlin: „Seit einigen Tagen schwirren hier Gerüchte über Friedensabsichten oder Friedensanbahnungen herum, werden von Gutgläubigen aufgenommen und von manchen tendenziös gedeutet. Es wird da erzählt, daß russische Unterhändler von hoher Geburt hier gewesen seien und sich nach dem Hauptquartier begeben hätten. Es werden sogar russische Friedensbedingungen genannt und in Verbindung damit eine Anleihe. An dem allen ist kein wahres Wort. Es sind keinerlei Unterhändler hier gewesen, auch keine Personen, die irgendwelche Fühlung versucht hätten. Es ist natürlich infolgedessen auch niemand solcher Art nach dem Hauptquartier gereist. Es handelt sich um ganz grundlose Gerüchte. Ebenso steht es mit ähnlichen Gerüchten, die immer noch an den einen Pazifistenkongreß anknüpfen, der vor einigen Wochen in Holland stattgefunden hat, und auf dem durch Vermittlung einer holländischen Persönlichkeit eine Fühlung nach etwaigen Friedensbedingungen versucht worden ist. Es ist früher schon einmal von uns mitgeteilt worden, was daran Wahres ist: Ein deutscher Gelehrter hat ganz korrekt und loyal an berufener Stelle gefragt, ob und unter welchen bestimmten Bedingungen an Frieden zu denken sei, und es ist an der berufenen Stelle auf die Angelegenheit gar nicht eingegangen worden. Sie war damit erledigt. Eine andere Persönlichkeit, die in jenen Gerüchten erwähnt wird, hat gar nicht vom Frieden gesprochen, sondern im Gegenteil aus eigenen Beobachtungen nur versichert, daß man in England nicht an Frieden denke."

Inzwischen veröffentlicht ein deutschfeindliches Schweizer Blatt einen „vertraulichen" Brief des Vorsitzenden des Bundes „Neues Vaterland", der offenbar dazu bestimmt ist, unser Dementi vom 6. Juni zu erschüttern. Da das unter dem Einfluß französischer Politiker stehende Blatt dabei die durchsichtige Tendenz verfolgt, den Entschluß des Durchhaltens bei der deutschen Arbeiterschaft zu durchkreuzen, so wiederholen wir hiermit ausdrücklich — unter Bestätigung der Darstellung der „Frankfurter Zeitung" — folgendes:

Während des ganzen Krieges hat keine feindliche Regierung, sei es unmittelbar, sei es mittelbar, Friedensangebote an Deutschland gemacht, auch ist bisher der Reichsleitung nichts über Friedensbereitschaft einer feindlichen Regierung bekannt geworden."

Die Darstellung der „Frankfurter Zeitung" und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" ist keineswegs korrekt, soweit die vom Vorsitzenden des Bundes „Neues Vaterland" und der „National-Zeitung" berichteten Tatsachen in Frage kommen. Tatsächlich hatte ein hoher holländischer Beamter im Haag es übernommen, in Berlin zu sondieren, auf welcher Basis man zu Friedensverhandlungen bereit sei, nachdem englische Politiker mit dem holländischen Staatsmann wegen Friedensmöglichkeiten verhandelt hatten. Wie die National-Zeitung" vor kurzem mitteilte, hat die deutsche Regierung es aber „abgelehnt, sich mit der Angelegenheit zu befassen". Alle Einzelheiten, insbesondere die Namen aller beteiligten Personen, werden in dem Brief des Vorsitzenden des Bundes „Neues Vaterland" genannt. Die „Norddeutsche" sucht sich über diese Tatsachen hinwegzuhelfen, indem sie unser Berner Parteiblatt, das diesen ursprünglich an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gerichteten Brief abgedruckt hat, „deutschfeindlich" und „unter dem Einfluß französischer Politiker stehend" nennt. Den Beweis für diese Vorwürfe bleibt sie allerdings schuldig.

Inzwischen scheint bereits von neuem ein Weg zur Anbahnung von Friedensverhandlungen beschritten zu werden. Wir berichteten bereits gestern, daß ein Züricher Blatt gemeldet hat, in der Schweiz sollen in nächster Zeit „verschiedene politische Persönlichkeiten sowohl des Dreiverbandes wie der Zentralmächte eintreffen, um unverbindliche Besprechungen über die Grundlagen einer Friedenskonferenz anzuknüpfen. Die Zusammenkunft sei der Anregung des Präsidenten Wilson zu verdanken." — Die „National-Zeitung gab die Meldung mit allem Vorbehalte wieder und erwähnt gleichzeitig aus zuverlässiger Quelle, daß die hiesigen Regierungskreise den „geplanten" Verhandlungen fernstehen. — In der „Deutschen Tageszeitung", die seit gestern früh wieder erscheint, erklärt darauf Graf Reventlow wörtlich:

„Daraus geht hervor, daß jene Nachricht tatsachlich nicht mit Vorbehalt aufgenommen zu werden braucht, sondern die Zusammenkunft wirklich geplant ist, also vermutlich auch stattfinden wird."

Auch dieses Dementi der „Norddeutschen" muß also richtig gelesen werden, so wie Graf Reventlow es tut. Der „Deutschen Tageszeitung" ist bei ihrem politischen Standpunkt erklärlicherweise die Tatsache von unverbindlichen Verhandlungen unangenehm, was sie aber nicht hindert, zuzugeben, daß auch „unverbindlichen" Verhandlungen in der gegenwärtigen Situation Bedeutung zukommt. Graf Reventlow schreibt:

„Die Wendung in dem obigen Berichte: daß jene „politischen Persönlichkeiten unverbindliche Besprechungen" anknüpfen würden, erscheint nicht uninteressant. Warum wird die „Unverbindlichkeit" so beflissen hervorgehoben, wo sie selbstverständlich sein sollte? Wie könnten überhaupt derartige Besprechungen von irgendwelchen „politischen Persönlichkeiten" veranstaltet und abgehalten werden, verbindlich, das heißt, für irgendeine Regierung maßgebend sein oder unter ihren Auspizien stattfinden. Die aus Mailand kommende Mitteilung will mithin den Anschein erwecken, als ob es Regierungen gäbe, welche Interesse daran hätten, durch politische Persönlichkeiten unverbindliche Fühler auszustrecken. Da die deutsche Regierung nach der Mitteilung der „National-Zeitung", — und ohne Zweifel ebenfalls die Regierungen Oesterreich-Ungarns und der Türkei, — den Veranstaltungen fernsteht, andererseits aber auch „politische Persönlichkeiten" der Zentralmächte an der Veranstaltung teilnehmen werden, so wird man es wohl wieder mit solchen Kreisen zu tun haben, die hier letzthin wiederholt gekennzeichnet worden sind."

Nach polemischen Bemerkungen gegen Wilson und Amerika fährt Graf Reventlow fort:

„Alles das würde gut zu den „unverbindlichen" Friedensbesprechungen und ganz besonders zur Anwesenheit von politischen Persönlichkeiten der Zentralmächte passen. Sollten die Mailänder Mitteilungen wahr sein, so möchten wir nur wünschen, daß, soweit es Deutschland betrifft, die „politischen Persönlichkeiten" die Schweiz zu ihrem dauernden Wohnsitze wählten. Im Deutschen Reiche darf für den Internationalismus heute weniger Platz sein denn je. Daß die Sache des Vaterlandes und der Nation sich mit internationalen Plänen, Propaganden usw. nicht vereinigen läßt, bestätigte dieser Tage die sozialdemokratische Mannheimer „Volksstimme", indem sie ausführte, daß angesichts der jetzigen Lage eine internationale Friedensaktion das Gegenteil ihrer Absicht hervorriefe. Das Blatt fährt fort: „So lange gibt es für uns keine andere Politik als jene, die wir bisher schon befolgt haben: wir bleiben bei der Sache unseres Vaterlandes, die auch die Sache unserer Arbeiterklasse ist." Damit sagt das Blatt „implizite", daß eine internationale Aktion, auch wenn sie den erstrebten Erfolg hat, nicht die Sache des Vaterlandes sei. Das ist ganz unsere Ansicht, und wir wünschen dieser Auffassung der Mannheimer „Volksstimme" innerhalb der Sozialdemokratie weiteste Verbreitung."

Wir möchten bezweifeln, daß wirklich eine derartige Uebereinstimmung zwischen Mannheimer „Volksstimme" und „Deutscher Tageszeitung" besteht. Schließlich entscheidet in erster Linie der Erfolg über die Brauchbarkeit eines Weges.

Zu dem eingangs erwähnten Dementi der „Norddeutschen" nehmen nur wenige Abendblätter Stellung. Die „Kreuz-Zeitung" gibt zunächst die „ethische" Berechtigung der Friedenssehnsucht zu. Sie schreibt:

„Es ist vom ethischen Standpunkte aus zu verstehen, daß der Gedanke, der Welt werde einst wieder der Frieden kommen, in dieser Zeit des Blutvergießens, der Trauer, der Wunden und der Schmerzen von besonders beglückender und beseligender Wirkung sein muß. So gibt es wohl keinen, der nicht im Innern mit tiefer und heißer Sehnsucht an die Stunde denkt, in der einst die Waffen sich senken und die Friedensfahnen im Winde wehen werden. Sich so mit dem lieblichen Gedanken zu beschäftigen, kann niemand verwehrt werden. Etwas anderes aber ist es, Friedensgedanken zu nähren oder gar zu äußern aus Mutlosigkeit und Schwäche und von dem Standpunkte aus, einen Frieden um jeden Preis zu haben, nur damit des Krieges Stürme endlich schweigen möchten. . . . Jedenfalls liegt ja auch für uns, die wir durch die Gewalt unserer Waffen im Osten dem Feinde eben wieder einen vernichtenden Schlag versetzt haben und deren militärische Lage auch von den Neutralen als unverändert günstig beurteilt wird, keine Veranlassung vor, in der Friedensfrage auch nur einen Schritt zu tun."

Während die „Kreuz-Zeitung" leugnet, daß Friedensangebote unserer Gegner vorlagen, glauben die „Berliner Neuesten Nachrichten" feststellen zu können, daß die deutschen amtlichen Stellen „eine kühl abwartende Haltung eingenommen haben und auf derartige Anfragen (nach Friedensbedingungen) überhaupt nicht eingegangen sind":

„Mit dieser Feststellung wird den in der Tat umlaufenden Gerüchten über Friedensverhandlungen, die weithin lebhafte Beunruhigung (?) verursacht haben, einstweilen der Garaus gemacht. Wir stehen nicht an, unsere Befriedigung darüber auszusprechen; vor allem deshalb, weil aus den Mitteilungen der beiden offiziösen Organe klar hervorgeht, daß die deutsche Reichsregierung, wo die Friedensanregungen (wie im Falle des deutschen Gelehrten) tatsächlich bis an die amtlichen Stellen herantraten, eine kühl ablehnende Haltung eingenommen hat. Unser Auswärtiges Amt ist auf derartige Anfragen überhaupt nicht eingegangen. Das wird im ganzen Volke anerkannt und dankbar begrüßt werden; auch dort, wo der Krieg die schmerzlichsten Opfer forderte und wo seine kraftvolle Durchführung weitere Verluste an kostbarem deutschen Blut unvermeidlich macht. Vielleicht oder jedenfalls: gerade dort. Unser Volk, die Hunderttausende deutscher Familien, die dem Vaterlande Unersetzliches hingaben, wollen diese Opfer nicht umsonst gebracht haben. Das aber wäre, mehr oder weniger, der Fall, wenn die heimliche und recht verständliche Friedenssehnsucht gewisser Auslandsstellen in diesem für uns so verheißungsvollen Stadium der Kriegsentwickelung Grund zu der Annahme hätte, in Berlin oder bei den Zentralmächten überhaupt günstigen Boden zu finden. Wir wollen in der klaren Entschiedenheit, mit welcher unsere Regierungsorgane den erwähnten Gerüchten nun bereits mehrfach entgegengetreten sind, und in der ausdrücklichen Betonung der amtlich-deutschen Zurückhaltung gegenüber unzeitgemäßen Zumutungen gern die Gewähr dafür erblicken, daß wir vor Enttäuschungen bewahrt bleiben werden."

Diese Ausführungen stehen unzweifelhaft im Widerspruch mit dem Dementi der „Norddeutschen". Es ist also nicht nur eine „Clique von Friedensfreunden", die den Mitteilungen über englische Friedensangebote Glauben geschenkt hat.

Politische Uebersicht.

Die klärende Schlußsitzung des Landtags.

Die Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses hatte es sich so schön ausgemalt: Die Berichterstatter würden ihre Referate halten, alle Parteien würden auf eine Erörterung verzichten, die Anträge würden einmütig angenommn und der Landtag könnte auseinandergehen in dem herrlichen Gefühl, daß in Preußen-Deutschland alles zum besten bestellt ist.

Wer es mit seinen Pflichten als Volksvertreter ernst nimmt, wer es ablehnt, den Parlamentarismus dadurch zu diskreditieren, daß der Schwerpunkt der Verhandlungen in die Kommissionen verlegt werden, der durfte ein solches Spiel nicht mitmachen. Mag auch die bürgerliche Presse über das „entartete" Häuflein der Zehn im Abgeordnetenhause herfallen, die noch am letzten Tage die Harmonie gestört haben, unsere Genossen werden sich über die Angriffe hinwegsetzen in dem Gefühl treuer Pflichterfüllung gegen das Volk und gegen die Partei.

Es war ein Gebot der Stunde, daß der Genosse Braun, der sich namens der Fraktion über die Nahrungsmittelversorgung verbreitete, es nicht bei schönen Redensarten bewenden ließ und den Anschein zu erwecken, als sei das gesamte Volk mit den jetzigen Zuständen zufrieden, sondern daß er die Dinge so schilderte, wie sie sind. Wenn er auch darin mit den Vertretern der Regierung und der bürgerlichen Parteien übereinstimmte, daß an eine Aushungerung des deutschen Volkes nicht mehr zu denken ist, so unterschied er sich doch sehr wesentlich dadurch von ihnen, daß er sich zum Fürsprecher des darbenden Volkes machte und offen die Fehler und Mängel unserer Versorgung mit Nahrungsmitteln darlegte. Das hatte vor ihm zwar auch der Fortschrittler Dr. Wiemer versucht, aber über schwache Ansätze ist er nicht hinausgekommen, er blieb in Halbheiten stecken und machte seine Rede vollends eindruckslos, als er sich am Schluß in unangebrachten Betrachtungen über die Haltung der Sozialdemokratie vergriff. Offenbar war es Herrn Wiemer nicht zum Bewußtsein gekommen, daß er dadurch zuerst den Burgfrieden gebrochen hat. Konnte man es unserem Genossen verdenken, daß er gleiches mit gleichem vergalt und dem Gerede Wiemers, die wirkliche Stimmung der Massen entgegenhielt, die nach billigem Brot und einem Frieden ohne Annexionen und ohne Demütigung der Völker feindlicher Länder verlangen?

Die Parteien der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen machten schon während der Rede unseres Genossen ihren Unwillen durch laute und störende Zwischenrufe bemerkbar. Um so sonderbarer mutet es an, daß man von uns verlangte, wir sollten ihre Entgegnungen geduldig anhören und als wir diesem Verlangen keine Folge leisteten, mit den üblichen Ordnungsrufen gegen uns vorging. Den Genossen Ströbel erreichten deren zwei.

Nach einer kurzen Erwiderung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. Delbrück, der das Kriegsziel des Reichskanzlers und der Verbündeten Regierungen verteidigte, und nach einer sachkundigen Rede unseres Genossen Leinert über die Kriegsfürsorge, deren Ausbau in sozialem Geiste er als dringend notwendig hinstellte, begann das Kesseltreiben gegen unsere Fraktion. Was von der Osten (K.), Herold (Z.), Freiherr v. Zedlitz (fk.) und Fuhrmann (natl.) vorbrachten, unterschied sich nur durch die mehr oder minder scharfe Form voneinander. In der Sache stimmten sie alle darin überein, daß die Sozialdemokratie keine Rücksicht mehr verdiene, weil sie sich dem Willen der Mehrheit nicht untergeordnet habe. Vor allem sind sie empört über unsere Stellung zum Kriegsziel, und mit dankenswerter Offenheit verliehen sie endlich auch einmal von der Tribüne des Parlaments herab ihren Annexionsgelüsten Ausdruck. Jetzt besteht kein Zweifel mehr, wohin der Weg gehen soll, sie haben ihre innersten Absichten enthüllt und den denkenden Proletariern die Augen geöffnet.

In dieser offenen Betonung ihrer Pläne liegt die Bedeutung der letzten geschäftlichen Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses, der eine Stunde später die gemeinsame Schlußsitzung beider Häuser des Landtags folgte.

Haussuchungen.

Im Elberfelder Parteigeschäft sowie bei den Vorstandsmitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins für Elberfeld-Barmen wurde am Dienstagabend nach dem Rundschreiben der Parteiopposition, das von einer Reihe von Genossen und Genossinnen unterschrieben worden ist, gehaussucht. Das Privatexemplar eines Genossen wurde beschlagnahmt. Die Haussuchungen haben im ganzen Bezirk des VII. Armeekorps stattgefunden.

Die „Deutsche Tageszeitung" erscheint wieder.

Am Donnerstag früh erschien die „Deutsche Tageszeitung" seit dem am Montag früh ergangenen Verbot zum ersten Male. Der Leitartikel über Friedensgerüchte, den wir an anderer Stelle ausführlich besprechen, stammt aus der Feder des Grafen Reventlow, dessen scharfe Angriffe auf die deutsche Regierung zur U-Bootsfrage das Verbot herbeigeführt hatten.

Die Wahlrechtsfrage im sächsischen Landtage.

In der Donnerstagssitzung der Zweiten Kammer wurde der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen verhandelt. Als Redner der Fraktion begründete Genosse Fleißner in einer halbstündigen Rede den Antrag. In der gegenwärtigen Zeit sei die Wahlrechtsfrage brennender denn je. Deshalb halte es die sozialdemokratische Fraktion für ihre unbedingte Pflicht, sie abermals aufzurollen. Das Volk müsse wissen, wie sich die Parlamente nunmehr zu dieser wichtigsten politischen Frage stellen.

Die Redner der bürgerlichen Fraktionen: Konservative, Nationalliberale und Freisinnige vermieden es, klar zum Antrage Stellung zu nehmen. Sie beschränkten sich vielmehr auf die Erklärung, daß sie den sozialdemokratischen Antrag als eine Störung des „Burgfriedens" betrachten und es ablehnen, in der Jetztzeit darüber zu debattieren und zu entscheiden. Der freisinnige Redner fügte nur hinzu, daß es nach dem Kriege ein unabweisbares Gebot der Regierungen sei, die unterschiedliche Behandlung des Volkes auf diesem und anderen Gebieten zu beseitigen. — Die Regierung äußerte sich nicht. — Im Schlußwort ging Genosse Uhlig auf die eigentümliche Stellung der bürgerlichen Vertreter ein und betonte, daß der „Burgfriede" nicht gestört werden brauche, wenn man den

Antrag annehme und dem Volke endlich sein Recht gebe. Der Antrag wurde schließlich an die zweite Kommission verwiesen. Der in einer Regierungsvorlage vorgeschlagenen Verlängerung der jetzigen Mandate um zwei Jahre wurde von allen Seiten Zustimmung erteilt. Ihre Annahme ist gesichert. — Ueber Einzelheiten wegen Sicherung des Wahlrechtes zur nächsten Wahl soll erst in der Kommission Stellung genommen werden.

Zum kommunalen Verkauf von Fleisch- und Fettwaren

Amtlich. Berlin, 24. Juni. (W. T. B.) Zu der in der heutigen Sitzung des Bundesrats angenommenen Verordnung über den Verkauf von Fleisch- und Fettwaren durch die Gemeinden wird mitgeteilt: Nachdem jetzt die Gemeinden dazu übergegangen sind, die von ihnen im Winter zum Zweck der Versorgung der Bevölkerung sichergestellten Vorräte an Dauerwaren auf den Markt zu bringen, hat sich gezeigt, daß stellenweise die erleichterte und billige Bezugsmöglichkeit dieser Waren zu einem mißbräuchlichen Weiterverkauf zu teureren Preisen geführt hat. Es ist ein Gebot der Billigkeit und Notwendigkeit, den Gemeinden die Befugnis in die Hand zu geben, solchen Mißbräuchen zu steuern. Der Bundesrat hat daher eine Verordnung beschlossen, durch die unter erheblicher Strafandrohung den Gemeinden das Recht eingeräumt wird, den Weiterverkauf oder die Abgabe der von ihnen in den Verkehr gebrachten Fleisch- und Fettwaren zu verbieten oder zu beschränken, sowie, falls sie den Weiterverkauf gestatten, die Preise festzusetzen.

Aushang von Preislisten.

Amtlich. Berlin, 24. Juni. (W. T. B.) Zu der in der heutigen Sitzung des Bundesrats angenommenen Verordnung über den Aushang von Preisen in Verkaufsräumen des Kleinhandels wird mitgeteilt: Bäcker und Verkäufer von Backwaren können nach §§ 73, 74 der Reichsgewerbeordnung durch die Ortspolizeibehörde angehalten werden, die Preise und das Gewicht ihrer verschiedenen Backwaren für gewisse von demselben zu bestimmende Zeiträume durch einen von außen sichtbaren Anschlag im Verkaufsraume zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Der Anschlag muß täglich während der Verkaufszeit aushängen, auch können Bäcker und Verkäufer von Backwaren angehalten werden, im Verkaufsraume eine Wage mit den erforderlichen geeichten Gewichten aufzustellen und ihre Benutzung zum Nachwiegen der verkauften Backwaren zu gestatten. Die günstigen Erfahrungen, die mit der Handhabung dieser Bestimmungen für die Backwaren gemacht sind, haben den Bundesrat auf Anregung von verschiedenen Seiten, insbesondere auch aus den Kreisen des Kleinhandels zu einer Ausdehnung der den Ortspolizeibehörden beigelegten Befugnis auf alle Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungs- und Futtermittel aller Art sowie rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, soweit sie im Kleinhandel abgesetzt werden, veranlaßt. Diese Maßnahme dient dem Interesse sowohl der Kleinhändler wie der Käufer, denen dadurch erleichtert wird, die Preise in den einzelnen Geschäften zu vergleichen und unter den Angeboten die ihrer Lebensführung entsprechenden auszusuchen.

Postverkehr mit Belgien.

Berlin, 24. Juni. (W. T. B.) Das dem deutschen Generalgouvernement in Belgien zugeteilte Gebiet von Maubeuge und Umgegend, das bisher zum Bereiche der Feldpost gehörte, ist neuerdings an das Postnetz der deutschen Post- und Telegraphenverwaltung in Belgien angeschlossen worden. Das neu eröffnete Postamt in Maubeuge besorgt den Postdienst für die Truppen und Behörden sowie für die Bevölkerung des französischen Gebiets von Maubeuge und Umgegend. Dieses Gebiet umfaßt außer Maubeuge noch 15 frühere französische Postorte. Im Gebiete des Generalgouvernements haben weitere 17 frühere belgische Postämter den Betrieb wieder aufgenommen.

Aus der Partei.

Erklärung.

Der Erklärung der Mitglieder der Vorstände der Partei und der Reichstagsfraktion gegen den von den Genossen Bernstein, Haase und Kautsky in der „Leipziger Volkszeitung" vom 19. Juni veröffentlichten Aufruf: „Das Gebot der Stunde" schließe ich mich nicht an. Nach meiner Ansicht hat Genosse Haase das Recht und die Pflicht, seine Meinung sachlich zu vertreten, genau so wie jeder andere Parteigenosse.

Hanau, 23. Juni 1915.

Gustav Hoch.

„Sozialdemokratische Kundgebungen."

Aus dem Parteivorstand wird uns geschrieben:

„Unter diesem Titel macht der „Vorwärts" gestern Mitteilung von einer „Eingabe, die am 9. Juni von Parteigenossen in Vertrauensstellungen an Partei- und Fraktionsvorstand gerichtet worden ist und die bereits über 500 Unterschriften von Funktionären aus dem ganzen Reiche trägt . . ."

Mit dem Inhalt dieser sogenannten Eingabe werden sich die beiden Vorstände in den nächsten Tagen beschäftigen. Heute sei wegen der behaupteten Zahl der Unterschriften nur folgendes bemerkt: Wir wissen nicht, von wem der „Vorwärts" seine Information erhalten hat. Jedenfalls ist seine Angabe falsch. Die bei den beiden Vorständen eingegangenen Schreiben tragen kaum die Hälfte der von ihm behaupteten Zahl der Unterschriften. Dabei liegt nicht eine einzige Unterschrift im Original vor. Zur Beurteilung der Zahl der Unterschriften ist aber auch wichtig, zu erfahren, wie man seit dem 9. Juni sich bemüht, sie zu erlangen. Es ist nämlich zu diesem Zwecke das folgende Rundschreiben in großer Zahl verschickt worden:

Berlin, Juni 1915.

Werter Genosse!

„Anbei Abdruck eines Schreibens vom 9. d. M. mit den uns bisher bekannt gewordenen Unterschriften.

Wir bitten Sie dringend um dreierlei:

1. Unterzeichnen Sie selbst (Vor- und Zuname, genaue Adresse, Funktion in der Organisation).

2. Suchen Sie noch möglichst viele Funktionäre von politischen Organisationen, Gewerkschaften, Genossenschaften usw. oder sonstige besonders tüchtige, tätige und einflußreiche Genossen zur Unterschrift zu gewinnen, und zwar ganz schnell, sofort.

Antworten Sie zu 1 und 2 binnen ein bis zwei Tagen von heute ab.

. . . . . Nur ja und Unterschrift (Vor- und Zuname, genaue Adresse, Funktion in der Organisation).

3. Wirken Sie, bitte, darauf hin, daß das fragliche Schreiben an Parteivorstand und Fraktionsvorstand sofort zum Gegenstand von Resolutionen in den politischen Organisationen (Versammlung, Konferenz, Vorstandssitzung usw.) gemacht wird. Etwa so: Die Versammlung hat von dem Protestbrief Kenntnis genommen, den am 9. Juni d. J. eine große Anzahl Genossinnen und Genossen an den Partei- und Fraktionsvorstand gesandt haben. Sie schließt sich den Ausführungen und Forderungen dieses Schreibens mit allem Nachdruck an und spricht die ungeduldige Erwartung aus, daß Partei- und Fraktionsvorstand nun unverzüglich zur proletarisch-sozialistischen Politik zurückkehren werden.

Die Versammlung begrüßt die tapfere Friedensarbeit der ausländischen Genossen und ruft die Genossen auf, ihre volle Schuldigkeit im proletarischen Klassenkampf gegen den Krieg zu tun und über den Trümmern des Burgfriedens hinweg an den Wiederaufbau der Internationale zu gehen.

Diese Resolution bitten wir direkt an Partei- und Fraktionsvorstand zu senden. . . .

Auch das alles sehr schnell aus vielen Gründen, die hier nicht dargelegt werden können.

In Hamburg und Berlin ist die Aktion für solche Resolutionen bereits im Gang."

Der Inhalt dieses Schreibens charakterisiert zur Genüge die Arbeit, die in den letzten Wochen von einer Gruppe der Parteiminderheit geleistet wurde."

*

Wir bemerken dazu, daß uns die Angabe über die Zahl der Unterschriften von vertrauenswürdiger Seite zugegangen ist. Da die Unterschriften sämtlich gedruckt werden, ist jede erforderliche Kontrolle darüber gegeben.

Die Nürnberger Parteiorganisation im Kriegsjahr.

Die Leitung des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Altdorf hat ihren Mitgliedern über das Geschäftsjahr vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 Bericht erstattet. Wie überall, so hat auch hier der Krieg mächtigen Einfluß ausgeübt. Das Berichtsjahr begann mit einer Mitgliederzahl von 21 227 und endete mit einer solchen von 11 851. Bis zum 31. März waren 7921 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen, soweit Meldungen hierüber auf dem Parteibureau vorlagen; es wird aber mit einer höheren Zahl zu rechnen sein, da nicht immer die Meldungen richtig erfolgen und eine Anzahl Mitglieder die Beiträge weiter leisten, ohne von ihrer Einberufung Kenntnis zu geben. Inzwischen sind wieder zahlreiche neue Einberufungen erfolgt. Abgereist sind im Laufe des Jahres 831, ausgetreten 868, gestrichen wurden 490 Mitglieder. Als auf dem Schlachtfelde gefallen waren bis Jahresschluß 221 Genossen gemeldet, doch dürfte ihre Zahl noch erheblich höher sein, da in sehr vielen Fällen der Parteileitung eine Todesanzeige nicht zugeht. Wenn man die zum Heere Einberufenen außer acht läßt, ergibt sich ein Mitgliederrückgang von 1485, der an sich bedauerlich ist, aber in Rücksicht auf die für unsere politische Organisation ungünstigen Zeitverhältnisse immerhin noch als ein ziemlich günstiges Verhältnis bezeichnet werden kann.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Revision verworfen.

Auf die Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme" in Solingen kam ein Arbeiter und behauptete, zu Unrecht verhaftet, auf der Polizeiwache geprügelt und am Halse gewürgt worden zu sein. Kratzmale waren zu sehen. Der Mann wurde weggeschickt und ihm empfohlen, er solle Strafantrag stellen. Das geschieht. Der Redakteur vergewisserte sich durch Anfrage auf der Polizei, daß es geschehen ist. Die Sache wurde in der Zeit ganz kurz als Erzählung des Mannes wiedergegeben und um Untersuchung und Mitteilung des Ergebnisses gebeten. Resultat: Anklage gegen den Kläger, ferner gegen den Redakteur Christmann als mutmaßlichen Verfasser der Notiz und gegen Redakteur Merkel als Verantwortlichen. In der Verhandlung vor der Strafkammer in Elberfeld schwörten acht Schutzleute, daß sie dem Manne nur Gutes erwiesen haben, drei Chargierte schwörten, daß unter ihrer Leitung eine Mißhandlung ganz unmöglich sei. Der Polizeirat schwörte, daß er nichts an dem Manne gesehen hat, das auf Mißhandlung schließen läßt. Von den Kratzmalen wußte er nichts, deshalb hat er den Hals nicht untersucht. Resultat: Der Mann erhielt vier Monate Gefängnis, Redakteur Christmann 200 M., Merkel 75 M. Geldstrafe.

Das war am 28. Mai 1914. Am 20. August desselben Jahres zog Genosse Christmann zur Verteidigung des Vaterlandes in den Krieg. Das Reichsgericht beschloß, die Sache des Genossen Christmann von derjenigen des Genossen Merkel zu trennen, da er durch seine Kriegstätigkeit in seiner Verteidigung beschränkt sei. Die Revision des Genossen Merkel wurde am 22. Juni d. J. verworfen, da festgestellt sei, daß er aus „Sensationslust" und aus „Parteiinteresse" gehandelt habe.

Aus Industrie und Handel.

Die französische Eisenindustrie im Kriege.

Das „Comité des Forges", der — bei den französischen Arbeitern berüchtigte — Verband der Eisenwerke, schildert in einem Bericht die Schwierigkeiten, mit denen die Industrie bei ihrer Rohstoffbeschaffung zu kämpfen hat. Das erste Departement, das in die Hände der Deutschen fiel, war die Meurthe-et-Moselle, das die bekannten Lager von Briey umfaßt und neun Zehntel der gesamten französischen Ausbeute an Roheisen produziert. Rechnet man noch die anderen besetzten Teile Nord- und Ostfrankreichs hinzu, so ergibt sich, daß die französischen Werkstätten infolge der Invasion 80 Proz. ihres einheimischen Metallbezugs verloren. (Der scheinbare Widerspruch zwischen den obigen neun Zehnteln und den zuletzt angeführten acht löst sich offenbar, sobald man die gewöhnliche Erzausfuhr aus Meurthe-et-Moselle in Betracht zieht. D. Red.) Der Bericht führt dann aus, wie man die Hindernisse der Munitionsbeschaffung überwunden habe. Neue Hilfsquellen wurden erschlossen, neue Verfahren angewandt und jedes auftauchende Problem gelöst. „Kein beredsameres Blatt", so schließt der Bericht, „wird jemals zu Ehren der Privatindustrie geschrieben werden." Hier guckt der Pferdefuß des patriotischen Stolzes heraus. Denn der ganze Bericht mit seinen hohen nationalen Tönen hat natürlich den Zweck, die für die Kriegsverwaltung liefernden Unternehmungen, die jetzt unverschämte Profite machen, vor der Gefahr der Verstaatlichung zu schützen, für die schon vor dem Kriege ein ansehnlicher Teil des Parlaments eintrat und die besonders im Genossen Albert Thomas, dem jetzigen Leiter der Munitionserzeugung, einen eifrigen Anwalt hatte.

Kohlenförderung im Mai. In dem Bericht des Kohlensyndikats für den Monat Mai heißt es: Die Entwickelung der Absatzverhältnisse hat im Berichtsmonat wesentliche Aenderungen nicht erfahren. Die Nachfrage blieb anhaltend rege. Das Absatzergebnis in Koks weist wiederum eine beträchtliche Steigerung auf, während beim Kohlen- und Brikettabsatz ein allerdings nur unerheblicher Rückgang eingetreten ist. Die Ursache dieses Rückganges ist, da die Förderung noch eine kleine Besserung ergeben hat, auf den Umstand zurückzuführen, daß für die gesteigerte Kokserzeugung größere Kohlenmengen beansprucht wurden. Der Gesamtabsatz in Kohle einschließlich des Kohlenbedarfs für die Koks- und Brikettherzeugung und für eigene Betriebszwecke der Zechen belief sich auf 6 162 123 Tonnen, dem eine Förderung von nur 5 826 965 Tonnen gegenübersteht. Der Unterschied von 335 158 Tonnen entfällt auf die aus den Lagerbeständen der Zechen, hauptsächlich den Koksbeständen, in den Absatz übergegangenen Mengen. Der auf die Koksbeteiligung anzurechnende Absatz betrug 63,26 Proz., gegen 56,74 Proz. im Vormonat und gegen 45,69 Proz. im Mai 1914. Die Beteiligungsanteile stellten sich im Berichtsmonat um 8,7 Proz. höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Der auf die Beteiligungsanteile anzurechnende Brikettabsatz belief sich auf 77,41 Proz. gegen 79,31 Prozent im Vormonat und gegen 90,77 Proz. im Mai 1914.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Immer noch Streitigkeiten über die Tariflöhne.

In der gestrigen Sitzung der Schlichtungskommission für Militärbekleidung wurde zunächst ein Phantasiebild zerstört, welches Schneidermeister Antalz in der vorigen Sitzung entworfen hatte. Nach der damaligen erheiternden Schilderung Antalzs soll seine Werkstatt weniger eine Arbeitsstube als eine Stätte des Müßigganges gewesen sein. Die Arbeiterinnen sollen den größten Teil der Zeit mit amüsanten Unterhaltungen ausgefüllt, eigentlich nur in den Zwischenpausen der Unterhaltung gearbeitet und die fertiggestellten Arbeiten zum größten Teil verpfuscht haben. Damit rechtfertigt es Antalz, daß er neun Arbeiterinnen, die ihn jetzt verklagt haben, den schuldigen Lohn nicht gezahlt hat. In der gestrigen Sitzung wurde nun durch Beweiserhebung festgestellt, daß es in Antalzs Schneiderstube im allgemeinen nicht anders zuging, als in anderen derartigen Werkstätten. Die Näherinnen haben regelmäßig gearbeitet. An den drei letzten Wochentagen anscheinend langsamer und mit weniger Interesse wie sonst, denn sie hatten nicht ohne Grund Zweifel, ob sie am Sonnabend ihren Wochenlohn bekommen würden. Es sind eine Anzahl Militärmäntel fehlerhaft gemacht und deshalb nicht abgenommen worden, aber das war nicht die Schuld der Arbeiterinnen, sondern des Meisters Antalz, der angeordnet hatte, daß Kragen und Halslöcher, die nicht aufeinander paßten, trotzdem zusammengenäht wurden. — Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme konnte der Vorsitzende feststellen, daß die Wirklichkeit mit den Schilderungen Antalzs durchaus nicht übereinstimme. Hinsichtlich der Lohnansprüche wurde festgestellt, daß Antalz den Klägerinnen außer einigen anderen Forderungen den Lohn für 8½ Tage zu zahlen hat. Aber dagegen sträubte er sich mit aller Kraft. Nur zwei Tage wollte er bezahlen. Nach langen Verhandlungen, die sich wegen der Starrköpfigkeit Antalzs ungemein schwierig gestalteten, gelang es endlich, ihn zu einem Vergleich zu bewegen, wonach er den neun Klägerinnen 181,54 M. schuldiger Tagelöhne sofort zahlt, außerdem werden zur Nachzahlung von 120 M. zu wenig bezahlter Stücklöhne die Auftraggeber Antalzs herangezogen werden.

Die weiteren Verhandlungen der Kommission betrafen verschiedene Fälle, wo Zwischenmeister, die schon früher anerkannt hatten, zu geringe Arbeitslöhne gezahlt zu haben, ihre Auftraggeber zur Nachzahlung heranzogen, weil sie von diesen ebenfalls zu wenig erhalten hatten. In einem dieser Fälle stellte sich heraus, daß der betreffende Zwischenmeister die Arbeiten von der Firma Zaduck bekam, diese hatte den Auftrag von der Firma Neustadt übernommen und deren Auftraggeber war die Firma Sachs. Die Arbeiten waren also erst durch die Hände von vier Unternehmern gegangen, ehe sie an die Arbeiter kamen. Man kann sich vorstellen, was nach einer solchen Wanderung als Lohn für die Arbeiter übrig geblieben wäre, wenn nicht eine tarifliche Regelung und eine Instanz vorhanden wäre, die dafür sorgt, daß den Arbeitern der ihnen zustehende Lohn auch voll bezahlt wird. Trotzdem wiederholt sich der Streit um Zahlung der tariflichen Löhne Tag für Tag. Ein besonders krasser Fall dieser Art ist der folgende:

Für Mäntel, die nach dem Tarif mit einem Arbeitslohn von 6,80 M. zu bezahlen sind, hat der Zwischenmeister Cohn nur 3 M. bezahlt. Er hat die von den Arbeitern beanspruchte Nachzahlung von 963 M. anerkannt und macht seine Auftraggeber Maaßen, Stier, Pluskota und Segall ersatzpflichtig. Nach langer Verhandlung erklärte sich nur die Firma Stier zur Zahlung von 22 M. bereit. Die anderen Firmen lehnten jede Nachzahlung ab mit der Begründung, sie hätten die betreffenden Arbeiten, zu denen sie die Stoffe zu liefern hatten, vom Bekleidungsamt zu Preisen übernommen, welche die Zahlung der Tariflöhne unmöglich machten, sie seien zu keiner Nachzahlung verpflichtet. — Nach Lage der Sache steht fest, daß auch der Zwischenmeister Cohn einen viel zu großen Teil des Arbeitslohnes, den er selbst erhielt, für sich behalten hat. Die Kommission machte deshalb den Vergleichsvorschlag: Cohn zahlt 662 M., Pluskota 150 M., Segall 125 M., Maaßen 10 M. Der Vertreter der Firma Maaßen lehnte jede Nachzahlung aus prinzipiellen Gründen ab, denn — sagte er — sonst würden noch zahlreiche Schneidermeister kommen und Nachzahlung verlangen. Auch die Vertreter der Firmen Pluskota und Segall stellten sich auf diesen Standpunkt. Nachdem ihnen gesagt wurde, daß ein Vergleich im einzelnen Falle keine Verpflichtung für andere Fälle mit sich bringe, waren sie mit dem Vorschlage einverstanden. Nun aber weigerte sich der Vertreter des Zwischenmeisters Cohn, 662 M. zu zahlen. Zur Zahlung von 800 M. war er bereit. Da es zu keinem Vergleich kam, sollen in der nächsten Sitzung noch weitere Beweise erhoben werden.

Ein Zwischenmeister, der für Militärmäntel nur drei Mark Lohn bewilligt hatte und auch diesen Lohn nicht zahlen wollte, weil die Arbeit mangelhaft war, wurde von der Kommission dringend ersucht, den Lohn zu zahlen und die Mäntel auf seine Kosten ändern zu lassen, er käme dann immer noch sehr billig zu seiner Arbeit.

In einem Falle, wo Nachzahlung von 3026 M. verlangt wurde, erklärte sich die Kommission als unzuständig, weil es sich um Arbeiten handelte, die nicht unter den Tarif fallen. Die Kläger müßten deshalb an einer anderen Stelle ihre Forderung geltend machen.

Teuerungszulage bei der Großen Berliner Straßenbahn.

Die Vertrauensleute des Fahrer- und Schaffnerpersonals obengenannten Betriebes, soweit dieses dem Deutschen Transportarbeiter-Verband angehört, haben, veranlaßt durch die immer mehr auftretende Teuerung aller zum Lebensunterhalt notwendigen Gebrauchsgegenstände, sich Anfang Juni mit einem Schreiben um Gewährung einer weiteren Teuerungszulage an die Direktion gewandt. Diesem Vorgehen schlossen sich auch später die „Vereinsvertrauensleute" an. Daraufhin hat am Dienstag eine Verhandlung der Vertrauensleute mit der Direktion stattgefunden, welche zu den nachstehenden Zugeständnissen der Direktion führte.

1. Die unverheirateten weiblichen und männlichen Angestellten erhalten eine Teuerungszulage von 3 M. pro Monat.

2. Die verheirateten Angestellten eine solche von 5 M., und für jedes Kind unter 15 Jahren außerdem noch 2 M. pro Monat.

3. Männliche unverheiratete Aushilfskräfte erhalten 3 M., männliche verheiratete Aushilfskräfte erhalten 5 M., und außerdem für jedes Kind unter 15 Jahren 2 M. pro Monat.

4. Verheiratete Aushilfsschaffnerinnen erhalten eine Zulage von 3 M. und für jedes Kind unter 15 Jahren 2 M. pro Monat.

5. Schaffnerinnen, deren Männer gleichzeitig als Schaffner oder Fahrer im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigt werden, erhalten eine Zulage nicht.

6. Schaffnerinnen, deren Männer als Angestellte der Großen Berliner Straßenbahn sich im Felde befinden, erhalten zu ihrem monatlichen Verdienst eine Zulage von 3 M. und für jedes Kind unter 15 Jahren 2 M. zu der bisherigen Unterstützung von 5 M., so daß zusammen für jedes Kind 7 M. gewährt werden. Für kleine Kinder, die in Pflege gegeben werden müssen, beträgt die Unterstützung 9,50 M. pro Monat.

7. Schaffner, die während der Wintermonate bis zum 31. März dieses Jahres als Fahrer tätig waren, erhalten für die Beschaffung warmer Wollsachen eine einmalige Entschädigung von 5 M.

Abgeordnetenhaus.

114. Sitzung vom Donnerstag, den 24. Juni 1915, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Delbrück, v. Loebell, v. Schorlemer, Dr. Lentze, Sydow.

Der Bericht der Budgetkommission über die kriegswirtschaftlichen Fragen wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Zedlitz und Neukirch

erstattet den letzten Bericht betreffend die Verhandlungen über

Ostpreußen.

Ueber die Festsetzung der Vorentschädigungen sind im allgemeinen Klagen nicht erhoben worden, sie betragen bisher 125 Millionen Mark. Die Regierung hat es als ihre Pflicht anerkannt, Ostpreußen volle Entschädigung für die der Provinz durch den Krieg zugefügten Verluste zu gewähren. (Bravo!) Zur wirtschaftlichen Hebung Ostpreußens nach dem Kriege hat die Kommission als dringend notwendig bezeichnet den Ausbau der Eisenbahnen und den Bau des Ostkanals. (Beifall.)

Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Delbrück:

Was die Staatsregierung zu erklären hatte, hat sie in der Kommission erklärt, und das ist in ihren schriftlichen und mündlichen Berichten niedergelegt. Im übrigen waren die Meinungsverschiedenheiten in der Kommission so gering, daß die Verhandlungen mehr ein zweckdienlicher Gedankenaustausch waren. Am erfreulichsten ist diese Einigkeit zum Ausdruck gekommen bei der Frage der Wiederherstellung der schwer heimgesuchten Provinz Ostpreußen. Die Einigkeit zwischen Volksvertretung und Regierung auf diesem Gebiete berechtigt uns zu der Hoffnung, daß alle Wünsche des Vorredners für Ostpreußen in Erfüllung gehen werden. Wir waren uns in der Kommission darüber einig, daß die getroffenen Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung, abgesehen von ungewollten und unerwünschten Begleiterscheinungen, doch zu einem vollen Erfolge geführt haben. Wir haben Brotkorn nicht nur bis zum Schluß des Erntejahres, sondern wir konnten sogar die Mehlpreise ermäßigen in einer Zeit, wo im Ausland das Gegenteil zu beobachten war. Wir haben soviel Brotkorn, daß wir eine anständige Reserve in das neue Erntejahr hinübernehmen und daß wir gegen alle Zwischenfälle gesichert sind, die uns etwa durch Störung der Ernte infolge von Witterungs- und ähnlichen Verhältnissen erwachsen können. (Beifall.) Wir haben so viel Getreide, daß wir die Brotrationen für Schwerarbeitende und jugendliche Arbeiter erhöhen konnten. Die, wie sich nun herausgestellt hat, überreichlichen Kartoffelvorräte ermöglichen uns, eine erhebliche Reserve von Kartoffelprodukten in das neue Jahr hinüberzunehmen, die uns bei der Streckung des Getreides und als Futtermittel wertvolle Dienste leisten können. Es bestand volle Uebereinstimmung darüber, daß im nächsten Erntejahr nach denselben Grundsätzen gewirtschaftet werden soll wie in diesem. Wir wollen bleiben bei Höchstpreisen, bei der Beschlagnahme, bei der Reglementierung und Kontrolle, nicht nur auf dem Gebiet des Brotgetreides, sondern auch auf dem der Futtermittel. Wenn die Kommissionsverhandlungen hierüber breiten Raum eingenommen haben, so handelte es sich dabei nicht um grundsätzliche, sondern um untergeordnete Zweckmäßigkeitsfragen, in erster Linie um Fragen der Organisation, insbesondere der Kriegsgetreidegesellschaft. Hier hat eine Aussprache der Minister sämtlicher Bundesstaaten zu einer vollständig einstimmigen grundsätzlichen Vereinbarung geführt, die die Sicherung der Brotversorgung mit derselben Schärfe wie bisher aufrechterhält, andererseits die staatsrechtlichen Beschwerden, die zweifellos mit einer gewissen Berechtigung erhoben werden konnten, aus der Welt schafft, und paritätische Vertretung der Erzeuger und Verbraucher nach Möglichkeit sicherstellt. Diese Vereinbarung hat auch die Zustimmung des Aufsichtsrates der Kriegsgetreidegesellschaft gefunden; er hat erklärt, daß die von der Reichsleitung vorgeschlagene neue Organisation der Kriegsgetreidegesellschaft die Möglichkeit gibt, in den altbewährten Bahnen weiter zu arbeiten. Ich gebe dies bekannt, damit zur Beruhigung der Konsumenten beigetragen wird, denn bisher waren im Aufsichtsrat der Kriegsgetreidegesellschaft die Städte in der Mehrheit, die sich als treue Anwälte der Konsumenteninteressen bewährt haben. Wir können der sicheren Ueberzeugung sein, daß uns im nächsten Jahre die Versorgung des Volkes mit Brotgetreide erst recht gelingen wird. Es muß das gesagt werden, weil es in der Welt Stellen gibt, die die Debetseite in unserem wirtschaftlichen Kriege stärker betonen als die Kreditseite. Wir wollen deshalb vor aller Welt noch einmal den Erfolg feststellen, den wir auf dem Gebiete des Wirtschaftskrieges errungen haben und wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß wir auch ein weiteres Jahr diesen Wirtschaftskrieg führen können. Wir brauchen bei unseren Maßnahmen die Kritik nicht zu scheuen. Aber auf der anderen Seite weiß niemand genauer und besser als die Regierung, daß so gewaltsame Eingriffe in die Volkswirtschaft sich nicht ohne schwere Stöße und Schädigungen durchführen lassen.

Abg. Dr. Wiemer (Vp.):

Trotz der großen Bedeutung der in der Kommission verhandelten Fragen werde ich mich den Vereinbarungen der Fraktionen entsprechend auf einige Punkte beschränken. Eine Ehrenpflicht des Vaterlandes ist es vor allem für die Familien der auf dem Schlachtfelde Gefallenen zu sorgen. Es ist bedauerlich, daß einzelne Lieferungsverbände ihre Pflicht in dieser Beziehung nicht getan haben. Der Begriff der Bedürftigkeit muß genauer bestimmt werden. Wir wünschen eine wohlwollende, von Engherzigkeit freie Handhabung der erlassenen Verordnungen. — Der Hausbesitz muß vor einer dauernden, schweren Erschütterung seiner Existenz geschützt werden. — Die Ausführungen des Staatssekretärs über unsere großen Reserven an Getreidevorräten bedeuteten eine glänzende Rechtfertigung der Tätigkeit der Kriegsgetreidegesellschaft. In ihrer jetzigen Form ist sie bekanntlich dem Tode geweiht, aber man wird danach hoffentlich ihren leitenden Männern auch in der neuen Form der Organisation Gelegenheit zu weiterer erfolgreicher Tätigkeit geben. Bedauerlich ist, daß in der Getreideverteilungsfrage nicht der Reichsgedanke über den Partikularismus gesiegt hat. Unberücksichtigt ist das Verlangen, daß die Entscheidung über die Getreideverteilung allein den Produzenten, der Landwirtschaft überlassen wird. Alle Sonderinteressen müssen hier in den Hintergrund treten gegenüber dem großen Ziel der Ernährung unseres Volkes, dem Durchhalten in der Kriegszeit. Wer sich an Lebensmittelpreisen in Kriegszeiten bereichern will, der versündigt sich an der Allgemeinheit. (Sehr richtig!)

Die Verbilligung der Futtermittel für die Landwirtschaft muß mit allem Nachdruck erstrebt werden. Zur Eindämmung des Wildschadens muß mehr geschehen als bisher. Mit berechtigtem Stolz auf das Erreichte, können wir der Zukunft mit ruhiger Zuversicht entgegensehen. Wir alle wollen einen baldigen Frieden, aber wir alle sind entschlossen, auszuhalten und durchzuhalten, komme, was kommen mag! Wenn in diesen Tagen sich im Lager der Sozialdemokratie ein Streit entsponnen hat über

die Haltung der Partei zum Friedensschluß,

so hoffe ich doch, daß der Sozialdemokrat Dr. Heinemann die Mehrheit seiner Parteifreunde hinter sich hat, wenn er in der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" schreibt: „Aus keines Deutschen Mund wird der Ruf: „Die Waffen nieder!" kommen, bevor die Gegner anerkennen, daß keiner fremden Macht der Erde die Befugnis zustehen darf, uns daran zu hindern, das zur Entwickelung zu bringen, was an Fähigkeiten in uns liegt, daß es keinem Dritten gestattet ist, uns die Ausnutzung unserer wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte zu verbieten." (Abg. Liebknecht: Wir sind ganz anderer Ansicht!) Das ist uns ja nicht unbekannt, aber wir sind der Ueberzeugung, daß Heinemann mit seiner Ansicht sicher die Mehrheit der Partei hinter sich hat. (Abg. Liebknecht: Abwarten!) Jedenfalls wollen wir die Einmütigkeit unseres Volkes aufrechterhalten, denn diese Einmütigkeit ist eines der wesentlichsten Mittel, um unsere Bestrebungen durchzusetzen. (Abg. Liebknecht: Kapitalistische Interessen! Unruhe rechts; Rufe: Ruhe!) Darin liegt auch eine der realen Garantien, die uns sichert gegen die Wiederkehr solch freventlicher Ueberfälle. (Abg. Liebknecht: Die Massen wollen den Frieden! Wiederholte Zurufe aus der sozialdemokratischen Fraktion: „Frieden", „Keine Eroberungen".)

Abg. Braun (Soz.):

Ich will mich in der Hauptsache auf die Frage der Volksernährung beschränken. Die Verhandlungen in der Kommission haben ergeben, daß die Volksernährung für das zu Ende gehende Erntejahr gesichert ist, und daß wir darüber hinaus noch einen unerwartet großen Vorrat an Lebensmitteln in das neue Erntejahr mitnehmen. Das ist ein erfreulicher Erfolg der getroffenen Organisation. Der Hunger, soweit er als äußerer Feind auftrat, um Deutschland auf die Knie zu zwingen, ist somit erfolgreich zurückgeschlagen. Wir wollen aber nicht verkennen, daß sich inzwischen ein neuer Feind im eigenen Lande breit gemacht hat, dessen Gefährlichkeit von Tag zu Tag wächst. Dieser innere Feind ist der Lebensmittelwucher, der am Marke des Volkes zehrt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Während Millionen Volksgenossen draußen in Aufopferung ihrer Gesundheit und ihres Lebens für die Sicherheit des Vaterlandes kämpfen, macht sich dieser innere Feind heran an die zurückgebliebenen wehrlosen Frauen und Kinder und zwingt ihnen Not und Entbehrungen auf. Es ist Ehrenpflicht für uns, wir sind es unseren schwer ringenden Brüdern im Felde schuldig, diesen gefährlichen inneren Feind mit allen Mitteln zu bekämpfen. Es genügt durchaus nicht, daß wir die zur Volksernährung notwendigen Lebensmittel in hinreichender Menge sicherstellen und sie für den Verbrauch einteilen, sondern die Hauptsache ist, daß die Lebensmittel dem Volke zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daran hat es seit Beginn des Krieges gemangelt, so wenig wir auch verkennen wollen, daß die Regierung besonders in letzter Zeit bestrebt gewesen ist, Remedur auf diesem Gebiete zu schaffen. Gleichwohl leidet das Volk unter der gewaltigen Teuerung schwer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So vorzüglich die militärische Mobilmachung beim Beginn des Krieges funktionierte, so sehr hat die wirtschaftliche Mobilmachung im Kampfe gegen die Spekulation, gegen die Preistreiberei versagt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die oft schamlose Bereicherung durch rücksichtslose Treiberei auf dem Lebensmittelmarkt, die sofort nach Ausbruch des Krieges einsetzte, gehört zu den schwärzesten Blättern in der Geschichte des ersten Kriegsjahres. Von sachkundigen Korporationen ist die Regierung rechtzeitig auf diese Erscheinung und ihre Folgen aufmerksam gemacht worden. Sofort nach Kriegsbeginn hat der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Eingabe an die deutsche Regierung gemacht, worin ausführlich aufmerksam gemacht wurde auf die Maßnahmen, die notwendig wären zur Sicherung der Produktion und zum Schutz der Konsumenten gegen übermäßige Verteuerung der Lebensmittel. Auch der Bund der Landwirte hat im gleichen Sinne Eingaben an die Regierung gerichtet. Gleichwohl blieb die Regierung in der ersten Zeit fast völlig passiv. Sie ließ eine ganz Zeit lang das freie Spiel der Kräfte walten in der optimistischen Hoffnung, daß die Dinge sich nach der ersten Panik nach Kriegsausbruch doch allmählich von selbst regeln würden. Die Ereignisse haben gezeigt, daß die Regierung auf dem falschen Wege war, daß gerade diese abwartende Stellungnahme, die Halbheit der später erst zögernd nach und nach ergriffenen Maßnahmen der Regierung dem Volke Milliarden aus der Tasche gezogen und gewissenlosen Spekulanten zugewiesen haben. Das hat die Regierung in den ersten Monaten auch ganz richtig erkannt, wie ein Erlaß des Handelsministers vom 21. August 1914 beweist. Es heißt darin, daß gegenüber den verderblichen Preistreibereien, die sich auf dem Gebiete des Lebensmittelmarktes bemerkbar gemacht haben, eventuell mit Festsetzung von Höchstpreisen vorgegangen werden müßte. Es werde dabei auf voraufgegangene Preistreibereien keine Rücksicht genommen. Ich bedaure, feststellen zu müssen, daß bei der später viel zu spät erfolgten Festsetzung von Höchstpreisen doch die durch die verwerfliche Preistreiberei geschaffene Marktlage von der Regierung im wesentlichen zugrunde gelegt worden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Preise für Mehl sind ganz bedeutend in die Höhe getrieben und es war ein schwerer Fehler, daß nicht auch für Mehl Höchstpreise festgesetzt wurden. Die Spannung zwischen Mehl- und Getreidepreisen ist nach Ausbruch des Krieges sprunghaft in geradezu ungeheuerlicher Weise in die Höhe gegangen. Eine gewisse Spannung ist zwar berechtigt, aber eine Spannung wie wir sie jetzt während des Krieges erleben mußten, kann von keiner Seite als berechtigt anerkannt werden. Den Erfolg dieser Preistreibereien sehen wir in den

zunehmenden Aktionärgewinnen der Großmühlen.

Diese Gewinne sind deshalb nicht gerechtfertigt, weil die Produktionskosten durch den Kriegsausbruch nicht gestiegen sind. Die Bestellung der Ernte ist in durchaus normaler Weise erfolgt. Nun ist gewiß anzuerkennen, daß die Regierung die Mehlpreise herabgesetzt hat. Aber diese Herabsetzung ist vollkommen ungenügend. Wir verlangen, daß der Normalpreis zur Grundlage für die Preisfestsetzung genommen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Kartoffelversorgung hat sich

geradezu zu einem Skandal

entwickelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zuerst hatten wir eine Kartoffelnot und heute haben wir einen Kartoffelüberfluß. Der Notschrei geht jetzt dahin, nur möglichst viel Kartoffeln zu verzehren, weil sie sonst verderben. Es verderben jetzt Tausende von Zentnern Kartoffeln, mit denen man früher viele hungernde Familien hätte sättigen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch hier wurde eine geradezu schamlose Preistreiberei getrieben, obwohl die Produktionskosten auch nicht um einen Pfennig teurer geworden sind. Dr. Heim, der Führer des Bayrischen Bauernvereins, hatte im Spätherbst erklärt, daß 8 M. für den Zentner Kartoffeln viel zu hoch seien, 2,20 M. sei der richtige Preis. Trotzdem haben wir in der Zeit der künstlich erzeugten Kartoffelknappheit Preise in doppelter und dreifacher Höhe erlebt. Wer in dieser Weise in einem der wichtigsten Volksnahrungsmittel Wucher treibt, der handelt

schlimmer als die Hyänen des Schlachtfeldes,

denn er beraubt die Lebenden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe und Pfuirufe rechts.) Durch die verkehrten Maßnahmen der Regierung bei der Kartoffelversorgung ist der Appetit dieser Kreise noch reger geworden und sie haben die Kartoffeln nun erst recht zurückgehalten, in der Erwartung, daß die Preise noch mehr steigen würden. Die Ausrede, wegen des Frostes hätten die Mieten nicht geöffnet werden können, hält nicht stand, denn in anderen Jahren, in denen gleichfalls Frost herrschte, war von einer Kartoffelknappheit nichts zu spüren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da hatte man Kriegsgebote erlassen, möglichst viel Kartoffeln zu essen, und ein kommandierender General hatte sogar hinzugefügt, wer sich nicht danach richte, sei ein schändlicher Verräter an der Sache des Vaterlandes, — und auf der anderen Seite ließ man den Kartoffelwucher üppig in die Halme schießen. Hunderttausende von Familien mußten zu schändlichen Verrätern am Vaterlande werden, weil keine Kartoffeln auf den Markt kamen. Erst als die Zeit kam, wo die Kartoffeln Keime zu schießen begannen, wo also gewaltige Verluste drohten, da auf einmal geschah, was weder die Regierung mit all ihren Maßnahmen noch die Entrüstung des Volkes fertig gebracht hatten: es wurden Kartoffeln in großen Mengen auf den Markt geworfen. Jetzt stehen wir nun in der Tat vor einem Kartoffelreichtum, und es ist sehr bedauerlich, daß die Regierung nicht alles getan hat, um hier für eine gerechte Verteilung unseres Kartoffelbestandes zu sorgen. In der „Deutschen Tageszeitung" hat ein Landwirt schon einen Notschrei ausgestoßen: viele Landwirte wüßten mit den Kartoffeln nicht wohin. Wenn die Landwirte sich verspekuliert haben, die das Volk hungern ließen, nur um höhere Preise zu erzielen, wenn sie nun durch eine Enttäuschung bestraft worden sind, so sind sie viel zu gelinde bestraft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus diesen skandalösen Vorgängen auf dem Kartoffelmarkt sollte die Regierung schleunigst alle notwendigen Lehren ziehen, damit diese Wucherpraktiken nicht mit in das neue Erntejahr hinübergenommen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorgänge auf dem Kartoffelmarkt haben außerordentlich verhängnisvoll gewirkt auf die Fleischversorgung. Die Folge der künstlichen Kartoffelknappheit war das übermäßige Abschlachten von Schweinen. Man hat für diese verkehrten Maßnahmen die unpraktischen Professoren verantwortlich gemacht, während sich die Professoren doch nur auf die zahlenmäßigen Angaben stützen konnten, die ihnen aus den Kreisen der Interessenten unterbreitet wurden. Jedenfalls sind

die Fleischpreise heute um zirka 100 Proz. gestiegen

und zahllose Arbeiterfamilien müssen auf den Fleischgenuß vollständig verzichten. Die Fleischnot wird noch größer werden, wenn die Regierung nicht schleunigst Höchstpreise für Fleisch festsetzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Umstand, daß jetzt zu wenig Fleisch vorhanden ist, darf keinen Grund abgeben dafür, die Fleischpreise in dieser Weise in die Höhe zu treiben. Sonst wird erreicht, daß die Besitzenden sich noch wie vor Fleisch kaufen können, während die arbeitende Bevölkerung nicht Geld genug hat, um sich Fleisch zu kaufen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Fleisch knapper wird, dann muß eben der Fleischverbrauch kontingentiert und es muß ähnlich der Brotkarte eine Fleischkarte eingeführt werden, die jedem eine bestimmte Menge Fleisch sichert. Täuschen Sie sich nicht! Die Not im Volk und damit die Unzufriedenheit wächst täglich. Nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch im Mittelstand werden diese Preistreibereien bitter empfunden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Um so bitterer, als sie im wesentlichen unberechtigt sind. Das Wohl des Volkes muß unter allen Umständen gegen Leute geschützt werden, die diesen unglückseligen Krieg dazu benützen wollen, um sich zu bereichern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Millionenvermögen werden von einzelnen zusammengerafft, während das Volk draußen die Blutopfer bringt und während das Volk im Lande auch große Opfer bringt.

Wir lassen uns durch die hochtönenden Reden über den wahren Stand der Dinge den Blick nicht trüben. Wir sind stark genug, um den Dingen klar ins Auge zu sehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hunderttausende von Frauen und Kindern weinen bereits um ihre Ernährer, die draußen die Massengräber füllen. Tausende von jugendfrischen kräftigen Männern ziehen verkrüppelt und siech durch die Straßen. Und zu diesem Kummer und Schmerz gesellt sich jetzt noch ganz unnötigerweise die wirtschaftliche Not. Das drängt gebieterisch zu der Frage:

Wie lange soll das noch dauern?

Man redet so oft von der Wahrung des Burgfriedens. Ich verkenne nicht, daß das deutsche Volk zusammenstehen muß zur siegreichen Abwehr seiner zahllosen Feinde, zu denen die Ententemächte neue zu gewinnen fortgesetzt bemüht sind. Aber der Burgfrieden berechtigt nicht zu dem Verlangen, daß die großen Massen des Volkes, denen man in Preußen auch noch ein gerechtes Wahlrecht versagt und denen man durch Belagerungszustand und Zensur die freie Meinungsäußerung unterbindet, widerspruchslos auch noch wirtschaftlich notleiden müssen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), nur damit gewissenlose Profitjäger aus dieser Not des Volkes Gold münzen können. Gegen einen solchen Mißbrauch des Burgfriedens, der zu einer Fessel des Volkes, ja geradezu zum Volksbetruge wird, legen wir Verwahrung ein. (Lebh. Beifall bei den Soz.) Es darf nicht geschehen, daß aus dem größten Unglück das je die Menschheit betroffen hat, Kapital geschlagen wird. Und die Kreise, denen diese Riesengewinne zugute kommen, sind es denn auch, die für eine Fortführung des Krieges

bis zur Verwirklichung der verstiegensten Annexionspläne

eintreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere an die Rede des Freiherrn v. Wangenheim auf dem landwirtschaftlichen Genossenschaftstag in Pommern. Demgegenüber erklären wir:

Die große Masse des deutschen Volkes hat den dringenden Wunsch, daß die Regierung keine Gelegenheit, zu einem baldigen Friedensschluß zu gelangen, verabsäumt.

Sie dient den wahren Interessen des Landes, wenn sie eine weitere Verschärfung der internationalen Lage verhindert. (Sehr wahr!) Es war vor allem ihre Pflicht, gegen die Annexionsbestrebungen aller Art, wie sie von einem deutschen Bundesfürsten, von politischen Parteien, von kapitalistischen Interessengruppen aus Kapitalsrücksichten (Zuruf b. d. Sozialdem.: Und vom Reichskanzler!) geäußert worden sind, entschieden Front zu machen, denn die Verwirklichung dieser Bestrebungen würde von Unheil für die Zukunft des Reiches und eine schwere Schädigung für die weitere kulturelle Entwickelung unseres Vaterlandes sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Annexionspolitik aber verstößt vor allem gegen das uns besonders heilige Selbstbestimmungsrecht der Völker, und Annexionen tragen, wie die Geschichte lehrt, den Keim zu neuen Kriegen in sich. Deshalb lehnt die Sozialdemokratie alle diese verwerflichen Bestrebungen ab. Sie bekämpft sie aber auch schon deshalb, weil sie dazu beitragen, den Krieg mit seinen furchtbaren Verwüstungen an Volkskraft und Kulturgütern noch zu verlängern und den von allen Völkern so sehnlichst herbeigewünschten Frieden noch weiter hinauszuschieben. Das deutsche Volk will keine Eroberungen, keine Annexionen, es will den Frieden, und zwar den Frieden ohne Demütigung und Vergewaltigung anderer Völker. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Unruhe bei den bürgerlichen Parteien.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Delbrück:

Darin stimme ich mit dem Vorredner überein, daß der gegenwärtige Krieg für das deutsche Volk eine sehr ernste Sache ist. Die Opfer können aber nur mit Erfolg gebracht werden, wenn alle zusammenhalten und nicht, wenn die Stände sich gegenseitig Vorwürfe machen, wie der Vorredner das anderen Ständen gegen-

über getan hat. (Widerspruch und lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir Sie ruhig angehört haben, so müssen Sie auch einem Minister das Recht geben, hier ohne Unterbrechungen von Ihrer Seite zu antworten. (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Nicht nur vom Standpunkt der Menschlichkeit und des sozialen Friedens, sondern auch nüchterner Realpolitik ist die Ernährung des Volkes zu erschwinglichen Preisen eine der wichtigsten Aufgaben. Die Regierung ist ernstlich bemüht, allen Forderungen nach einer billigen und ausreichenden Ernährung des Volkes Rechnung zu tragen. Aber die Preisfestsetzung muß auch in einem gewissen Verhältnis zu der Höhe der Produktionskosten stehen. (Sehr richtig!) Natürlich ist der Krieg nicht ohne Einwirkung gewesen auf die Produktionsverhältnisse unserer Landwirtschaft. Ihr wurden vor der Ernte im vorigen Jahre die besten Arbeitskräfte entzogen. Ihr wurden mehrfach die Pferde ausgehoben, Pferde, die der Landwirt heute zu hohen Preisen erwirbt, werden nach einigen Monaten wieder von der Militärbehörde angekauft, es fehlten die sonst aus dem Ausland zur Verfügung stehenden Futtermittel. Es mußten also unabhängig von spekulativen Preistreibereien die Produktionskosten namentlich für Fleisch höher sein als in Friedenszeiten. Wir können nicht durchhalten, wenn unsere Landwirtschaft nicht leistungsfähig bleibt. Ob die Höchstpreise für Brotkorn zu spät festgesetzt wurden, ist eine Frage der Vergangenheit. Uebrigens muß man die Höchstpreise der Nachfrage anpassen, wenn überhaupt Ware kommen soll. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Beschlagnahme!) Darauf wollte ich eben kommen. Wir waren uns vollkommen klar, daß Höchstpreise nur voll wirksam sein können, wenn daneben die Beschlagnahme eintritt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber man kann nicht jeden Artikel beschlagnahmen, insbesondere nicht Kartoffeln, deren Aufbewahrung und Behandlung zu den schwierigsten Geschäften gehört. Auch die Beschlagnahme von Fleisch stößt auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Wir müssen also andere Mittel ergreifen. Wir erwägen zurzeit Bestimmungen über den Aushang der Preise an den Fleischerläden, wodurch den Städten der billige Verkauf ihrer Dauerware besser ermöglicht werden soll. Jedenfalls werden wir alle Schritte tun, die in unserer Macht liegen, um eine Verbesserung herbeizuführen. Unser Bestreben wird nirgends tatkräftiger unterstützt als auf der rechten Seite dieses Hauses. (Sehr richtig! rechts, ironische Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich muß also die Vorwürfe gegen die Regierung entschieden zurückweisen, als hätte sie aus Angst vor den Agrariern von ihr als nützlich und möglich erkannte Maßregeln unterlassen. Ich bedaure solche Vorwürfe, weil sie nicht der Regierung schaden, sondern dem Vaterlande (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien. Widerspruch bei den Sozialdemokraten), das ein Interesse daran hat, daß Volksvertretung und Regierung jetzt jetzt geschlossen wie ein Mann an demselben Strange ziehen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Das Volk nicht aushungern!) Für uns kann es nur den einen Gedanken geben, den Krieg so zu beenden, daß wir nicht noch einmal einen solchen Krieg zu führen brauchen. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist das Ziel, das sich der Reichskanzler und die Verbündeten Regierungen gesteckt haben und dem auch Sie (zu den Sozialdemokraten) zustreben müssen, wenn Sie Verständnis für die wahren Bedürfnisse des Vaterlandes haben. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Leinert (Soz.):

Der Vizepräsident des Staatsministeriums hat die Vorwürfe meines Freundes Braun auf ein falsches Gleis geschoben. Darüber sind wir doch alle einig, daß die Maßnahmen, die zur Volksernährung getroffen worden sind, unvollständig waren, weil sie immer an einer Stelle begonnen, aber nicht ordentlich durchgeführt wurden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Futtermittel wurden überhaupt nicht mit Höchstpreisen bedacht, und daraus folgte die ungeheure Steigerung der Fleischpreise. Unsere Vorwürfe richten sich gegen diejenigen, die diese günstige Lage ausgenutzt haben, um Wucherpreise zu erzielen, und dem ist die Regierung nicht genügend entgegengetreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So müßte die Regierung zum Beispiel dem unzulässigen Festsetzen von Höchstpreisen durch die Innungen entgegentreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In der **Kriegsfürsorge** für die Familien der Kriegsteilnehmer sind eine Reihe Verbesserungen erfolgt, zum Beispiel dahin, daß auch schuldlos geschiedene Ehefrauen, uneheliche Kinder, die die Ehefrauen mit in die Familie gebracht haben, Unterstützungen erhalten. Aber diese Erweiterungen reichen nicht aus. Viele Kriegsteilnehmer haben die Kinder von Verwandten in ihre Familie aufgenommen. Auf diese erstreckt sich die Kriegsfürsorge nicht. Es müssen aber alle von dem Kriegsteilnehmer vor seiner Einberufung versorgten Kinder unterstützt werden. Wenn dahingehende Bestrebungen beim Bundesrat gescheitert sind, so sollte die **preußische Regierung hier selbständig vorgehen.** Im übrigen kommen nicht nur Familien von Kriegsteilnehmern, sondern auch Kriegsteilnehmer selbst in große Not, zum Beispiel unverheiratete Geschäftsleute, die ihr Geschäft schließen, aber die Miete weiter bezahlen müssen. Hier sollte durch Beihilfen dafür gesorgt werden, daß die Schulden nicht allzuhoch werden. Zu begrüßen ist, daß durch den Erlaß des Ministers auch die Angehörigen der aktiven Soldaten zur Kriegsunterstützung zugelassen worden sind. Der Minister hat in der Kommission betont, daß die Unterstützung für die Eltern und Großeltern der aktiven Soldaten gewährt werden muß, wenn eine Bescheinigung des Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission vorliegt, daß er die betreffende Reklamation in Friedenszeiten befürwortet haben würde. Ich hebe dies hervor, weil nach den Erfahrungen, die mit Unterstützungen gemacht worden sind, anzunehmen ist, daß auch diesen Angehörigen Schwierigkeiten gemacht werden. Ich spreche um so lieber die Anerkennung aus, daß aus dem Erlaß des Ministers zweifellos die Absicht hervorgeht, die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer mit dem größten Wohlwollen zu behandeln, da wir ja sonst sehr selten in der Lage sind, Maßnahmen des Ministeriums des Innern gutzuheißen. Leider ist bei der Ausführung der Erlasse dies soziale Empfinden nicht zu finden. Auch der Minister hat zugeben müssen, daß bei der Ausführung durch die unteren Instanzen noch mannigfach gesündigt wird. Nach den Bestimmungen sollen an Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen keinerlei Armenunterstützungen gewährt werden. Das geschieht aber doch noch in verschiedenen Städten, obgleich dies bekanntlich **Einfluß auf die politischen Rechte des Kriegsteilnehmers** hat.

Was die Voraussetzungen der Bedürftigkeit anlangt, so verlangen wir Bestimmungen, daß wohlwollend geprüft werden soll, daß armenrechtliche Gesichtspunkte nicht maßgebend sein dürfen und daß ein kleines Vermögen bis 3000 M. überhaupt nicht angerechnet werden darf. Aber gerade über die Anerkennung der Bedürftigkeit sind die meisten Klagen entstanden. Eine Anordnung des Ministers darüber wäre notwendig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) **Die Höhe der Unterstützungen soll so sein, daß den Zurückgebliebenen ein angemessener Lebensunterhalt gewährleistet ist. Das wird aber in den meisten Fällen nicht berücksichtigt.** Viele Lieferungsverbände zahlen nur die Mindestsätze, die sie vom Reich zurückerstattet erhalten. So weiß ich das zum Beispiel vom Landkreis Hannover. Das verstößt zweifellos gegen den Geist des Gesetzes, das hat mir auch der Minister in der Kommission bestätigt. Unterstützungen, die aus öffentlichen Kassen geleistet werden, aus der Gemeindekasse, der Stadtkasse oder Kreiskasse, sollten stets als Unterstützungen des Lieferungsverbandes angesehen werden, damit die Familien, wenn sie verziehen müssen, die Unterstützung aus den Kassen weitererhalten. Vielfach zahlen Arbeitgeber Zuschüsse zu den Unterstützungen der Lieferungsverbände. Nun haben aber Lieferungsverbände die Sache umgedreht und gesagt, wir zahlen die Unterstützung als Beihilfe zu den Unterstützungen, die die Arbeitgeber zahlen. In einem solchen Falle hat der Regierungskommissar die Regel aufgestellt, es soll in allen Fällen zunächst die Mindestunterstützung gewährt werden, dann sollen die Lohnzulagen gegeben werden und darauf solle geprüft werden, ob ein Bedürfnis für eine Zusatzunterstützung vorhanden sei. Wenn die sonstigen Einnahmen der Familie zu einem angemessenen Lebensunterhalt ausreichen, unterbleibt selbstverständlich auch die Zahlung der reichsgesetzlichen Beträge. Ich möchte aber wünschen, daß diese von dem Kommissar der Regierung dargelegte Regelung allen Lieferungsverbänden zur Pflicht gemacht ist. Ein weiterer Mißstand ist, daß die Lieferungsverbände endgültig entscheiden. Ich hatte in der Kommission beantragt, wenigstens für die Reichswochenhilfe auf dem Verordnungswege eine Berufungsinstanz zu schaffen. Das wurde für nicht möglich erklärt. Darum wünsche ich, daß über den Charakter dieser Kommissionen der Lieferungsverbände die Regierung vollständige Klarheit gab. Sind sie kommunale Organisationen, kommunale Ausschüsse, so würden sie der Staatsaufsicht unterstehen und der Regierungspräsident könnte die Durchführung der Erlasse des Ministers erzwingen. Bisher haben das Regierungspräsidenten in einzelnen Fällen abgelehnt, weil die Komission endgültig entscheide. Die Wirkung solch unsachgemäßer Behandlung der Unterstützungsansprüche ist natürlich eine sehr unliebsame auf die Familien der Kriegsteilnehmer und diese selbst. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter bedarf der Erörterung die Kürzung der Witwenrente um den Betrag, den die Witwen bis zur Auszahlung der Renten seit dem Tode ihres Mannes als Familienunterstützung erhalten haben. Heute bestehen in dieser Beziehung große Härten. Die zweimonatige Frist, die heute besteht, sollte nicht vom Todestage, sondern von dem Tage ab gelten, an dem die Witwe die Nachricht bekommt, daß ihr Mann gefallen ist. Wir müssen also mit aller Entschiedenheit verlangen, daß die Lieferungsverbände zur Befolgung der ministeriellen Anordnungen auf dem Aufsichtswege gezwungen werden. Wir hielten es für notwendig, das hier vorzubringen. Der Minister hat in einem Erlaß auch angeordnet, daß die Presse zu Hilfe genommen werden soll, um Aufklärung über die Unterstützungsfragen zu schaffen. Von einem stellvertretenden Generalkommando ist aber der Presse die Kritik an den Unterstützungen, die die Lieferungsverbände bewilligen, verboten worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Darum blieb uns kein anderer Weg, als diese Mißstände hier vorzubringen. Den Kreisen ist gerade in Preußen die Unterstützung so außerordentlich leicht dadurch gemacht, daß sie zwei Drittel der Mehraufwendungen über die reichsgesetzlichen Beträge wieder zurückerstattet bekommen aus dem Betrag, der von dem 200-Millionen-Fonds des Reichs in die Staatskasse fließt und aus den 110 Millionen, die hier bewilligt sind. Das Abgeordnetenhaus wird sicher gern bereit sein, höhere Summen zu bewilligen, wenn diese nicht ausreichen. Wir haben aber gehört, daß die Anforderungen an die Regierung bisher noch lange nicht an das heranreichen, was monatlich für diese Zwecke zur Verfügung steht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Ausbau der Familienunterstützung ist sicher ein wichtiges Mittel, um in unserem Heere die Beweisführung zur Abwehr unserer Feinde zu erhalten. Das ist das mindeste, was wir jenen Braven da draußen bieten können, die seit mehr als zehn Monaten in Wind und Wetter, im Hagel der Geschosse aushalten, und die den sehnlichen Wunsch haben, nach all dem Ungeheuerlichen wieder heimwärtsziehen zu können zu den Ihren, wenn sie natürlich — soll es so sein — auch entschlossen sind, noch weiter ihre Pflicht zu tun wie bisher, so lange, bis ein ehrenvoller Friede erkämpft worden ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. d. Osten (k.)

bestreitet, daß eine große Masse von Kartoffeln dem Verderben ausgesetzt sind. Die übrig bleibenden Kartoffeln werden entweder in Dauerware übergeführt oder sonst verbraucht. Alle Stände, auch die Landwirtschaft und auch die Arbeiter haben ihre Schuldigkeit getan. Mit Entrüstung muß der Gedanke zurückgewiesen werden, als habe irgendein Stand unseres Volkes seine persönlichen Interessen über die der Allgemeinheit gestellt. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.):

Ich protestiere gegen den Versuch, unter unzuverlässiger Verallgemeinerung von Einzelfällen Vorwürfe gegen weite Volkskreise in einem Tone zu erheben, der uns so lebhaft an vergangene Zeiten erinnert hat, die wir für als überwunden erachteten. (Lachen und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Die Rede des Abg. Braun erinnerte an das Pronunziamiento Haases, Kautskys und Bernsteins. Hätten wir die Politik getrieben, die die Sozialdemokraten vor dem Kriege vertreten haben, so wären die Russen heute in Berlin und wir am Verhungern. (Gelächter und Zurufe bei den Sozialdemokraten: So wäre uns dieser Krieg erspart geblieben!) Für uns kommt es nur darauf an, durchzuhalten und auf unsere eigenen Interessen Rücksicht zu nehmen, nicht auf andere Völker. (Lebhafter Beifall rechts — Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Herold (Z.):

Nach der musterhaft einmütigen Kommissionsberatung muß die Störung der notwendigen Einmütigkeit durch eine so scharfe Rede, wie die des Abg. Braun Erstaunen und Bedauern hervorrufen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Einmütigkeit wofür? Für Annexionspläne. Abg. Ströbel wird für seine Zwischenrufe zur Ordnung gerufen.)

Gewiß war es nicht möglich, daß die Regierung in allen Dingen gleich das Richtige traf. Aber sie hat gelernt und es immer besser gemacht. Im Kriege ist alles teurer geworden, nicht nur bei uns. Die Landwirtschaft weiß, was sie der Wissenschaft verdankt. Aber das hindert nicht, daß Männer der Wissenschaft mal falsche Schlüsse ziehen können. Das ist in der Kartoffelfrage geschehen. Die Männer der Praxis, die sagten, daß wir keinen Mangel an Kartoffeln haben, wurden beschuldigt, den Tatbestand verschleiern zu wollen. Die Maßnahmen der Regierung stützen sich auf ein einstimmiges Votum der Reichstagskommission und auch die Sozialdemokraten haben zugestimmt. (Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Uns muß es darauf ankommen, daß nach diesem Kriege Deutschland noch stärker wird, um dann gegen feindliche Anschläge gesichert zu sein. (Beifall.) Die Einigkeit des Volkes und Gottes Hilfe werden uns auch weiter Erfolge erzielen lassen, die künftige Kriege vermeiden. (Erneuter Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen. — Der Abg. Ströbel und Dr. Liebknecht: Eroberungspolitiker! Wir wollen den Frieden!) Das ganze deutsche Volk von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken will einmütig und entschlossen zusammenstehen, will nicht wanken und nicht weichen, bis entscheidende Erfolge erzielt sind. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien, lebhafter Protest bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fuhrmann (natl.):

Die innere Einigkeit ist die einzige Gewähr des äußeren Sieges. Ich habe mich vor einiger Zeit in der Presse über das große Umlernen ausgelassen und hätte nicht geglaubt, daß die Sozialdemokratie mir sobald den Beweis für die Richtigkeit meiner Ansichten liefern würde. Als Motto könnte über der Rede des Abg. Braun stehen: Nichts gelernt und nichts vergessen. Die Sozialdemokratie scheint selbst den Beweis liefern zu wollen, daß wir mit ihrem Umlernen nicht zu rechnen haben werden. Wir wollen mit unserer Kritik zur Besserung und zur Vermeidung von Fehlern beitragen, während die Sozialdemokraten zum Fenster hinaus an die Massen Reden halten. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie spielt sich als die alleinige Vertreterin der schaffenden Arbeit auf. **Wir lehnen es in dieser** ernsten Zeit ab, der Sozialdemokratie auf dieser Bahn zu folgen. Der Abg. Braun hat von Leuten gesprochen, die sich bereichern, und hat gesagt, das seien auch die Annektionspolitiker. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gegen diese schamlose Verleumdung ehrlicher Männer, die ihre Ueberzeugung dahin aussprechen, daß wir

diesen Krieg nicht ohne eine Vergrößerung unseres Reichsgebietes abschließen dürfen,

(Abg. Dr. Liebknecht: Wir wollen den Frieden!) — gegen diese schamlose Unterschiebung der niedrigsten Motive lege ich schärfste Verwahrung ein. (Lebhafter Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen, Abg. Ströbel: Haben Sie doch den Mut, zu bekennen, was Sie wollen! Enthüllen Sie doch die Forderungen der Wirtschaftsverbände!) Diesen Mut habe ich. Der Abg. Braun meinte, das deutsche Volk wolle geschlossen keine Annektion und keine Eroberung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine Anmaßung der Sozialdemokraten, sich als Vertreter des deutschen Volkes auszugeben. (Zurufe: Sind Sie es etwa?) Wenn diese Behauptung der Sozialdemokraten sich jemals als ein Irrtum herausgestellt hat, so durch das Verhalten der Sozialdemokratie in diesem Kriege. Wäre es nach den Sozialdemokraten im Frieden gegangen, dann säßen die Russen jetzt in Berlin und schon seit Monaten wären die Sozialdemokraten nicht in der Lage, als Vertreter des deutschen und preußischen Volkes törichte Reden zu halten. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Gewiß richten sich die Blicke des Volkes auf einen baldigen Frieden, denn zu groß ist der Blutstrom und das Tränenmeer. Aber nicht von baldigem Frieden ist die Rede, sondern davon, daß durch diesen Krieg dafür gesorgt werden muß, daß nicht bald wieder ein gleicher Blutstrom und ein gleiches Tränenmeer über uns kommen. Darum wünschen wir, daß der Krieg zu Ergebnissen führe, daß wir wenigstens für ein Menschenalter, wenn nicht länger, vor einer Wiederholung dieses Krieges bewahrt bleiben und uns die Stellung in Europa und in der Welt sichern, die uns gebührt und die allein die Möglichkeit der Verhinderung neuer Kriege schafft. Der Wunsch des deutschen Volkes geht dahin, daß diese große Schicksalsstunde, die vielleicht nie wieder für unser Volk kommen wird, von unserem Volke und seinem leitenden Staatsmanne nicht ungenutzt gelassen wird. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Ein

Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen:

Abg. Ströbel (Soz.)

führt gegenüber einigen Worten des Abg. Herold aus, daß Herold ganz genau wisse, welche einflußreichen Kreise die Eroberungspolitik vertreten, die Abg. Ströbel für **verbrecherischen Wahnsinn** hält.

Abg. Braun (Soz.)

bedauert, die maßlosen Angriffe nun nicht mehr beantworten zu können. Gegenüber Herrn v. Zedlitz stellt er fest, daß er auch in der Kommission mit der gebotenen Ausführlichkeit und Schärfe gesprochen habe.

Das Schlußwort für alle Berichterstatter nimmt der Vorsitzende der Budgetkommission.

Abg. Winckler (k.)

betont, daß so scharfe Angriffe wie die des Abg. Braun in der Kommission nicht erhoben worden sind, obwohl auch dort die Sozialdemokraten vertreten waren. Die Kommissionsverhandlungen waren diesmal nicht mehr geheim, es wurde ein ausführlicher Bericht veröffentlicht, wir haben jetzt die volle Sicherheit, daß unser Volk den Kampf dank der Gesundheit unseres Wirtschaftslebens, dank den Regierungsmaßnahmen und dank der Unterordnung des Volkes unter die von ihm für notwendig erkannten Maßnahmen zu bestehen in der Lage ist. Der Redner feiert dann die starke Rüstung des Volkes in Waffen, rühmt die Haltung des unbewaffneten Volkes, die Leistungen der Industrie und Landwirtschaft, der Staatsbeamten und der Selbstverwaltung. Das Wort des Reichskanzlers von dem Ausharren bis zur Erkämpfung der nötigen realen Sicherheiten hat unser Volk angefeuert und ermutigt. (Lebhafte Zustimmung. — Abg. Dr. Liebknecht: Das Gegenteil ist der Fall.) Wer das leugnet, schließt sich von diesem Volke aus. (Stürmische Zustimmung; Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aus der Sicherheit, durchhalten zu können, die das Volk aus unseren Verhandlungen schöpfen kann, wird es den Ansporn entnehmen, weiter wie bisher in erstarktem Gottvertrauen und festen Sinnes seinen Weg weiter zu gehen. Im Bewußtsein unserer wirtschaftlichen Kraft werden wir den Frieden erreichen, wie er vor uns schwebt. (Beifall.)

Die Resolutionen der Budgetkommission werden einstimmig angenommen; die Tagesordnung ist erschöpft.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.)

dankt dem Präsidenten für die unparteiische Leitung der Verhandlungen und für die würdige und eindrucksvolle Art, mit der er wiederholt den Gefühlen des Hauses Ausdruck gegeben hat.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz

dehnt den Dank auf die Vizepräsidenten, die Schriftführer und Beamten des Hauses aus. In seiner Schlußrede weist er auf die günstige Kriegslage auf allen Kriegsschauplätzen, insbesondere auf dem italienischen und auf dem galizischen hin, wo selbst der von England vor seinen Wagen gespannte russische Koloß in seiner Hauptmacht vernichtend getroffen ist. Nach der Ansicht maßgebender militärischer Sachkenner wird die russische Heeresmacht zu einer kraftvollen Offensive nicht mehr fähig sein. Dazu haben die Schläge Hindenburgs, Mackensens und jetzt unserer Verbündeten der russischen Dampfwalze zu viel Dampf ausgetrieben. (Heiterkeit und Zustimmung.) Im Westen haben sich die Franzosen und Engländer abermals an der granitenen Mauer unserer Heere und Engländer abermals an der granitenen Mauer unserer Heere unerbittlichen Durchhaltens bis zu dem Augenblick, wo auch England eingesehen haben wird, daß es auf die Alleinherrschaft zur See verzichten muß. Wenn wir in einigen Monaten wieder zusammenkommen, werden wir vielleicht noch nicht am Ziele, aber dem völligen Sieg und dem dauernd gesicherten Frieden näher gekommen sein.

Die militärischen und wirtschaftlichen Leistungen und die hohe moralische Kraft unseres Volkes verbürgen das siegreiche Durchhalten. Gott der Herr schütze unser geliebtes Vaterland, unser herrliches Heer, unseren siegreichen Kriegsherrn. In das Hoch auf den Kaiser und König stimmt das Haus, aus dem die Sozialdemokraten sich zu Beginn der Rede des Präsidenten entfernt haben, ein.

Schluß der Sitzung nach 4 Uhr.

• • •

Die gemeinsame Schlußsitzung

beider Häuser des Landtages fand um 5 Uhr statt. Sie wurde von dem Präsidenten des Herrenhauses, v. Wedel-Piesdorf, geleitet, der je 2 Mitglieder des Herren- und des Abgeordnetenhauses zu Schriftführern berief. Etwa 100 Mitglieder des Landtages waren anwesend, die Sozialdemokraten blieben fern. Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Delbrück verlas die Urkunde, durch die der König ihn ermächtigt, die gegenwärtige Sitzung des Landtages zu schließen. Darauf erklärte er die Session für geschlossen. Der Vorsitzende brachte das Hoch auf den König aus, in das die Anwesenden einstimmten.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 257 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 1., 2., 3., 4. und 5. Garde-Reg. z. F.; 2. Garde-Ref.-Reg.; Gren.-Reg. Alexander; Garde-Füs.-Reg. Lehr-Inf.-Reg. Gren.-, bezw. Inf.-, bezw. Füs.-Regimenter Nr. 2, 3, 5, 6, 7, 8, 15, 17, 20, 21, 26, 29, 31, 32, 33 (s. auch Ers.-Inf.-Reg. der 41. Inf.-Div.), 34, 35, 37, 39, 40, 42, 44, 45, 46, 49, 53, 55, 57, 59, 61, 63, 64, 65, 67, 70, 71, 73, 77, 78, 79, 81, 84, 85, 92, 94, 95, 97, 98, 99, 111, 115 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 116), 116, 118, 129 (s. auch Ers.-Inf.-Reg. Hoebel), 144, 146, 150, 151, 152, 153, 158, 160, 161, 162, 163, 168, 169, 171, 173, 174, 175, 331, 334, 335. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 8, 9, 11, 20, 21, 27, 28, 30, 35, 56, 59, 61, 64, 66, 72, 73, 75, 79, 80, 81, 83, 84, 86, 91, 98, 109, 110, 116, 118, 130, 210 bis einschl. 214, 217, 219, 220, 222, 226, 227, 228, 229, 231, 232, 234, 235, 239, 250, 251, 254, 255, 257, 265, 267, 271. Ers.-Inf.-Reg. der 41. Inf.-Div. sowie Regimenter Königsberg I (s. Ers.-Inf.-Reg. v. Nußbaum) und III. Hoebel und v. Nußbaum. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 5, 9, 18 (s. auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 84), 19 (s. Inf.-Reg. Nr. 331), 30, 31, 35, 39, 46, 57, 61, 66, 75, 76, 77, 84, 116, 118, v. Gundlach und Mohs. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 5. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 109. Besatzungs-Regimenter Nr. 3, 4, 7 Posen (s. Inf.-Regimenter Nr. 331, 335, 334). Feld-Bat. Reiser (Thorn) des Detachements Plantier. II. Westf. Landw.-Inf.-Bat. Breslau (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 57). Ueberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. Nr. 3 des 4. Armeekorps (s. Landw.-Inf.-Reg. v. Gundlach). Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 7, 16, 44, 76. Landw.-Brig.-Ers.-Bat. Nr. 11 (s. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 5). Landst.-Inf.-Bataillone I Braunschweig, Calau, II Deutsch-Eylau, 2. Heidelberg (s. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 109), Kattowitz (s. Inf.-Reg. Nr. 334), III Königsberg (s. auch Landst.-Inf.-Bat. v. Borcke), I Lauban, Marienburg, Rastenburg, Rheydt, Rybnik, II Saarbrücken, Samter (s. Inf.-Reg. Nr. 335), Siegen, Sondershausen, 1. Stockach, 2. Wahn, v. Borcke. Landst.-Inf.-Ers.-Bataillone: 2. Erfurt, 9. des 6. Armeekorps (Kattowitz), 10. des 4. Armeekorps (Magdeburg), 1. Stendal. Garnison-Bat. I Graudenz. Jäger-Bataillone Nr. 1, 5; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 10, 17, 20, 21. Garde-Maschinengewehr-Abt. Nr. 1; Feld-Maschinengewehr-Züge Nr. 19 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 84), 83 (s. Ref.-Jäger-Bat. Nr. 17), 85 (s. Inf.-Reg. Nr. 85), 97 (siehe Landw.-Inf.-Reg. Nr. 118); Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 10 (s. Ers.-Inf.-Reg. v. Nußbaum).

Kavallerie: Garde-Kürassiere; 2. Garde-Ulanen; Schwere Ref.-Reiter Nr. 2; Drag. Nr. 4, 12, 14; Husaren Nr. 8; Ulanen Nr. 6 (s. Drag. Nr. 4), 13; Feld-Reg. Nr. 1 des 6. Armeekorps; Landw.-Reg. Nr. 1 der 8. Landw.-Div.; 2. Landw.-Eskadron des Gardekorps; 4. Landst.-Eskadron Rathenow.

Feldartillerie: 2., 3. und 4. Garde-Reg.; 1. Garde-Ref.-Reg.; Regimenter Nr. 2, 8, 19, 26, 31, 44, 52, 53, 56, 59, 63, 73, 83, 112, 221; Ref.-Regimenter Nr. 11, 16, 50; 1. Landw.-Batterie des 11. Armeekorps.

Fußartillerie. Reg. Nr. 11; Ref.-Regimenter Nr. 1, 4; Bat. Nr. 56.

Pioniere: Regimenter Nr. 24, 36; Bataillone I. Nr. 1, II. Nr. 11, III. Nr. 16, I. Nr. 21, I. Nr. 27; Ers.-Bat. Nr. 11; Komp. Nr. 221; 2. Landw.-Komp. des 4., 6. und 10. Armeekorps. Sturmabteilung.

Verkehrstruppen: Kraftfahr-Bat. Etappen-Kraftwagenkolonne des 24. Reservekorps. Kaiserl. Freim. Automobilkorps.

Train: Schwere Proviantkolonne Nr. 3 des 8. Armeekorps. Etappen-Pferdedepot der 5. Armee. Ers.-Pferdedepot Altona.

Munitionskolonnen: Art.-Munitionskolonne Nr. 2 des 11. Armeekorps; (F) Munitionskolonne Nr. 9 des 11. Armeekorps (s. Feldartillerie-Reg. Nr. 19).

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Komp. Nr. 3 des 2. und Nr. 1 des 9. Armeekorps; Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 6 des 6. und Nr. 14 des 14. Reservekorps; Landw.-Sanitäts-Komp. Nr. 26 des 15. Reservekorps, Nr. 24 der Landw.-Div. v. Menges und Nr. 27. Feldlazarett Nr. 8 des 20. Armeekorps und Nr. 1 der 111. Inf.-Div. Kriegslazarett-Abt. 1 des 1. Armeekorps.

Armierungs-Bataillone.

* * *

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 195 enthält Verluste des Ref.-Inf.-Reg. Nr. 17; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 5 und 15; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 7, 11; 1. Feldart.-Reg. München; Feldart.-Reg. Landau; 9 Feldart.-Reg. Landsberg; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 1, 5, 6; 1. Landsturm-Batterie. III. Armeekorps; 1. Fußart.-Reg., München (Neu-Ulm); Ref.-Fußart.-Regimenter Nr. 1 und 2; 2. Pionier-Bat. Speyer; Ref.-Pionier-Komp. Nr. 6; I. Munitions-Kolonnen-Abt. I. A.-K.; Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Die bayerische Verlustliste Nr. 196 bringt Verluste des 1., 4., 5., 7., 9. und 20. Inf.-Reg.; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 4, 10 und 12.

Aus Groß-Berlin.

Das verödete Löcknitztal.

Auch in der Natur scheint Krieg zu sein. Schönste märkische Gefilde blicken heuer aus anderen Augen als sonst. Graue Schleier liegen auf Wald und Flur, auf Baum und Strauch. Eine eigentümliche Nebenfarbe ist es, wie ein graubrauner feiner Aschenregen. Weite Strecken sind unter der größten Hitze, die wir seit einem halben Jahrhundert im Mai und Juni zu verzeichnen hatten, versengt und verdorrt.

Wie hatte ich mich gefreut auf den Besuch einer der lieblichsten Gegenden unserer Mark, auf die idyllische, berühmte Löcknitzfahrt! Ganz leicht ist es ja schon seit Kriegsbeginn nicht mehr, auf dem Wasserwege nach dem herrlichen Seengebiet des Löcknitztales zu gelangen. Die großen Reedereien haben den Wochenbetrieb dorthin größtenteils eingestellt, lassen nur am Sonntag ein paar Motorboote von Erkner ab. Ein hübsches Salonmotorboot, das für den billigen Preis von 1,25 M. hin und zurück die Tour von der Schlesischen Brücke bis nach Altbuchhorst hinter Grünheide in flotter Fahrt ohne Anlegen jeden Dienstag und Freitag (Sonntags 1,75 M.), vom 1. Juli ab sogar jeden Tag macht, springt als Retter in der Not ein. Drei volle Stunden dauert die Hinfahrt. Die prächtige Müggel, der Dämeritz- und der Flakensee lagen hinter uns. In scharfem Bogen, Woltersdorf links liegen lassend, ging es in die Löcknitzmündung.

Alles war froher Erwartung voll. Nun mußten ja die berühmten Windungen der „krummen“ Löcknitz bald kommen. Da fährt unser Boot geradeaus durch den neuen Stichkanal. Man bestürmt den Kapitän. Warum nicht durch die Krümmungen? Bedauernd zuckt er die Achseln. Unmöglich! Die Löcknitz hat augenblicklich infolge der Dürre stellenweise in der Fahrrinne kaum zwei Fuß hohen Wasserstand, unrettbar würden wir stecken bleiben, selbst ein Ruderboot muß sehr vorsichtig sein! Enttäuscht gondelten wir den eintönigen, jedes Naturreizes entbehrenden Kanal. Stand da nicht auf dem wenige Meter breiten Streifen zwischen Kanal und Wupatzsee der Geist Walter Leistikows, des berühmten Malers der Mark, der einst gerade an dieser Stelle für seine herrlichen Landschaftsbilder sich die Studien holte? Winkte er uns nicht schadenfroh zu? Ja, mit dem Idyll des Wupatzsees ist es endgültig vorbei. Das hat uns wenigstens die glücklicherweise nur kurze Fahrt durch den öden Stichkanal gezeigt.

Nun sind wir heraus aus dem Werke der Geschäftsspekulation. Der Werl- und der Peetzsee eröffnen wieder reizvollste Ausblicke, wenn es auch nicht so wie noch vor Jahresfrist ist. Die Bergeshöhen und die an ihnen klebenden Häuser sind die alten, die Ruder- und Segelboote fehlen fast gänzlich. Leer gähnen uns die gelben Strandflächen der Freibäder, die langen, weißen Tisch- und Stuhlreihen der Wasserlokale entgegen. Und aus dem staubigen Grün der Ufer leuchten weithin Hunderte von Schildern. Hier ist eine Sommerwohnung zu vermieten! Auch gar viele Sommerwohnungen werden leer bleiben . . . es ist ja noch immer Krieg. Aber schön war die Fahrt doch, und das Schönste war die großartige Ruhe da draußen in der märkischen Natur.

Augen auf — beim Fleischeinkauf!

Uns wird geschrieben: Die Teuerungsverhältnisse zwingen besonders die ärmere Bevölkerung zu außerordentlicher Einschränkung. In den meisten Familien bildet Fleisch und Wurst nur noch einen seltenen Teil der Beköstigung. Wer wirklich noch ein Stück Fleisch kaufen kann, sucht nach „billigen Quellen“. Wochenmärkte, Fleischzentralen und Markthallen werden aufgesucht in der Hoffnung, daß dort doch noch billig gekauft werden kann. Einkaufspreis und Qualität sind aber bei allen Fleischern ausschlaggebend für die Verkaufspreise. Jeder Fleischer ist bemüht, auf seine Rechnung zu kommen.

In der Zeit der billigen Fleischpreise kam es tatsächlich nicht so genau darauf an, ob es einige Gramm mehr waren bei einem halben oder ganzen Pfund Fleisch. Seit aber eine Fachzeitung des Fleischergewerbes unter der Stichmarke „Augen auf“ den Fleischermeistern immer wieder vorhielt, daß sie und besonders ihr Personal viel zu reichlich wiegen, ist es doch ganz anders geworden. Selten wird der Fleischer das gewünschte Stück Fleisch aufs genaue Gewicht treffen, es ist in der Regel „etwas mehr“. Besteht der Käufer auf sein verlangtes Gewicht, wird ihm nur Fleisch abgeschnitten, Knochen und Fett bleiben. Zahlt er den Preis für das Mehrgewicht, so muß sich jeder Käufer auch genau davon überzeugen und selbst berechnen, wie viel es auch mehr ist. Gerade darin fehlt es fast immer an Gewissenhaftigkeit beim Verkäufer wie beim Käufer. Beachtet das jeder Käufer und wiegt er seine Ware zu Hause noch nach, so wird sich bald zeigen, daß er sich auch hierbei vor besonderer Uebervorteilung schützen kann.

Werkunterricht während der Schulferien.

Um die männliche Jugend zwischen 12 und 14 Jahren während der großen Ferien dem Straßentreiben möglichst zu entziehen, ist von der hiesigen Schulverwaltung neben anderen Fürsorgebestrebungen auch in Aussicht genommen worden, die Knaben in der Handfertigkeit auf nützliche und zugleich angenehme Weise zu beschäftigen. Der „Hauptverein für Knabenhandarbeit und Werkunterricht“ hat sich bereit erklärt, in seinen 7 Werkstätten Schülerkurse in Papparbeit und leichter Holzarbeit nach Bedarf einzurichten. Diese Kurse sind unentgeltlich und sollen täglich vormittags von 9—12 Uhr stattfinden. Die Schülerwerkstätten befinden sich: Tempelhofer Ufer 2, Choriner Str. 74, in der 3. Oberrealschule, Mariannenplatz 28, im Leibniz-Gymnasium, Alt-Moabit 23, in der 31. Gemeindeschule, Gneisenaustr. 7, in der 91. Gemeindeschule, Christburger Str. 14, in der 204./213. Gemeindeschule, Ravenéstraße 12, 202. Gemeindeschule.

Armenunterstützung und Kriegsunterstützung.

Nach den Verordnungen des Bundesrats, die auch für Berlin Geltung erlangt haben, können außer Ehefrauen der zum Heere Einberufenen auch Eltern und Großeltern Kriegsunterstützung erhalten, wenn der Kriegsteilnehmer bisher seine Angehörigen unterstützt hat. In der Praxis wird diese Bestimmung recht verschiedentlich ausgeführt. Soweit Personen in Frage kommen, die von der Armenverwaltung unterstützt wurden, wird in einzelnen Fällen das bisher gezahlte Almosen einfach glatt abgesetzt und die Kriegsunterstützung gezahlt ohne Rücksicht darauf, ob die armen Angehörigen ihre ohnehin schon karge Lebenslage noch verschlechtern. Wohl ist es zulässig, daß eventuell auch Mietsunterstützung gezahlt werden kann, aber auch in solchen Fällen ist nicht immer eine Verbesserung der Unterstützungsuchenden die Folge der Bewilligung der Kriegsunterstützung. Es gibt auch Fälle, in denen Bezirksvorsteher Kriegsunterstützung abgelehnt haben, weil Armenunterstützung gezahlt wird. Diese Ansicht ist eine unzutreffende. Nehmen wir folgenden Einzelfall als Beispiel: Eine alte Frau hat 20 M. Almosen bezogen, der Sohn unterstützte bisher, denn von 20 Mann monatlich kann niemand leben. Der Sohn kommt ins Feld. Die Mutter beantragt Kriegsunterstützung. Diese wird gewährt, dafür wird aber das Almosen abgesetzt. Nun beträgt der Unterstützungssatz für die alte Mutter nur 12 M., selbst dann, wenn mehrere Söhne ins Feld gerückt sind. Selbst wenn in einem solchen Falle die Mietsunterstützung gezahlt wird, ist die alte Frau bei Fortfall des gesamten Almosens schlechter gestellt, wie bisher, wo ihre Kinder sie unterstützen konnten. Das will niemand, ist auch nicht der Zweck der Kriegsunterstützung. Bei der Verschiedenartigkeit der Handhabung in den verschiedensten Unterstützungs- und Armenkommissionen sollte eine generelle Anweisung an die genannten Kommissionen ergehen dahin, daß in den Fällen den kriegsunterstützungsberechtigten Angehörigen, die bisher Almosen oder Extraunterstützung bezogen haben, unter allen Umständen Kriegsunterstützung zu zahlen ist, ohne daß das gesamte Almosen abgesetzt zu werden braucht, wenn die Notwendigkeit es erfordert. Eine Anzahl Kommissionen verfahren zwar schon nach diesen Gesichtspunkten, andere aber nicht.

Familientragödie im Norden der Stadt.

Mit seinem vierjährigen Kind in den Tod gegangen ist der 31 Jahre alte Arbeiter Otto Gerth aus der Gleimstr. 42. Gerth wird als ein ruhiger und nüchterner Mann geschildert. Sein Familienleben soll aber unglücklich gewesen sein. Vor drei Wochen hatte sich seine Frau von ihm getrennt. Deshalb faßte G. den unseligen Entschluß, aus dem Leben zu scheiden und das vier Jahre alte Töchterchen Erna in den Tod mitzunehmen. Nachdem er Briefe an seine Schwiegermutter und an mehrere Hausgenossen geschrieben hatte, erhängte er das Kind. Sobald er sich überzeugt hatte, daß es tot war, schnitt er es wieder ab, legte es ins Bett und bestreute es mit Blumen. Dann schrieb er noch einen Brief und ließ ihn auf dem Tische liegen. Hierauf erhängte er sich selbst am Kronleuchter. Die Empfänger der anderen Briefe, die gestern im Laufe des Tages bestellt wurden, benachrichtigten die Polizei des 114. Reviers. Ein Beamter öffnete die Wohnung und fand Vater und Kind tot auf. Die Leichen wurden beschlagnahmt und gestern abend nach dem Schauhause gebracht.

Nicht weniger als 22 Bienenschwärme hatten die Wehren von Groß-Berlin am Mittwoch einzufangen. Es vergeht jetzt kein Tag, an dem nicht zahlreiche Bienenschwärme von der Feuerwehr beseitigt werden müssen.

Unfälle im Straßenbahnverkehr.

Am Mittwochabend wollte an der Ecke der Kleist- und Kettelbeckstraße ein Fräulein Luise Kaufmann den Triebwagen 218 der Linie R besteigen, sie kam jedoch zu Fall und stürzte so unglücklich zu Boden, daß sie mit dem Oberkörper vor den Schutzrahmen des Beiwagens geriet. Man schaffte die Bewußtlose nach der nächsten Unfallstation, wo der Arzt einen Bruch der Wirbelsäule feststellte und das Mädchen nach dem Krankenhause der Jüdischen Gemeinde überführen ließ. — Am Köllnischen Fischmarkt versuchte Mittwochabend die 73jährige Frau Julie Braun kurz vor dem Triebwagen 2951 der Linie 71 das Gleis zu kreuzen. Infolge der kurzen Entfernung vermochte der Fahrer nicht mehr den Wagen zum Halten zu bringen, und so wurde die Greisin zu Boden geworfen, wobei sie eine Kopfverletzung und Gehirnerschütterung davontrug, die ihre Ueberführung in das Krankenhaus am Urban notwendig machten. — In Neukölln wollte der 13jährige Schüler Emil Becker in der Thüringer Straße unmittelbar vor einem Wagen der Linie V über das Gleis laufen, er glitt aus und geriet unter den Vorderperron. Der Knabe wurde von der Fangvorrichtung aufgenommen und kam, außer einigen Hautabschürfungen, mit dem Schrecken davon.

Unfall des Präsidenten des Abgeordnetenhauses.

Als der Präsident des Abgeordnetenhauses, Graf Schwerin-Löwitz, gestern abend mit seinem Kraftwagen die Wilhelmstraße heruntergefahren kam, stieß sein Wagen an der Kreuzung der Linden mit einer Kraftdroschke heftig zusammen. Der Graf wurde bei dem Zusammenprall an der rechten Schläfe verletzt, konnte aber, nachdem er in der Charité einen Verband erhalten hatte, nach seiner Wohnung gebracht werden.

Von einem Automobil überfahren wurde gestern abend der Schlosser Alois Tauchmann, der in der Augustastraße 80 in der Herberge wohnte. Tauchmann hatte in der Budapester Straße in der Nähe des Brandenburger Tores eine Bedürfnisanstalt besucht, als er sie verließ und den Fahrdamm überschreiten wollte, geriet er unter einen Kraftwagen, wurde überfahren und erlitt einen Kniescheibenbruch und an dem anderen Bein starke Quetschungen. Der Verunglückte wurde nach der Charité gebracht, wo er verbleiben mußte.

Beim Baden ertrunken ist in der Spree unweit des Restaurants Sadowa der 22jährige Maler Ferdinand Schmara aus Köpenick, Kaulsdorfer Str. 5, bei den Eltern wohnhaft. — Das gleiche Schicksal drohte einem Mädchen, das unweit Marienlust beim Baden unterging. Es konnte aber noch ans Land gebracht werden, wo die vorgenommenen Wiederbelebungsversuche Erfolg hatten.

Ein Waldbrand in der Köpenicker Forst brach gestern nachmittag in der Nähe des Bahnhofs Hirschgarten aus. Die Friedrichshagener Feuerwehr wurde alarmiert, und es gelang ihr, einem Umsichgreifen des Brandes Einhalt zu tun. Da die Brandstätte in der Nähe des Eisenbahnverkehrs liegt, so ist anzunehmen, daß Funken aus einer Lokomotive den Brand verursachten.

Neue Schlangenarten im Berliner Aquarium. Trotz der Kriegszeit ist in diesen Tagen das Aquarium in den Besitz einer Anzahl soeben aus dem südlichen Nordamerika eingeführter Reptilien gelangt, unter denen sich nicht weniger als acht Schlangenarten in einer Stückzahl von insgesamt einem halben Hundert befinden. Es sind sämtlich prächtige, ausgesucht große und schöne Stücke. Von giftigen Formen finden wir die bekannten Klapperschlangen und die schön gefärbten Kupferköpfe. Von den ungiftigen sind die einfarbig schwarzen Schifferschlangen wegen ihrer Größe bei den Riesenschlangen untergebracht. Die Bandnattern bewohnen, ihrer Fischernatur entsprechend, ein feuchtes Terrarium neben den Riesenkröten; Ketten-, Würg-, Weißbauchnattern, Peitschen- und Dreiecksjachschlangen bewohnen die großen Terrarien auf der anderen Seite. Die Ankunft dieser Amerikaner wurde mit besonderer Freude begrüßt, da sich bei der geringen Ausdauer der meisten Schlangenarten in der Gefangenschaft das Fehlen von Neuzufuhren besonders bemerkbar macht.

Singen im Wald verboten. Ein Wächter des Plänterwaldes ersucht uns noch bezugnehmend auf die kürzlich unter obiger Ueberschrift gebrachte Notiz um die Mitteilung, daß er allerdings vor etwa 14 Tagen einer Dame, die nachts, kurz vor 12 Uhr, in der Nähe des „Alten Eierhauses“ fragwürdige Gesänge aufführte, das Singen verboten habe. Hierzu habe er sich indessen verpflichtet gefühlt, einmal mit Rücksicht auf die dort wohnenden Sommergäste und andererseits, weil die Dame durch ihr Verhalten zum Widerspruch direkt herausforderte. Allgemein würden harmlos singende Spaziergänger nicht behelligt.

Verloren wurde in der Nacht vom 23. zum 24. Juni gegen 3/4 2 Uhr von der Autodroschke 7773 ein Gummivollreifen 820 × 120 (Marke Hertz) und zwar auf dem Wege vom Alexanderplatz über Moltenmarkt, Spittelmarkt, durch die Linden nach dem Halleschen Tor. Da der Verlierer für den Verlust haften muß, wird der Finder um Nachricht an Ebert, Hannoversche Str. 5, gebeten.

Aus den Gemeinden.

Das Projekt eines Feuerwehrgebäudes

bildete u. a. den Beratungsgegenstand der letzten Gemeindevertretersitzung in Weißensee. Gleich nach Beendigung des Krieges soll mit dem Neubau, der an der Pistorius-, Ecke Tassostraße, gegenüber dem Ledigenheim errichtet werden soll, begonnen werden. Die Kosten des ganzen Gebäudes belaufen sich auf 295 000 M. Für die nach einem Vertrage entstehenden Unkosten bei Hilfeleistungen der Berliner Feuerwehr sind die Gemeinden des Kreises mit Ausnahme von Reinickendorf einer Kollektivversicherung beigetreten, deren Kosten bewilligt wurden. Für eine Wohnungsreklame wurden 1500 M. ausgeworfen, es soll hierbei auch der „Vorwärts“ benutzt werden. Das in den Besitz der Gemeinde übergegangene Geschäftshaus der Weißenseer Bank in der Langhansstraße 103 macht sich durch das Leerstehen der ehemaligen Bankräume unrentabel, es soll daher durch Ausbau von Läden die Rentabilität gehoben werden; die erforderlichen Kosten von 12 000 M. wurden bewilligt. Da die Müllabfuhr am Orte keine geordnete ist, will die Gemeinde andere Maßnahmen treffen, vor allem soll ein geeigneter Müllabladeplatz außerhalb des Ortes angekauft werden.

Gemeindevertreter-Ersatzwahl in Adlershof.

Die Ersatzwahl für den verstorbenen Gemeindevertreter Stadelhoff, zweite Abteilung, findet am Montag, den 28. Juni, abends von 6—8 Uhr, in der Aula der alten Gemeindeschule, Bismarckstraße 54, statt. Kandidat der sozialdemokratischen Partei ist der

Gastwirt Wilhelm Baschin,

Metzer Str. 1. Da die sozialdemokratischen Gemeindevertreter stets die Interessen der Bevölkerung wahrgenommen haben und auf ihren Einfluß zurückzuführen ist die Einführung und Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung, die Einführung und Erhöhung der Mietunterstützungen, die Gewährung der Wöchnerinnen- und Krankenhilfe, ferner die Fortführung der Schulspeisung an bedürftige Kinder, ist es deshalb Pflicht unserer Parteigenossen, für die Wahl unseres Kandidaten eine rege Propaganda zu entfalten.

Das Wahlbureau befindet sich im Restaurant Töpfer, am Marktplatz, und ist von nachmittags 5 Uhr an geöffnet. Helfer und Helferinnen wollen sich dort einfinden.

Verkauf von Dauerware in Mahlsdorf.

Die Gemeindeverwaltung wird am Mittwoch, den 30. d. Mts., mit dem Verkauf von Dauerware beginnen. Der Verkauf findet jeden Montag, Mittwoch und Freitag, nachmittags von 5—8 Uhr, im Schulhause, Walderseestraße, statt. Es wird abgegeben: Rindfleisch in Pfunddosen a 1,25 M., Schweinefleisch in Pfunddosen a 1,35 M. und Schmalz, pro Pfund 1,40 M. Der Vorrat ist kein großer. Es stehen pro Kopf der Bevölkerung zirka 5 Dosen zur Verfügung. Schmalz sind nur 10 Zentner vorhanden. Der Verkauf findet nur gegen Vorzeigung von Berechtigungsscheinen statt. Dieselben werden in derselben Weise wie die Brotkarten am Montag, den 28. d. M., nachmittags von 3—6 Uhr, von den bekannten Stellen an die Hauswirte ausgegeben, die dann die Scheine an ihre Mieter weiterzugeben haben.

Der Städtische Wohnungsnachweis in Charlottenburg, Wilhelmplatz 1a, ist auch während des Krieges werktäglich zwischen 9 und 3 Uhr geöffnet. Vermittelt werden Wohnungen von 1 und 2 Zimmern nebst Küche. Die Vermittelung erfolgt für Mieter und Vermieter vollkommen kostenfrei. Es kann Mietern und Vermietern nur dringend empfohlen werden, von dieser gemeinnützigen Einrichtung weitestgehenden Gebrauch zu machen.

Neuköllner Schulhöfe als Spielplätze. Wie in früheren Jahren hat die Stadtgemeinde auch während der diesjährigen Sommerferien die Höfe der Schulgrundstücke Boddinstr. 52/56, Prinz-Handjery-Straße 61/62, Rütlistr. 41/42, Kaiser-Friedrich-Str. 4 und Elbestraße 11/12 als Kinderspielplätze freigegeben. Der Zutritt ist Kindern bis zum Alter von 12 Jahren gestattet. Die Höfe können von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr benutzt werden. Die Ueberwachung der spielenden Kinder ist dem Publikum selbst überlassen. Irgendwelche Haftpflichtansprüche können bei etwa vorkommenden Unfällen von der Stadtgemeinde nicht anerkannt werden. Die Schuldiener haben für Reinlichkeit zu sorgen und darauf zu achten, daß keine Beschädigungen der Anlagen stattfinden. Die Benutzung der auf den Schulhöfen aufgestellten Turngeräte ist verboten, ebenso wenig dürfen Hunde zu den Spielplätzen mitgebracht werden. Auf jedem der vorbezeichneten Schulhöfe ist Sand angefahren worden, damit die Kinder darin spielen können. Desgleichen ist für die Eltern, denen das Betreten der Schulplätze auch gestattet ist, für Sitzgelegenheit gesorgt worden.

Soziales.

Arbeiter-Frühstückskästen.

Die Aufbewahrung der von den Arbeitern mitgebrachten Lebensmittel läßt sich in einigen Betrieben schwer bewerkstelligen, da die Eßwaren leicht den Geruch der in den Räumen verwandten Materialien anziehen und außerdem kaum vor Wärme zu schützen sind. Um solchen Mißständen vorzubeugen, hat die Graphische Anstalt Förster u. Borries in Zwickau Blechkästen an den Wänden der einzelnen Säle aufgehängt, die ihrer praktischen Form wegen Interesse finden dürften. Jeder Arbeiter hat für die Unterbringung seines Frühstücks bezw. Mittagbrots einen Behälter von 15 Zentimeter Breite, 14 Zentimeter Höhe und 24 Zentimeter Tiefe, von denen acht zu einem Kasten vereinigt sind. Sie sind aus verzinktem Weißblech hergestellt. Die Vorderwand jedes Behälters trägt die betreffende Nummer, ist mit einem Knopf zum Anfassen versehen und läßt sich herunterklappen. Um die Kästen absolut luftdicht abzuschließen und die Waren frisch und kühl zu halten, wird die Klappe am Kasten durch einen Vorstoß und eine Nase festgehalten.

Da die Kosten der Kästen verhältnismäßig gering sind (der Herstellungspreis beträgt pro Stück etwa 2,50 M.), dürfte sich die Einrichtung zur Nachahmung empfehlen.

Gehaltsabtretung an die Kriegerfrau.

Mit der Rechtsfrage, ob der zum Heeresdienst herangezogene Ehemann seine Forderung an seine Frau zedieren kann und diese als Gläubigerin gegen die Firma im Prozeß auftreten kann, hatte sich das Berliner Landgericht in der Berufungsinstanz zu beschäftigen. In dem Streite standen sich die Parteibehauptungen gegenüber, und mangels anderer Beweismittel konnte eine Klärung nur durch den einer Partei auferlegten Eid erfolgen. Der betreffende Angestellte hatte indessen, noch bevor er ins Feld rückte, seiner Ehefrau die Forderung abgetreten, und diese bezog sich nun in dem von ihr angestrengten Prozeß auf ihren Ehemann als Zeugen. Nach zeugeneidlicher Vernehmung des letzteren wurde der Rechtsstreit vor dem Berliner Kaufmannsgericht zugunsten der Ehefrau entschieden. In der Berufungsinstanz focht die verurteilte Firma die Entscheidung an, indem sie einwandte, die Zession sei ungültig. Der eigentliche Kläger sei der Ehemann, ihr früherer Angestellter. Hätte dieser geklagt, so wäre der Inhaber der Beklagten zum Schwur gekommen, und der Prozeß hätte einen anderen Ausgang genommen. Die Ehefrau sei durch die Zession vorgeschoben worden, nur um eine Zeugenbekundung des Mannes möglich zu machen. — Das Landgericht bestätigte das erstinstanzliche Urteil. Es habe in aller Form eine Abtretung der Forderung an die Ehefrau stattgefunden, so daß die Ehefrau als Rechtsnachfolgerin der Forderung zu klagen berechtigt war. Die Vernehmung des Ehemannes als Zeugen sei unbedenklich.

Musikunterricht versicherungspflichtig.

Eine interessante Entscheidung über die Versicherungspflicht von Musiklehrern ist kürzlich vom Rentenausschuß der Angestelltenversicherung getroffen worden. Eine verheiratete Musiklehrerin, die in der Hauptsache sich im Haushalt und in ihrer Familie betätigt, erteilt daneben auch an eine Anzahl von Schülern Klavierunterricht in ihrer Wohnung. Sie hat diesen Unterricht stets den Bedürfnissen ihrer Familie untergeordnet. Sie war daher der Meinung, in dieser Tätigkeit selbständig und damit nicht versicherungspflichtig zu sein. Dem entgegen hat der Rentenausschuß entschieden, daß die Erteilung der Stunden als versicherungspflichtige Beschäftigung anzusehen ist. Die Entscheidung wird hauptsächlich begründet durch § 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, nach dem Lehrer und Erzieher, die gegen Entgelt arbeiten, versicherungspflichtig sind, ohne Rücksicht darauf, ob sie diese Tätigkeit haupt- oder nebenberuflich ausüben. Vor allem aber geht aus den Vorarbeiten zum Angestelltenversicherungsgesetz, der Begründung und den Reichstagsverhandlungen hervor, daß die unbedingte Absicht bestanden hat, die unständigen Privatlehrer und Privatlehrerinnen der Angestelltenversicherung zu unterwerfen und als „selbständige" nur solche anzusehen, die eigene Unterrichtsanstalten usw. unterhalten.

Diese Entscheidung verdient Beachtung, da zweifellos in zahlreichen derartigen Fällen aus Unkenntnis keine Beiträge gezahlt werden. Es ist allen Privatlehrern oder -lehrerinnen dringend zu empfehlen, sich über ihre Versicherungspflicht zu unterrichten, da unter Umständen durch Nachzahlung von Beiträgen Kosten und Unannehmlichkeiten erwachsen können. Rat in allen Versicherungsfragen wird in den Bureaus der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sowie von den Ortsausschüssen der Vertrauensmänner (für Berlin: Flottwellstr. 4, I, Sprechstunde täglich 1—3 Uhr) erteilt.

Aus der Frauenbewegung.

Die Dienstpflicht der Frau.

Ueber dieses etwas sensationell anmutende Thema sprach in einer stark besuchten Groß-Berliner Versammlung die Frauenrechtlerin Helene Lange. Sie forderte, daß der Frau ebenso wie dem Manne Pflichten gegen Staat und Gemeinden auferlegt würden. Die Frauen müßten verpflichtet werden, im Vormundschafts-, Armen-, Bildungs-, Erziehungs- und Schulwesen wie in der Krankenpflege ehrenamtlich tätig zu sein, und zwar sei diese Pflicht allen Volksschichten gleichmäßig aufzuerlegen. Für diese ehrenamtliche Tätigkeit sei das heranwachsende weibliche Geschlecht ordentlich vorzubereiten, und deshalb müsse eine mindestens einjährige Dienstpflicht eingeführt werden, die am besten im Anschluß an die Fortbildungsschule in der Zeit zwischen dem 17. und 20. Lebensjahre absolviert würde. Infolge des Krieges seien die Eheaussichten erheblich schlechter geworden. Staat und Gemeinden würden nach dem Friedensschluß so stark belastet werden, daß für weitere Kreise des weiblichen Geschlechts es notwendig werden würde, sich bestimmten Erwerbszweigen zuzuwenden. Außerdem sei es aber auch notwendig, die Mädchen besser für den Beruf als Mütter und Hausfrauen vorzubereiten und sie in die Lage zu versetzen, mit Wenigem gut wirtschaften zu lernen. Wie diese einjährige Dienstpflicht durchzuführen wäre, dafür will die Rednerin noch keine bestimmten Vorschläge machen. Die Frage sei noch nicht völlig spruchreif. Auf dem Lande würde es sich vielleicht empfehlen, zwei Winterhalbjahre damit auszufüllen. Die sozialen Klassenunterschiede müßten auch völlig aufhören, die Dienstpflicht habe sich daher auch auf die Töchter der Reichen zu erstrecken, und den unbemittelten Mädchen müßte Gelegenheit gegeben werden, auch die höchsten Entwickelungsstufen zu erlangen.

Der Vortrag fand starken Beifall. Mit den Vorschlägen selbst aber wird es wohl gehen wie mit so vielen Ideen, die jetzt in der Kriegszeit aufgetaucht sind: sie werden nach dem Kriege wieder ebenso rasch vergessen sein, wie sie jetzt in der allgemeinen Kriegserregung entstanden sind.

Aus aller Welt.

Bombenanschlag gegen eine amerikanische Waffenfabrik.

Die Fabrik der amerikanischen Peabody-Gesellschaft in Walkerville ist am Dienstag durch die Explosion einer Höllenmaschine in die Luft geflogen. Kurz nach der Explosion entdeckte man unter dem Gebäude der Waffenfabrik von Windsor, in der in der Nacht vorher noch 200 Soldaten übernachtet hatten, 27 Röhren mit Dynamit. Die Zündschnur war jedoch ausgegangen, so daß die Sprengpatronen nicht zur Explosion gelangt waren.

Absetzung eines franzosenfreundlichen Landrichters.

Der Landrichter Goehre aus Mülhausen im Elsaß ist kürzlich aus seinem Amt entlassen worden, weil er sich wiederholt in demonstrativer Weise franzosenfreundlich gezeigt hat. Er bediente sich der französischen Sprache auch bei dienstlichen Besprechungen, verkehrte in französisch gesinnten Kreisen und grüßte bei dem Einzuge der Franzosen in Mülhausen im vorigen Jahre die Trikolore durch Hutabnehmen. Die Disziplinarkammer, die in zweiter Instanz über die Entlassung zu entscheiden hatte, hat jetzt die Entlassung bestätigt.

In drei Jahrhunderten gelebt.

In Chrudichrom bei Boskowitz (Mähren) starb unlängst der im Jahre 1798 geborene Grundbesitzer Anton Paral im Alter von 117 Jahren. Der Verstorbene, der also in drei Jahrhunderten lebte, war noch verhältnismäßig rüstig. Die Nachkommenschaft besteht aus 141 Köpfen.

Schweres Eisenbahnunglück.

Auf der Strecke Dorstfeld-Dortmund wurden Donnerstag mittag drei Streckenarbeiter unmittelbar hinter der Station Dorstfeld von dem Vorzuge des D-Zuges 7 überfahren und sofort getötet.

Drei Bergarbeiter erstickt.

Mittwochabend entstand auf der Grube Sahlgrund bei Dillenburg in einem Ueberhauen auf unaufgeklärte Weise Feuer in einer Grubenstämmung. Drei Männer, welche die dort arbeitenden Leute warnen wollten, konnten nicht mehr gerettet werden, sondern erstickten in den Rauchschwaden. Die übrige Belegschaft konnte gerettet werden.

Fliegerunglück in der Schweiz. Ein von einem Ueberlandflug nach Zug zurückkehrender Eindecker ist in der Nähe des Flugplatzes Duebendorf abgestürzt. Der Führer, Leutnant Lugrin, und der Beobachtungsoffizier, Oberleutnant v. Kaenel, wurden schwer verletzt, ersterer ist im Spital gestorben.

Verhängnisvolles Spiel mit einer Granate. Aus Stettin wird gemeldet: In dem nahen Scheune fanden drei Knaben im Alter von 8 bis 11 Jahren eine Granate russischen Ursprungs. Sie spielten mit dem Geschoß und klopften mit Steinen darauf, bis es explodierte. Die Kinder wurden sämtlich schwer verletzt; einem Knaben wurde die Wade abgerissen. Inzwischen ist noch ein zweites Geschoß aufgefunden worden. Wahrscheinlich haben Arbeiter, die mit dem Bergen der russischen Beute beschäftigt waren, sich die Granaten angeeignet.

Ein dankbarer Franzose. Der in München infolge einer Kriegsverwundung gestorbene französische Oberleutnant Jacques Armagnac verfügte letztwillig, zum Dank für die sorgsame Pflege, die ihm in München zuteil wurde, daß sein Nachlaß in Deutschland für solche bayerischen Familien verwendet werde, deren Ernährer im Kriege gefallen sind. Für den genannten Zweck steht ein Betrag von etwa 1000 M. zur Verfügung.

Parteiveranstaltungen.

Neukölln. Die Fortsetzung der Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Montag, den 28. Juni, abends 8½ Uhr, in den Passage-Festsälen, Bergstraße, statt.

Adlershof. Heute Freitag, den 25. Juni, abends 7½ Uhr, findet von Bismarckstr. 31 aus die Verbreitung der Wahlaufforderungen statt für die Gemeindevertreterwahl in der II. Abteilung.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn. Sonntag, den 27. Juni, morgens 8 Uhr, Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Bernau. Sonnabend, den 26. Juni, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Franz Salzmann, Badedorfer Straße.

Arbeiter-Abstinenten-Bund. Heute Freitagabend, pünktlich 9 Uhr, im Speisehaus Uhlisch, Dresdener Straße 29 I, Versammlung. Referent: Genosse Aug. Neumann spricht über „Der Alkohol im Kriege".

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". (Mitgliedschaft Berlin und Umgegend.) Sonntag, den 27. Juni 1915: Sämtliche Abteilungen Berlins und Umgegend früh 5 Uhr nach Bergluch-Werlsee bei Hiller. Nachmittagstour nach Uhlenhorst bei Köpenick. Start 1 Uhr an den bekannten Stellen.

Freitag, den 25. Juni, Zentralfahrwartsitzung An der Stralauer Brücke 3. Mitgliedschaften der Umgegend Berlins mögen dazu einen Fahrwart entsenden. Abends 8½ Uhr.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. a. G.) Hamburg. Filiale Baumschulenweg. Sonnabend, den 26. Juni, abends 8½ Uhr bei Boche, Baumschulenstraße 67: Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Allgemeine Familiensterbekasse. Sonntag, den 27. Juni: Zahl- und Aufnahmetag von 3—6 Uhr im Restaurant Gerichtstraße 12/13, und Buckower Straße 14.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma Stiefelkönig, Friedrichstr. 131 c, beginnt mit einem billigen Sommerausverkauf. Sie bietet einzelne gute Artikel zu erheblich niedrigeren Preisen an, um Platz für eintreffende Neuheiten zu schaffen.

Eingegangene Druckschriften.

Bayerische Schneid. Erzählung aus dem Weltkriege von A. Achleitner. Brosch. 1 M. — O. Janke, Berlin SW 11.

Unsere Feinde, wie sie sich selber loben. Herausgegeben von W. Klette. 3 M., geb. 4 M. — Delphin-Verlag. München.

Sozialistische Monatshefte. 12. Heft. Herausgeber: Dr. J. Bloch. Alle 14 Tage ein Heft. 50 Pf. — Selbstverlag, Berlin W 35.

Das Völkerrecht der Zukunft. Von E. J. Bekker. 1. M. — C. Winter, Heidelberg.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

A. U. 30. Das kommt zwar auf die Entscheidung des Militärarztes an, aber mit Sicherheit ist anzunehmen, daß Ihr Ehemann nicht für felddienstfähig erachtet wird. — **Größe, Pw.** Bruchanlage und Formveränderung der Füße, dienstfähig. — **Urlaub 15.** Das liegt im Belieben des Unternehmers. Die Heeresverwaltung wird das nicht verweigern. Fordern Sie nur Ihren Urlaub vom Unternehmer. — **M. G. 42.** 1. Sie können ein solches Testament freihändig aufsetzen. 2. Wenn das Erbteil nicht schon zu Lebzeiten der Frau ihr selbst zugefallen ist, haben Sie jetzt keinen Anspruch. — **Sch. 43.** Wenn Sie nicht krank sind, dürfen Sie auch in der Kündigungszeit dem Geschäft nicht fern bleiben. Es steht Ihnen eine angemessene Zeit zur Aufsuchung einer neuen Arbeitsstelle zu. — **E. P. 41.** Wenn Sie nach der Notiz im „Vorwärts" den Antrag nicht selbst ausfertigen können, müssen Sie zu uns in die Sprechstunde kommen. — **A. 3. J. 47.** Hautausschlag und Lungenleiden, zurückgestellt. — **M. W. 24.** Die Unterstützung kann in diesem Falle gekürzt werden. — **Gertrud 1.** Ueber die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit wird von Fall zu Fall entschieden. Die Unterstützung kann in Ihrem Falle, wenn Sie kinderlos sind, gekürzt werden. Es wird sich dagegen kaum etwas machen lassen. — **E. H. 95. a.** Der Bräutigam müßte eine vom Regiment beglaubigte Vollmacht einsenden, in der er jemand als seinen Vertreter bestimmt. — **Spandau 93.** 1. Der Buchstabe bedeutet, daß Sie nur zum aktiven Dienst ohne Waffe oder in der Reservearmee Verwendung finden können. 2. Die städtische Unterstützung verweigert die Gemeinde in dem Falle, weil die Schwägerin von auswärts zugezogen ist. Dagegen ist nichts zu machen. — **F. H. 41.** Sie sind zum Schadenersatz leider verpflichtet. — **A. 1.** Ja. — **H. 87.** Die Vorlegung eines ärztlichen Attestes wird in diesem Falle kaum einen Zweck haben. Die Unterstützung kann Ihrer Frau gekürzt oder verweigert werden, je nach dem Ertrag des Geschäfts. — **P. 82.** Sie werden in diesem Falle jedenfalls nicht eingezogen, sondern, wenn Sie für Heeresbedarf arbeiten, bei der Firma belassen werden.

Paul 28. Lungenleidend und herzkrank, zurückgestellt. — **H. S. 36.** Weil die Stadt jetzt in der Kriegszeit sehr viel andere Verpflichtungen hat. — **E. K. 24.** Sie könnten sich mit einer Beschwerde an das Militärbureau des Magistrats, Waisenstr. 25/27, wenden. — **B. R. 112.** Plattfußanlage, dienstfähig. — **A. B. 10.** 1. Ihre Frage ist nicht recht verständlich. Wahrscheinlich aber ist der Mann berechtigt, die 15 M. einzubehalten. 2. Wenn der Kreis keine kommunalen Zuschläge zahlt, so gibt es eben nur 12 M. Staatsunterstützung. Dagegen läßt sich leider nichts unternehmen. — **J. P. 42.** Kriegsverwendungsfähig. — **O. B. 50.** Sie sind zum Dienst mit der Waffe nicht tauglich, deshalb Landsturm ohne Waffe, Arbeitssoldat. Nachmusterung wird nicht erfolgen. — **W. F. 15.** Die Armendirektion ist berechtigt, das Geld mit Beschlag zu belegen, sie ist auch zur Herauszahlung nicht verpflichtet, wenn die Verwandte auf weitere Unterstützung Verzicht leistet. — **A. H. 14.** Sie müssen den geringen Betrag angeben, die Unterstützung erhalten Sie aber trotzdem. — **A. K. 60.** Die Mutter soll es mit einem Antrag auf Unterstützung versuchen. — **Duisburg Max.** Sie müssen das Zimmer bis zum 15. spätestens kündigen, um am 1. ziehen zu können, der Wirt ist also im Recht. — **R. P. 12.** Sie können dazu nicht gezwungen werden, da die Einschätzung auf Grund des Einkommens vom vorigen Jahre erfolgt. — **64. H. R.** Anweisung zu einem gegenseitigen Testament können Sie bei uns in der Sprechstunde erhalten. — **F. P. 33.** Der alte Vertrag läuft weiter, Sie müssen also ordnungsgemäß zum 1. Oktober kündigen. — **M. O. 180.** Eine Umschreibung macht namentlich in der jetzigen Zeit sehr viel Umstände. Treten Sie der Frage nach Kriegsbeendigung näher. — **J. E. 2.** Landsturm ohne Waffe, Arbeitssoldat. Auf acht Wochen wegen Lungenleiden zurückgestellt. — **Tempelhof 30.** Sie erben zu gleichen Teilen. — **O. Sch. 10.** Das kommt auf die Entscheidung des Militärarztes an. — **E. M. 31.** Gegen die Kostenrechnung wird leider nichts einzuwenden sein. — **O. R. 10.** Ja. — **M. 84.** Lungenleiden und Krampfadern, landsturmpflichtig. Sie können also eingezogen werden. — **Bengs 30.** 1. Für das uneheliche Kind wird Unterstützung gezahlt. Antrag ist bei der Steuerkasse zu stellen. 2. Der Unteroffizier eines mobilen Truppenteils erhält 40 M. monatlich Löhnung. 3. Nein. 4. Seit Februar. — **T. 1.** Ja.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Donnerstag, den 24. Juni 1915. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg, Ochsenfleisch Ia 105—120, do. IIa 92—105, do. IIIa 85—92; Bullenfleisch Ia 100—110, do. IIa 89—100; Kühe, fett 85—100, do. mager 78—85, do dänische 85—95, Fresser 90—100. Fresser, dänische, 80—95; Bullen, dänische, 85—92; Kalbfleisch, Doppellender 145—170; Mastkälber Ia 115—130, do. IIa 105—115; Kälber ger. gen. 70—90, do. dän. 76—128, do. holl. 00—00. Hammelfleisch: Mastlämmer 125—130; Hammel Ia 115—124, do. IIa 105—114; Schafe 105—118; Schweinefleisch, Schweine, fette 00—00, sonstige 140—160, dän. Sauen 00—00, dän. Schweine 135—140, do. schwedische 135—140, do. holländische 00—00. Gemüse, inländisches: Kartoffeln, Obersche 50 kg 0,00; weiße Kaiserkronen 0,00; Magnum bonum 0,00; Wollmann 0,00; Porree, Schock 0,70—1,00; Sellerie, Schock 0,00—0,00; Spinat 50 kg 10,00—20,00; Mohrrüben, 50 kg 0,00—0,00; Meerrettich, Schock 4,00—10,00; Petersilienwurzel, Schockbund 4,00—6,00; Radieschen, Schockbund 1,50—2,50; Gurken, Gorgaster, 100 Stück 0,00. Rhabarber Hamburger, 100 Bund 3,00 bis 3,50, do. hiesiger 100 Bund 1,50—3,00. Tomaten, Gorgaster, 50 kg 65,00—70,00. Zwiebeln, Schock 1,50—2,00. Spargel, Beelitzer, ½ kg 0,45 bis 0,55, do. Beelitzer II ½ kg 0,30—0,35, do. Beelitzer III ½ kg 0,15—0,20, do. unsortiert 0,20—0,40, Salat Schock 1,50—4,00. Rettiche, bayerische, 100 Stück 8,00—12. Kohlrabi, Schock 1,50—2,50. Schoten, hiesige, 50 kg 30,00—32,00. Mohrrüben, Schockbund 2,50—3,50. Obst und Südfrüchte: Kirschen, Werdersche, 50 kg 18,00—22,00, do. schlesische, 50 kg 14,00—16,00. Aepfel, Amerikaner, Kiste 25—30. Stachelbeeren, unreife, 50 kg 20—22 Johannisbeeren 50 kg 30—32. Blaubeeren 50 kg 45,00. Erdbeeren 50 kg 25—70, do. Bühler 50 kg 00—00, do. Beelitzer 40—50, do. holl. 50 kg 40—45. Zitronen: Messina 300 Stück 25—32, do. 360 Stück 26—34, do. 150 Stück 12—14, do. 50 kg 12—15, do. 160—200 Kiste 18—19.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag. Ueberall sehr warm, im Osten trocken und vielfach heiter, im Westen etwas stärker bewölkt und langsam ostwärts fortschreitende Gewitter.